

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

F 57291

Jonne Järvi

1919

Wien am 1. Jänner 1919

Gemeinderat H. von Dorn + . Heute früh ist Gemeinderat Dr. Alexander Dorn Ritter von Marwart plötzlich gestorben.

Dr. von Dorn widmete sich nach Absolvierung seiner juristischen Studien zunächst dem Staatsdienste, dem er vom Jahre 1858 bis 1868 an gehörte und in welchem er wiederholt mit ehrenvollen Missionen im Gebiete der Handelspolitik betraut wurde. Im Jahre 1859 machte er den italienischen Feldzug mit. 1868 verließ er den Staatsdienst und errang sich als volkswirtschaftlicher Schriftsteller bald eine bedeutende Position, so daß er zu den bekanntesten sozialpolitischen Schriftstellern Wiens zählte, dessen Ruf auch ins Ausland gedrungen ist.

Dem Wiener Gemeinderate gehörte er mit einer kurzen Unterbrechung seit dem Jahre 1898 an, und als Führer der liberalen Opposition zeichnete er sich durch seine große Ruhe und Objektivität aus und sein Streben ging dahin, den politischen Kampf mit der Majorität des Gemeinderates in sachlicher Weise zu führen.

Im Gemeinderate trat er insbesondere dann hervor, wenn es sich um volkswirtschaftliche Fragen (Approvisionnement, Eisenbahntariffrage und Zoll Angelegenheiten) handelte.

Im Jahre 1913 wurde ihm das taxfreie Bürgerrecht verliehen.

-----

Zur Frage der Fischversorgung Wiens. In der heutigen Stadtratssitzung erstattete StR. Dechant einen Bericht über die Versorgung von Wien mit Fischen, in welchem er ausführte: Schon in Friedenszeiten liess die Fischfleischversorgung Wiens sehr viel zu wünschen übrig. Im Verlaufe der Kriegsjahre hat sich dieselbe derart verschlechtert, dass schliesslich von einem Fleischmarkte kaum mehr gesprochen werden konnte. Durch die bekannten politischen Ereignisse der allerletzten Zeit wurde die gänzliche Absperrung Deutsch-Oesterreichs und insbesondere Wiens auch von der Fischproduktion bewirkt und es trat unsere Abhängigkeit vom Auslande auch in dieser Hinsicht mit erschreckender Deutlichkeit zutage. Die Gemeinde Wien muss daher auch auf diesem Gebiete zur Selbsthilfe greifen und trachten, durch Zucht die Fischproduktion in Deutsch-Oesterreich und zwar vor allem in- und um Wien zu heben. Gelegentlich hierzu ist im reicheren Masse vorhanden, als dies der Laie ahnt, da ja brachliegende Wässer, viele saure Wiesen, abgebaute Flussbette etc., fast ausnahmslos auf diese Weise in den Approvisionnement dienste der Millionenstadt gestellt werden könnten. In diesem Sinne hat schon mit Gemeinderatsbeschluss vom 4. Mai 1917 die Gemeinde Wien in Albern Fischzuchtteiche angelegt, die nunmehr der Vollendung entgegengehen und schon im kommenden Frühjahr in Betrieb gesetzt werden können. Solche oder ähnliche Anlagen müssten aber in grösserer Zahl ins Leben gerufen werden, wenn von einer merklichen Hilfe auf dem Gebiete der Fischfleischversorgung gesprochen werden soll.

Der Referent beantragt schliesslich, das Landwirtschaftsamt zu beauftragen: Wegen eventueller Vergrösserung der Alburner-Fischzuchtanlage aber zu berichten. Ehemöglichst sämtliche Park- und Stauteiche der Gemeinde Wien zur Fischzucht heranzuziehen. Wegen Ueberlassung der Schlossteiche in den ehemaligen kaiserlichen Schlössern in und um Wien zu gleichen Zwecken mit den zuständigen Stellen in Verhandlung zu treten. Mit der Wientalwasserleitung in Unter-Tullnerbach behufs Pachtung des Stauweihers der Sandfilteranlagen etc. zwecks Anlage einer Fischzucht Verhandlungen einzuleiten. Sich bei den hierzu nötigen Vorarbeiten und der Aufstellung einer Rentabilitätsberechnung des städtischen Ingenieurs Daniel Doppelreiter zu bedienen. - Die Referentenanträge werden genehmigt.

Gemeinderat Dr. von Dorn +. Die Ueberführung der Leiche des Gemeinderates Dr. von Dorn nach Reichenberg zur Einäscherung im dortigen Krematorium findet Samstag  $\frac{1}{2}$  3 Uhr vom Trauerhause Währingerstrasse Nr. 16 statt. Der Leichenzug wird am Rathaus vorbeigeführt und die Trauergäste geben ihm bis dahin das Geleite. Wegen der beschränkten Raumverhältnisse müssen im Trauerhause Ansprachen unterbleiben. Für den Verstorbenen wird vom Parteiverband der Gemeinde eine besondere Trauerfeier veranstaltet, deren Zeitpunkt noch bekanntgegeben wird.

Die Statutenänderung des Stadttheatervereins. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Kieaböck über das Ansuchen des Kaiser Jubiläums-Stadttheatervereins um Zustimmung zur Aenderung der Satzungen. Die Gemeinde habe besonderes Interesse an dem im § 2 vorgenommenen Aenderungen, insofern, als nunmehr durch die Aufnahme der Bestimmung, dass in erster Linie die Oper, das volkstümliche Singspiel, die deutsche Spieloper und das musikalische Drama überhaupt, gepflogen werden müsse, der Uebergang von der Schauspielbühne zur Operabühne auch in den Vereinsatzungen zum Ausdruck kommt. Nicht aufgenommen in den Satzungen wurde aber ebenfalls die in den Pachtbedingungen enthaltene Bestimmung, dass zur Aufführung jeder Operette vorher die Zustimmung des Vereinsausschusses einzuholen ist und gewöhnlichen Operetten die Bühne dieses Theaters unbedingt verschlossen bleibt. Der Berichterstatter bemerkt, dass die ausdrückliche Forderung dieser Einschränkung notwendig sei, damit vor allem klar und unzweideutig festgelegt erscheine, dass die alte Widmung des Theaters auch weiterhin aufrecht bleibt und dann auch Szeitigkeiten vorgebeugt werde, welche durch die sich nicht deckende Fassung der allgemeinen Pachtbedingungen und der Satzungen leicht entstehen könnten.

Der Referent beantragt, dass zur Aufführung jeder Operette die Zustimmung des Vereinsausschusses vorher einzuholen sei und dass insbesondere gewöhnliche Operetten von der Aufführung unbedingt ausgeschlossen sein müssen. *Nicht zu Kenntnis genommen.*  
VB. Reumann bemerkt, man solle sich mit der einfachen Kenntnissnahme nicht zufriedengeben, sondern er wüschte die Festlegung einer Bestimmung im Pachtvertrage, dass die Volksoper dem ursprünglich festgelegten Zwecke vorbehalten bleibe.

StR. Emmerling spricht sich für diesen Antrag aus und wünscht insbesondere, dass gegen die Aufführung von solchen Operetten Stellung genommen werde. Er wünscht bei einer Statutenänderung auch die Abänderung des Titels „Kaiser Jubiläums Stadttheater“.

StR. Tomola bemerkt, dass der Vereinsausschuss sicher niemals die Zustimmung geben werde, Operetten aufzuführen. Unter dem Namen Operetten werden jedoch auch gewisse Spieloperen verstanden, welche einen hohen musikalischen Wert haben und die Aufführung solcher Operetten müsse wohl gestattet werden. Uebrigens behalte sich der Vereinsausschuss welcher sich nur vom künstlerischen und nicht vom finanziellen Motiven leiten lasse, die jedessmalige Zustimmung vor.

StR. Dr. Hein spricht sich für den Antrag Reumann aus. Der Referentantrag wird angenommen. VB. Reumann akkommodiert sich demselben.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate wurden bei der Ersten Oesterreichischen Spar-Kasse im Spar- und Scheckverkehre von 27.900 Parteien K 33.909.125 eingelegt, an 16.698 Parteien K 25.529.241 rückgezahlt und belief sich der Gesamteinlagenstand Ende des Monats nach Zuschreibung der halbjährigen Zinsen auf K 778.535.838. Hypothekendarlehen wurden K 370.512 zugezählt, dagegen K 1.239.592 rückgezahlt und stellte sich der Stand der Hypothekendarlehen auf K 316.580.433. Die Pfandbrief

Darlehen beliefen sich am 31. v. M. auf K 17.895.277 und waren an 60 jährigen Pfandbriefen im Umlaufe K 18.305.400. Wechsel wurden K 5.745.308 eskomptiert, dagegen K 12.609.576 einkassiert und Kassenscheine der Oesterr. ung. Bank K 22.600.000 angekauft, dagegen K 11.600.000 einkassiert; der Besitz an Wechsel und Kassenscheinen der Oesterr. ung. Bank betrug am 31. v. M. K 92.139.353.

Die Schweizer Hilfsmission im Rathause. Den Herren der Schweizer Hilfsmission wurde für die Zeit ihrer Anwesenheit in Wien vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Kommissionszimmer des Präsidialtraktes als Büro zur Verfügung gestellt. In diesem amtiert nun Oberst Frey mit seinem Begleitoffizier Oberleutnant Dr. Ernst Schmid und seinem Unteroffizier, um von hier aus die Bewachung und Einlagerung der Schweizer Lebensmittelsendungen zu leiten. Die Tätigkeit der Mission in Wien ist vorläufig auf 14 Tage bis 3 Wochen in Aussicht genommen.

Dienstjubiläum. Der Verwalter des Zentralfriedhofes Anton Frank feierte gestern (1. Jänner) sein 25 jähriges Dienstjubiläum. Der Jubilar steht dem Friedhofsdienste auf dem Zentralfriedhofe in mustergiltiger Weise vor und hat auch die grossen Schwierigkeiten, die sich dem Beerdigungsdienste in letzter Zeit entgegenstellten, klaglos bewältigt. Die Beamtenschaft beglückwünschte den beliebten Vorstand in herzlicher Weisg.

Konstituierung der Wiener Baustoffe A.G. Am 31. Dezember fand im Rathause die Konstituierung der Wiener Baustoffe A.G. statt. Diese Gesellschaft wurde als gemischtwirtschaftliche Unternehmung von der Gemeinde Wien gemeinsam mit der Immbilliarbank und der Donau Regulierungs-Kommission errichtet; sie bezweckt die Versorgung Wiens mit Donausand und anderen notwendigen Baustoffen.

Aus dem Gemeinderate. Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit zwei Anträgen, die im Gemeinderate in seiner letzten Sitzung gestellt worden waren. Der eine bezieht sich auf die Genossenschaftlichen Fachschulen, der andere auf die Weihnachtsteilnahmen. Der Stadtrat hat nun nach einem Berichte des StR. Tomola den Anträgen zugestimmt. Die Anträge lauten:

Anlässlich der Auszahlung der diesjährigen Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen sind diese zu verständigen, dass sie mit der Bewilligung einer weiteren Subvention seitens der Gemeinde Wien pro 1919 nur dann rechnen können, wenn ab Herbst 1919 der Unterricht nur an Wochentagen stattfindet und spätestens um 6 Uhr abends endet, oder - insofern die derzeitigen ausserordentlichen Verhältnisse bestehen - wenn sie nachweisen, dass ihnen trotz ihrer Bemühungen die Erfüllung dieser Bedingung nicht möglich war.

Anlässlich der Verständigung über die für 1918 zur Veranstaltung von Weihnachtsteilnahmen bewilligten Subventionen sind die betreffenden Vereine in Kenntnis zu setzen, dass im Gemeinderate der Wunsch ausgesprochen wurde, die Teilnahmen sollen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und in einer Art vorgenommen werden, welche die Kinder die Gaben nicht als Almosen empfinden lässt.

Die Zählerei und die Theater. In der heutigen Sitzung des Stadtrates teilte Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, dass er zu seiner Ueberraschung gelassen habe, dass den Theaterdirektoren das Spielen am 5. und 6. d. M. von der Polizeidirektion, bzw. vom Staatsamte verboten wurde, obwohl der Stadtrat sich befürwortend ausgesprochen hatte. Er beantragte, es möge in kürzester Zeit, wömbglich morgen eine Besprechung aller Interessierten Kreise beim Staatsamte für öffentliche Arbeiten stattfinden, in welcher eine Einigung auf bestimmte Richtlinien getroffen werden sollte.

Aus Mitteilungen des Obermagistrates Dr. Müller welcher der Beratung beigezogen war, geht hervor, dass der Direktor der El. Werke Karel sich mit der Absicht trage, infolge der höchst ungünstigen Zufuhren an Kohle in kürzester Zeit mit der Einstellung des Strassenbahnverkehrs und mit der Abschaltung der Industrie vorzugehen. Es entwickelte sich eine längere Debatte, an welcher sich fast sämtliche Mitglieder des Stadtrates beteiligten. Der Vorsitzende VB. Reumann teilte unter anderem mit, dass die Theaterdirektoren die Forderung erheben, an vier Tagen der Woche und zwar Mittwoch, Donnerstag, Samstag und Sonntag spielen zu können, wenn sie ihren Verpflichtungen gegenüber dem Personale nachkommen sollen. Es sei vorläufig, erklärte Obermagistrat Dr. Müller, wohl das Verbot des Spielens am 5. und 6. erlassen, eine weitergehende Sperre sei vorläufig nicht geplant. In der Debatte wurde ferner verlangt, dass die Kaffeehäuser am Abend um eine Stunde früher sperren, wodurch dann genügend Strom vorrätig wäre. Auch wurden noch andere Drosselungsvorschläge gemacht, so insbesondere die Einstellung des Betriebes von Personenelektromobilen, die Drosselung der Strassenbeleuchtung, namentlich in der inneren Stadt, die Drosselung der Stiegenbeleuchtung. In der Debatte wurde noch besonders betont, dass die Gemeinde auf das Verbot des Spielens am 5. und 6. ebensowenig Einfluss genommen habe, wie auf das Offenhalten der Gast- und Kaffeehäuser in der Sylvesternacht bis ein Uhr nachts. Es wurde auch die Anregung gegeben, es wäre ein Lichtinspektorat zu errichten, um eine genaue Kontrolle zu erhalten. Es wurde auch der Meinung Ausdruck gegeben, dass Vertreter der Stadt Wien sich nach Prag begeben, um dort persönlich Vorsprache beim Präsidenten Masarik wegen der Kohlenzufuhren zu pflegen. Der Vorsitzende erwiderte darauf, dass ohnehin Vertreter der Gemeinde Wien sich in Prag befinden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Bürgermeisters bezüglich der Beziehung beim Staatsamte einstimmig angenommen. VB. Rain wurde ersucht, mit der Vorstehung der Kaffeesiedergemeinschaft Verhandlungen zu pflegen.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michow*.

Wien. 1. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 3. Jänner 1919. Nr 5.

Die Fatentekommission im Rathaus. Heute nachmittags erschienen von <sup>der</sup> interalliierten Kommission Dr. Taylor, Mister Beveridge, Mister Giuffrida und Mister Genestal im Wiener Rathaus und wurden vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner in Gegenwart der Vizebürgermeister Reumann und Raja und des Gemeinderates Dr. von Schwarz-Hiller begrüßt. Seitens des Staatsamtes für Volksernährung hatten sich eingefunden Staatssekretär Loewenfeld-Russ, Ministersekretär Zokorac und Ministerialkonzipist G. Grjkovic-Vojnovic. Nach den einleitenden Worten des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner gab Magistratsrat Dr. Roskopf einen eingehenden Bericht über die Lebensmittellage hinsichtlich Mehl, Brot, Fleisch, Fett, Eier u.s.w. und erörterte die Möglichkeiten der Versorgung in den nächsten Monaten, welche Ausführungen durch Obermagistratsrat Dr. Ehrenberg hinsichtlich der Kartoffellieferungen ergänzt wurden. Sodann gab Obermagistratsrat Dr. Janöck eine erschöpfende Darstellung des Lebensmittelkartensystems, der Rayonierung von Lebensmitteln und der Kontrollmassnahmen, durch welche eine gerechte und gleichmässige Verteilung der Lebensmittel gewährleistet wird. Ober-Stadtphysikus Dr. Böhm entwarf ein düsteres Bild der Unterernährung, der Sterblichkeit und des Geburtenrückganges der Wiener Bevölkerung und belegte seine Ausführungen durch ein reichliches statistisches Material. An diese Besprechung schloss sich eine Besichtigung der Brotkommission Nr 9 im neunten Bezirke, Grüne Torgasse, wo den Mitgliedern der interalliierten Kommission Aufklärungen über die praktische Handhabung des Karten- und Kontrollsystems gegeben wurden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michow,**  
Wien. I. Neues Rathaus

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 4. Jänner 1919. Nr. 6.

Milchzufuhr aus Mähren. Seit dem 30. Oktober 1918, den Tage der Absperrung der tschechoslowakischen Grenze gegen Wien, datieren die bekannten Bemühungen des Bürgermeisters die aus Mähren bis zu diesem Zeitpunkte eingeführten Milchmengen für Wien wieder zu gewinnen. So hat der Bürgermeister wiederholt Verhandlungen mit den Vertretern des tschechoslowakischen Staates eingeleitet, die teils in Wien, teils in Brünn und Prag geführt wurden. Ausserdem wurden in einer von dem Bürgermeister, von der Frauenhilfsaktion, den ärztlichen Vereinigungen in Wien, den Konsumentenorganisationen, und den Fürsorgestellten für Kinderschutz gefertigten, an den Nationalrat des tschechoslowakischen Staates gerichteten Denkschrift die trostlosen Verhältnisse auf dem Wiener Milchmarkt eingehend geschildert und in schwerer Stunde an das Menschlichkeitsgefühl der tschechoslowakischen Bevölkerung appelliert. Trotzdem anfangs von einzelnen Stellen, so dem Narodny Vybor in Brünn, ein Entgegenkommen, ja sogar die Freigabe eines grösseren Milchquantums für Wien in Aussicht gestellt wurde, waren leider alle diese Bemühungen schliesslich doch von keinem Erfolge begleitet. Als Ergebnis dieser Verhandlungen hat nämlich der Gesandte der tschechoslowakischen Republik in Wien, Herr Vlasimir Tusar, unter dem 27. Dezember bekanntgegeben, dass die tschechoslowakische Ein- und Ausfuhrkommission in Prag beschlossen habe, die Einfuhr von Milch nach Wien grundsätzlich nicht zu bewilligen, da die Versorgung der eigenen Bevölkerung immer noch ganz ungenügend und in einigen grossen Städten des tschechoslowakischen Gebietes geradezu schlecht sei, wie in Wien.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag der kommenden Woche werden im 3. Bezirke Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte J und L der Kartoffelkarte abgegeben.

Nachträglicher Bezug von Reis. Der in der Weihnachtswache aus irgend einem Grunde nicht bezogene Reis ( $\frac{1}{8}$  kg pro Kopf) kann nachträglich, sowohl bei den städtischen Abgabestellen, wie auch bei den Konsumentenorganisationen von 7. bis 11. d.M. gegen Abtrennung der Ziffer 63 des Einkaufscheines bezogen werden.

Inkrafttreten der neuen Einkaufscheine für Rindfleisch. Mit dem Donnerstag, 9. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch treten die neuen (grauen) Einkaufscheine für Rindfleisch in Kraft und dürfen von diesem Tage an die Rindfleischverkäufer Einheits- bzw. Extremrindfleisch nur an die bei ihnen auf Grund dieser neuen Scheine rayonierten Haushalte abgeben. Zur Abtrennung gelangen die an der rechten Seite befindlichen beiden mit der Ziffer 1 bezeichneten Halbwochenmengenabschnitte und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert. Die Wochenmenge ist mit einem Achtel Kilogramm einschliesslich Zuwage für jede Person des Haushaltes festgesetzt.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 6. bis 13. Jänner gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 26 des amtlichen Einkaufscheines. Der Preis ist unverändert.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 4. Jänner 1919. Nr. 7.

Die Liebesgabenpakete aus Sigmundsherberg. Die italienische Regierung hat mit Rücksicht auf die überaus traurigen Ernährungsverhältnisse der breiten Massen der Bevölkerung Wiens angeordnet, dass die im Lager in Sigmundsherberg befindlichen Liebesgabenpakete der Stadt Wien unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Dank der besonders verdienstvollen Bemühungen des Gesandten der schweizerischen Bundesregierung wurde das Zustandekommen dieser Aktion durch die Ermöglichung einer raschen Fühlungnahme mit der italienischen Regierung gefördert. Dankbaren Herzens begrüsst die Bevölkerung Wiens diese grossmütige Spende des italienischen Volkes umso freudiger, als sie in ihr ein Zeichen der allmählich sich wieder anbahnenden Völkeraussöhnung erblickt. Die Gemeinde Wien ist eben im Begriffe, den Abtransport der Pakete von Sigmundsherberg, welcher sich infolge des gegenwärtigen Waggonsmangels und der bestehenden Transport-schwierigkeiten naturgemäss etwas verzögert, in die Wege zu leiten, um schon in allernächster Zeit mit der Verteilung der Pakete an die Mindestbemittelten beginnen zu können. Ueber die näheren Modalitäten der Abgabe wird binnen kurzem eine Verlautbarung ergehen.

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe von Sauerkraut durch die städtischen Abgabestellen wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware bis auf weiteres ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Der Preis beträgt K 1.60 für 1 kg.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat hält in der kommenden Woche am Mittwoch und Donnerstag Sitzungen ab. Die nächste Gemeinderatsitzung ist erst für Dienstag, 14. d.M. in Aussicht genommen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michler*.  
Wien. I., Neues Rathaus.

3. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 4. Jänner 1919

(Das Leichenbegängnis des GR. Dr. von Dorn.) Ohne jedes Geräusch dem Wesen und eines schlichten Mannes und seinen letzten Willen entsprechend trat gestern nachmittags über im der Silvesternacht verbliebene G.R. Alexander Ritter von Dorn seine letzte Fahrt zur Reise-Einsäckerung nach Reichenberg an. Im Trauerhaus, wo die nächsten Anverwandten, darunter der Schwiegervater des Verstorbenen Hofrat Ozatary, Generaldirektor der Duna-Dampfschiffahrt-Gesellschaft, sich versammelt hatten, nahmen von dem Toten Abschied: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Präsident Seitz, die Witzbürgermeister Rain und Reumann, dann Graf Wlozek, Nationalrat Baron Hoek, die Hofräte Marech und Dr. Schlag, Freiherr v. Plener, Baron Lieben, Chefarzt Dr. Charas, Präsident Schiel vom Gewerbeverein, Präsident Sudek von der "Flamme", die Präsidenten Ehrlich und Witz der "Konkordia", Herr v. d. Eagen vom Wolffbüro, Präsident Saalkind von der auswärtigen Presse, Vorstandsmitglied Schuster von der Friedensgesellschaft, Präsident Ritter von Kohl von der allgemeinen Versorgungsanstalt, kais. Rat L. Lichtenstadt, ferner die Gemeinderäte Dr. Hein, Fiescher, Melchner, Dr. Loewenstein, Hohensinner, Emerling, Lohner, Klauy, Eder, Schmid, Kanonikus Wollny, Frau Anitta Müller, Herold, Partik, Piek und Lohner, zahlreiche Bezirksräte des 9. Bezirkes, Magistratsdirektor Pawelka, die Obermagistratsräte Dr. Mayr und Formasek, die Direktoren Karel, Hillinger und Rauscher etc.

Um 3 Uhr wurde der Sarg, den zahlreiche Blumenspenden vom Gemeinderat der Stadt Wien, vom demokratischen Parteiverband, von der Konkordia, dem Verein "Flamme", der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge, vom Gewerbeverein, der Friedensgesellschaft, dem Prix Denkmalkomitee, der allgemeinen Versorgungsanstalt usw. schmückten, von Bediensteten der städt. Leichenbestattung gehoben und zu dem zweispännigen Glasgala-Leichenwagen getragen, dem die Trauergäste über den Dr. Karl Ineugerplatz, bei der vorderen Rathausfront vorbei bis zur Lichtenfelsgasse das Geleite gaben. Die Leiche wurde auf sodann auf den Nordwestbahnhof gebracht, von wo sie mit dem Abendschnellzug nach Reichenberg gebracht wird. -- Der Bürgermeister, der Bürgerklub und der Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte haben infolge des Ablebens des GR. Dr. von Dorn dem demokratischen Parteiverband ihr Beileid in herzlichen Worten schriftlich ausgedrückt.

Die Lebensmittelsendungen. Sonntag Früh landete im Bahnhof Lagerhaus unter Führung des schweizerischen Oberleutnants Honegger der zweite Zug mit Lebensmitteln aus der Schweiz ein. Er bestand aus: 31 Waggons Mehl, 6 Waggons Reis, 3  $\frac{1}{2}$  Waggons Schokoladepulver und 1 Waggon Schokolade.

Zur Begrüssung hatten sich am Bahnhofs eingefunden: Oberleutnant Frey als Chef der schweizerischen Hilfemission in Wien mit seinem Adjutanten Weidmann und Oberleutnant Dr. Schmid. Namens der Gemeinde begrüßten Lagerhausdirektor Dr. Nübel und Oberinspektor Paldrian die ankommenden Schweizer.

Die Maschine des Zuges war mit Reisig, Blumen und mit Fahnen in den Landesfarben geschmückt. Die Schweizer Soldaten schwenkten bei der Einfahrt Fahnen in den Schweizer Nationalfarben.

Fast gleichzeitig landete die erste Sendung italienischen Getreides ein; dieser Zug wurde vom Leutnant Levi geleitet. Ausser den obgenannten Funktionären des Lagerhauses war Hauptmann Bernhart vom Volkeernährungsamte zur Begrüssung der italienischen Beleitoffiziere und der Mannschaft erschienen, der im Namen des Volkeernährungsamtes die Getreidesendung übernahm.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Korrespondent und verantwortl. Redakteur **Emmy Michler**.  
Wien, I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 7. Jänner 1919. Nr. 40.

**Klub der rechtskundigen Beamten der Stadt Wien.** In der Vollversammlung vom 29. Dezember 1918 wurden folgende Mitglieder der Klubleitung neu gewählt: Obmann: Direktionsrat Dr. Josef Harbick, Elektrizitätswerke-Direktion; Obmann-Stellvertreter: Magistratssekretär Dr. Eduard Siegmeth, Bezirksamt 21; Kassier: Magistratssekretär Dr. Ludwig Klauhe, Magistratsabteilung 4; Schriftführer: Magistratssekretär Dr. Franz Urban, Magistratsabteilung 17 a; Leitungsglieder: Magistratssekretär Dr. Theodor Eger, Magistratsabteilung 9; Magistratssekretär Dr. Adolf Faber, Magistratsabteilung 17; Magistratssekretär Karl von Görtz, Magistratsabteilung 17 b; Magistratssekretär Dr. Josef Gröll, Magistratsabteilung 9; Magistratskommissär Dr. Erwin Hammer, Magistratsabteilung 3; Magistratsoberkommissär Dr. Julius Hofbauer, Magistratisches Bezirksamt 17; Magistratsrat I. P. Anton Oesterreicher; Magistratsrat Friedrich Paul, Bezirksschulrat; Magistratssekretär Dr. Karl Petz, Magistratsabteilung 5; Magistratskommissär Dr. Josef Schindler, Magistratisches Bezirksamt 2; Magistratssekretär Dr. Robert Starzikowsky, Magistratsabteilung 9; Magistratssekretär Dr. Karl Wiesenberger, Magistratisches Bezirksamt 9.

**Gemeindevermittlungskonten.** Die Stänneverhandlungen bei den Gemeindevermittlungskonten Neubau und Mariahilf finden im laufenden Monate am 8., 15., 22. und 29.

ab 10 Uhr vormittags, die beim Gemeindevermittlungsamt Josefstadt an denselben Tagen ab 9 Uhr vormittags statt.

**Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Verzeichnung der Wahlberechtigten.** In den nächsten Tagen beginnt die Verzeichnung der für die Nationalversammlung wahlberechtigten Personen. Zu diesem Zwecke werden durch die Hauseigentümer den Wohnparteien Wähleranlageblätter zugestellt und es ist Verpflichtung der Wahlberechtigten, diese Blätter auszufüllen. Ein Beauftragter des Magistrates wird im Hause selbst die Überprüfung der in den Wähleranlageblättern niedergelegten Daten vornehmen und es empfiehlt sich daher, die notwendigen Dokumente rechtzeitig zu beschaffen. In der amtlichen Kundmachung des Magistrates werden die Wahlberechtigten verpflichtet, die in den Wähleranlageblättern vorgesehenen Rubriken genauestens auszufüllen und binnen 2 Tagen dem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter zu übergeben. Der Beauftragte des Magistrates, der die Überprüfung der Wähleranlageblätter vorzunehmen hat, wird sein Erscheinen mindestens 24 Stunden vorher dem Hauseigentümer oder dessen Stellvertreter bekanntgeben, der seinerseits die Wohnungsinhaber hiervon in Kenntnis zu setzen hat. Als Dokumente für die Wahlberechtigten kommen in Betracht: Zum Nachweise des Wohnsitzes der Meldezettel oder eine polizeiliche Wohnsitzbestätigung, zum Nachweise der Staatsbürgerschaft und des Alters Heiratschein, die landwärtlich bestätigte Staatsbürgerschaftserklärung, Militär-

dokumente, Tauf- und Trauungsscheine, sowie alle anderen amtlichen Urkunden, aus welchen Staatsbürgerschaft und Alter unzweifelhaft zu entnehmen sind. Sollten einem Hauseigentümer wider Erwarten keine Häuserliste und keine Wähleranlageblätter zugestellt worden sein, so wollen diese Benefize beim magistratischen Bezirksamte angesprochen werden.

## Die Fleischhauer gegen die Zentralschlachtung

Montag, 6. d.M. fand im Konzerthausaale die ausserordentlich gut besuchte Generalversammlung der Fleischhauergenossenschaft - es waren über 1200 Mitglieder anwesend - statt. Der geschäftsführende Vorsteher-Stellvertreter **Schedl** begrüßte in herzlichster Weise die Heimkehrer und gedachte in innigen Worten aller Jener, die ihr Leben auf dem Schlachtfelde lassen mussten. Der Vorsitzende besprach sodann noch kurz die entschiedene Stellungnahme der Genossenschaft gegen die vom Staatsamte für Volksernährung verfügte Einführung der Zentralschlachtung und erklärte, dass der Ausschuss seine Mandate, die er über Auftrag der Behörde und über Verpflichtung der Kollegen trotz ihres Ablaufes während des Krieges beibehalten hatte, nunmehr zurücklege und dass in kürzester Zeit die Wahlen ausgeschrieben werden.

Bei der Beratung über den Vorschlag betonte der Führer der Opposition **Hütter**, dass sämtliche Mitglieder der Genossenschaft einig sein müssen, um die Gefahren der Einführung der Zentralschlachtung abzuwehren. Er warf dem Ausschusse vor, dass er bisher nicht genügend energisch gegen die Zentralschlachtung Stellung genommen habe.

Der geschäftsführende Genossenschaftsvorsteher-Stellvertreter **Schedl** erstattete nun ein eingehendes Referat über die Lage im Fleischhauergewerbe während des Krieges, insbesondere im letzten Kriegsjahre und führte aus, dass, wenn die Einführung der Zentralschlachtung während des Krieges notwendig war, sie jetzt in der Zeit der Übergangswirtschaft und in den hoffentlich bald kommenden normalen Zeiten vollständig überflüssig sei. Er wies darauf hin, dass keine Stadt der Welt während des Krieges, was die Approvisionnement anbelangt, soviel durchzumachen hatte, wie Wien. Die Abhängigkeit in der Verproviantierung von den Nachbarländern hat es mit sich gebracht, dass die Stadt Wien mit der allerschwersten Not bis zum heutigen Tage zu kämpfen hatte. Die geringen Anlieferungen von Vieh und Fleisch aus den einzelnen Kronländern haben zur Folge gehabt, dass die Behörden Vieh und Fleischpreise festgesetzt haben. Dass eine entsprechende gleichmäßige Verteilung und auch die Klassifizierung des Rindes nach Qualitäten vorgenommen wurde. Um eine gerechte Verteilung des Fleisches an die Verbraucher zu erzielen, wurde im abgelaufenen Jahre die Fleischkarte eingeführt. Nach Einführung der Fleischkarte folgte die Rayonierung der Kunden bei den von ihnen gewünschten Fleischhauern, wobei es sich zeigte, dass die Bevölkerung von Wien grosses Vertrauen zu ihren Fleischhauern hatte. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung liess sich bei der Grossschlächtereierayonieren. In der letzten Zeit wurden von der Grossschlächtereierayonierung 16.000 kg Fleisch abrayoniert und den Heimkehrern zur Verfügung gestellt. Auch von solchen grösseren Fleischhauerbetrieben, die während des Krieges ihr Geschäft vergrösserten, wurde ein Teil zu Gunsten der Heimkehrer rayoniert. Die Genossenschaft

hat alle Heimkehrer zu einer Versammlung einberufen, um mit ihnen über ihre Zukunft zu beraten. Aus ihrer Mitte wurde ein Fünferkomitee gewählt. Wie allgemein bekannt ist, wird Vieh und Fleisch im Durchschnitt billiger abgegeben, als die Erziehungskosten sind, woraus sich ein bedeutendes Millionendefizit pro Monat ergibt, welches der Staat zu tragen hat. Es entsteht nun die Frage, wie lange ein so kleiner Staat, wie Deutsch-Oesterreich, der mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, sie ertragen kann.

Der Vorsitzende betont, dass die zentrale Bewirtschaftung mit Vieh und Fleisch ebenso versagt habe, wie bei allen anderen Lebens- und Bedarfsartikeln, weil die Fachmänner nicht zur Geltung kamen und die Ideen der unerfahrenen Bürokraten zur Durchführung gelangten. Auch die Fleischhauergenossenschaft muss sich dem Rufe „Weg mit den Zentralen“, anschliessen, wenn sie sich auch einer vernünftigen Kontrolle unterwerfen wird. Redner bespricht die Vorgänge bei der Fettzentrale, bei der Häute- und Bedorzentrale und weist darauf hin, dass allen beteiligten Fabrikanten unter dem Schutz der Regierung die Möglichkeit geboten wurde, Hunderte von Millionen ins Verdienen zu bringen auf Kosten des Gewerbes und der Konsumenten.

Die Einführung der zentralen Schlachtung für Wien bezeichnet der Vorsitzende als eine Degradierung der Fleischhauer zu Fleischverschleissern und als ein Hineindrängen in eine Zwangsorganisation. Die Zentralschlachtung ohne Vermehrung des Lebewiehes muss als eine unglückliche Einführung bezeichnet werden. Die Verhandlungen über die Gruppenschlachtungen, die im Staatsamte für Volksernährung geführt wurden, sind bisher resultatlos verlaufen, da die Vertreter dieses Staatsamtes sich unbedingt für die Zentralschlachtung aussprachen. Die Genossenschaft wird es nicht unterlassen, bei den Mitgliedern der Nationalversammlung ohne Unterschied der Partei vorzusprechen, um ihnen ans Herz zu legen, sich nicht von Schlagworten leiten zu lassen, die vielleicht einer einzelnen Bevölkerungsschicht angenehm im Ohre klingen, sondern auch die Mahnrufe der Viehzüchtenden Bevölkerung zu beherzigen, welche in einer Vieh- und Fleischzentrale die grösste Gefahr für den künftigen Viehstand und die ausreichende Ernährung erblickt.

An das Referat des Vorsitzenden knüpfte sich eine längere Debatte. Gegenüber dem Vorwurfe, dass Vorsteher-Stellvertreter Eder eine Stelle im Verwaltungsrate der Grossschlächtereierayonierung angenommen habe, bemerkte dieser, dass der Gemeinderat die Entsendung mehrerer seiner Mitglieder in den Verwaltungsrat beschlossen und der Bürgermeister ihm eine solche Stelle übertragen hat. Er habe mit dem Ausschusse der Fleischhauergenossenschaft, sowie mit dem Landes- und Reichsverbande Rücksprache gepflogen und sei nur mit deren Zustimmung in den Verwaltungsrat eingetreten.

Genossenschaftsmitglied **Hütter** machte die Mitteilung, dass mehrere Fleischhauer grössere Mengen von Fleisch und Vieh in Ungarn eingekauft haben, die Ware glücklich über die Grenze brachten, dass diese ihnen noch in Häusernärf von der Volkswehr beschlagnahmt wurde. Es seien dort für jeden Mann pro Tag 60 kg aufgeteilt worden, auch so, dass, obwohl die Stadt bereits verproviant war, ausgetrommelt worden, dass noch eine Zubusse an Fleisch der Bevölkerung zukommen werde und erst der Rest des Fleisches durfte nach Wien gebracht werden. Diese restliche Menge war durch das lange Herumlagern und die schlechte Behandlung teilweise verdorben. **Hütter** hat sofort an Ort und Stelle Protest

gegen die Beschlagnahme erhoben und diesen Vorfall dem Landeshauptmann von Steiner gemeldet. Die Mitteilungen des Herrn Hütter wurden von der Versammlung mit heftigem Proteste gegen derartige Vorkommnisse aufgenommen. Nachdem sich noch eine Reihe von Rednern mit der Zentralschlachtung beschäftigt und sich gegen dieselbe ausgesprochen hatten, wurde die Versammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen.

**Neues Ambulatorium für Frauenkrankheiten.** Da nach allen Anforderungen der Wissenschaft eingerichtete Ambulatorium für Frauenkrankheiten im Kaiser Jubiläums-Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz (13. Bezirk Wolkerstrasse 1, Linie 62 der Strassenbahn) steht vom 7. d.M. ab im Betriebe. Ambulanzstunden an Wochen von 10 bis 11 Uhr vormittags; an Sonn- und Feiertagen ist keine Ambulanz.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 8. Jänner 1919. Nr. 11.

**Abgabe von Wohlfahrtsfleisch.** Mit Genehmigung des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Volksernährung wird in der 87. Woche 1/8 kg Wohlfahrtsfleisch für jeden Kopf zum Preise von 1 K gegen Abtrennung des Wochenabschnittes 1 vom neuen rosa-farbenen Einkaufschein für Wohlfahrtsfleisch in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlachtereier an folgenden Tagen abgegeben werden: Samstag, 11. A bis F, Sonntag, 12. G bis K, Dienstag, 14. L bis R und Donnerstag, 16. d.M. S bis Z.

**Abreise der Schweizer Lebensmittelkommission.** Heute früh hat das mit dem ersten Schweizer Lebensmittelzuge in Wien eingetroffene Begleitdetachment, bestehend aus Offizieren und Mannschaft Wien verlassen. Der Kommandant dieser Abteilung Oberleutnant Dr. Schmid hat der Gemeinde Wien für die freundliche und herzlichen <sup>Aufnahme</sup> ~~Empfang~~ <sup>des Kommissars</sup> ~~zum Ausdruck gebracht.~~

In der heutigen Stadtratsitzung brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Zuschrift des Kommissars der schweizerischen Hilfsaktion Oberleutnant Frey zur Kenntnis: Der Magistrat der Stadt Wien hat uns in ausserordentlich liebevoller würdiger Weise mit einem sinnigen Andenken an unsern hiesigen Aufenthalt überrascht. Ich beehre mich, Ihnen hiedurch den herzlichsten Dank meiner Offiziere, ~~Unser~~ Offiziere und Soldaten auszusprechen und Sie zu versichern, dass die gastfreundliche Aufnahme in Ihrer Stadt und das freundliche Entgegenkommen, das uns allerorts zu Teil geworden ist, mit unseren Erinnerungen an den Aufenthalt in Wien eng verknüpft sein werden. Ich benütze den Anlass, um Ihnen mitzuteilen, dass die Offiziere, die Unteroffiziere und die Mannschaft des Beobachtungsdetachements des ersten Lebensmittelzuges nach der Schweiz zurückgekehrt sind. Genehmigen Sie, verehrter Herr Bürgermeister nochmals herzlichen Dank mit dem Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 8. Jänner 1919. Nr. 12.

**Verlängerung der Arbeitszeit in den Buchdruckereien.** In der heutigen Stadtratsitzung beantwortete der Bürgermeister die im Gemeinderate von GR. Gohout eingebrachte Interpellation betreffend die Ausdehnung der Arbeitszeit in den Buchdruckereibetrieben und betonte, dass bei einer beim Kriegswucheramt der Polizeidirektion stattgefundenen Sitzung den Druckereien, die sich mit der Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften befassen über besonderes Ansuchen der motorische Betrieb bis 4 Uhr nachmittags gestattet wird.

**Die Abholzungen im Lainzer Tiergarten.** In der heutigen Stadtratsitzung richtete StR. Max Winter an den Bürgermeister eine Anfrage, in welcher er darauf hinweist, dass durch allzu-reichliche Holzschlagungen im Lainzer Tiergarten die Gefahr einer Ueberschwemmung durch eventuelles Hochwasser drohe. Er machte auch darauf aufmerksam, dass sich in dem Tiergarten eine Baracke befindet, aus der von den Holzsammlern ganze Bretter herausgerissen werden. Er fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist, unverzüglich alle Schritte zu unternehmen,

die eine ~~Er~~ Erzielung der 26 Joch Wald neben der Heidewiese hintanhaltend <sup>und</sup> dafür zu sorgen, dass die aus dem Tiergarten zu gewinnende Holzmenge im gleichen Verhältnis veranschlagt werde, wie die Holzmenge, die aus dem Wienerwald gewonnen werden soll. Wenn Wien aus dem Tiergarten und den Staatsforsten 130.000 Raummeter Holz gewinnen will, so können auf jedes der 45.000 ha etwa 3 Raummeter, auf den ganzen Tiergarten, also mit seinen 2000 ha 6000 Raummeter, nicht aber 50.000 und auf die Staatsforste im Wienerwald der Rest. Weiter fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister geneigt ist, das Zweckdienliche zu veranlassen, dass die Niederlegung der Baracken auf einem an Wien anstossenden Gebiete nicht fortgesetzt werde. Die heute noch stehenden Baracken sind für die Unterkunft von 50 erholungsbedürftigen Kindern ausreichend, ohne dass sonderliche Adaptierungen nötig wären. Bei dem Mangel an Erholungsstätten für die Wiener Kinder geht es nicht an, dass eine derart unzweckmässige Verwüstung von öffentlichem Gut geduldet wird.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er morgen ~~dem~~ Staatsnotar Dr. Sylvester und beim Unterstaatssekretär Riedl vorsprechen werde, um die Denkschrift der Gemeinde Wien bezüglich der Krongüter, in welcher auch der Lainzer Tiergarten behandelt wird, zu überreichen.

StR. Kienböck ersucht den Bürgermeister, dabei besonders darauf aufmerksam zu machen, dass der Tiergarten ebensowohl an gewissen Tagen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

In Ausführung seiner Anfrage weist StR. Winter noch darauf hin, dass nicht bloss Fall- und Klaubholz aus dem Tiergarten weggetragen werde, sondern dass die Leute auch mit Aexten und Sägen kommen und junge Bäume fällen. Ja dass Leute sogar mit Wagen gefahren kommen, um das Holz wegzuschaffen. Er fragt den Bürgermeister, ob es nicht möglich wäre, eine Reihe von Arbeitslosen damit zu beschäftigen, das Klaubholz zu sammeln, <sup>um es von gemässen Stellen aus an die</sup> ~~der~~ Bevölkerung zu verteilen.

**Rückgabe von Schulgebäuden.** In Ausführung eines Antrages des GR. Rummelhardt betreffend die Rückgabe des Schulhauses im 9. Bezirk Lazarettgasse 27, teilte der Bürgermeister in der heutigen Stadtratsitzung mit, dass über Antrag des Magistrates zufolge der gepflogenen Erhebungen der Spitalbetrieb in dem obgesagten Schulgebäude bereits aufgegeben und mit den Reinigungsarbeiten bereits begonnen wurde. Nach erfolgter vollständiger Räumung, um deren Beschleunigung der Sanitätschef des liquidierenden Militärkommandos ersucht wurde, wird die sofortige Rückstellung der Schule an die Gemeinde zur Wiederaufnahme des Unterrichtes veranlasst werden.

**Von der Strassenbahn.** Infolge der Einschränkung im Strassenbahnverkehr und der grossen Zahl von Heimkehrern ergab sich ein grosser Ueberstand an Fahrmannschaften. Um nun keine Entlassungen im Stande des Personals vornehmen zu müssen hat die Strassenbahndirektion die Einführung der Doppelbesetzung der Schaffner und Zugsführer angeordnet. Diese Einführung hat sich gut bewährt, kommt jedoch selbstverständlich nur insoweit in Betracht als die verkehrenden Wagen übermässig stark von Fahrgästen frequentiert werden.

**Die Neujahrgelder der städtischen Strassenbahnen.** Die Direktion der städtischen Strassenbahnen hat am Neujahrgeldern im ganzen 962.058 Kronen ausgegeben, wovon für Beamte

und Beamtinnen 203.645 Kronen, für Unterteamte 119.289 Kronen, für Bedienstete und sonstige Angestellte 660.112 Kronen zur Auszahlung gebracht wurden. Zuzufolge Stadtratsbeschlusses vom 5. Dezember 1916 wurde das systemisierte Neujahrgeld ausserhalb mingerückten Angestellten zuerkannt und jene Bediensteten, deren Neujahrgeld nicht mehr als den dreifachen Tagelohn beträgt, erhielten den doppelten Betrag ausbezahlt.

**Einführung des Achtstundentages bei den städtischen Betrieben.**

In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde nach einem Antrage des StR. Schneider ~~über~~ die Einführung des Achtstundentages vom 9. d.M. an beschlossen. Die Arbeitszeit beträgt in den Betrieben an Werktagen, das ist von Montag bis Freitag täglich 8 1/2 Stunden, an gewöhnlichen Samstagen 5 1/2 Stunden mit dem Arbeitschlusse um 12 1/2 Uhr einschliesslich der Zeit für die Auszahlung, sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Arbeiter. Zur Wahrung des bisherigen Wochenverdienstes wird den Arbeitern und Arbeiterinnen für jede Woche ein weiterer Zuschlag von 3 Arbeitsstunden gerechnet. Im Magistratsbericht heisst es dass durch die Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 3 Stunden es voraussichtlich notwendig sein wird, 100 Leute neu anzustellen, um denselben Arbeitseffekt zu erzielen. Die Kosten würden sich auf ungefähr 600.000 Kronen jährlich belaufen.

StR. Weigl stellt den Antrag, es möge eine Umrechnung des Stundenlohnes erfolgen. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

In der Debatte wurde als Mangel des Gesetzes hervorgehoben, dass mit der Verminderung der Arbeitszeit nicht gleichzeitig festgesetzt wurde, dass der Lohn derselbe zu bleiben habe, wie bisher. Es sei daher schon namentlich in Provinzorten zu Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen. Ferner wurde hervorgehoben, dass die Verminderung der Arbeitszeit der Gemeinde Wien beträchtliche Auslagen bringen werde, und dass an eine Deckung derselben gedacht werden müsse.

Bezüglich der Markkosten entwickelte sich eine lebhafte Debatte insofern, als die sozialdemokratischen Redner auf dem Standpunkte waren, dass durch die Verringerung der Arbeitszeit eine Intensivierung der Arbeit eintrete, so dass trotz der Verkürzung die gleiche Arbeit geleistet werden würde. Es werde also nicht notwendig sein, mehr Arbeiter einzustellen. Demgegenüber wurde von den christlichsozialen Mitgliedern des Stadtrates betönt, dass das Besatz auch einen Schutz der Arbeitslosen bezwecke damit eben durch die Verringerung der Arbeitszeit mehr Arbeiter beschäftigt werden können. In der jetzigen Zeit der Enttäuschung der Menschen durch den Lebensmittelmangel seien die Arbeiter nicht im Stande mehr zu leisten.

Nach einem Berichte des VB. Rain wurde auch bei der städtischen Stellwagenunternehmung die Einführung des Achtstundentages beschlossen.

**Der Strassenbahnverkehr am Sonntage.** In der letzten Sitzung des Stadtrates hat StR. Spalowsky sich über den schlechten

Verkehr der Strassenbahn an Sonntagen beklagt und den Wunsch ausgesprochen, es möge getrachtet werden, an Sonntage einen besseren Strassenbahnverkehr einzurichten. StR. Skaret sprach sich in der heutigen Sitzung des Stadtrates ebenfalls gegen die Auflassung von vier Linien an Sonntagen aus. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte, dass die Angelegenheit in der nächsten Stadtratsitzung zur Beratung kommen werde, zu der der Direktor der Strassenbahnen Ing. Spängler eingeladen werde.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **John Michow.**  
Wien i. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 9. Jänner 1919. Nr. 13.

Kartoffelabgabe. Samstag, Montag und Dienstag werden im 2. Bezirk ( Leopoldstadt ) Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes J bis L der Kartoffelkarte ausgegeben.

## 2. Ausgabe.

22. Jahrgang Wien, Donnerstag, 9. Jänner 1919. Nr. 14.

Neue Armenräte. In der letzten Sitzung des Stadtrates wurden nach einem Antrage des StR. Schner Josef Kubat, Julius Woder, Franz Nowatny, Karl Schubert zu Armenräten für den 2. Bezirk, nach einem Antrage des StR. Spalowsky Theodor Gerstner, Josef Kraemer, Adolf Tomez zu Armenräten für den 7. Bezirk und nach einem Antrage des StR. Breuer Josef Fühner zum Armenrat für den 4. Bezirk ernannt. Nach einem Antrage des StR. Vaugoin wurden zu Waisensatinnen im 13. Bezirk Marianne Huber und Josefine Schäfer ernannt.

Erweiterung des Hernalscher Friedhofes. Nach einem Antrage des StR. Hötzel in der letzten Sitzung des Stadtrates wird zum Zwecke der Erweiterung des Hernalscher Friedhofes Gründe in Dorabach im Ausmaße von 2976 m<sup>2</sup> um 65.000 Kronen angekauft.

Werkstättenräume für die Feuerwehr. In der letzten Stadtratsitzung wurde nach einem Antrage des StR. Schner die Umgestaltung der an die Pyrkerasse angrenzenden ehemaligen drei Stallungen auf der städtischen Liegenschaft Würgasse 5, 7 und 9 im 19. Bezirke in Werkstättenräume für Zwecke der städtischen Feuerwehr um 142.000 Kronen beschlossen.

Georg und Anna Fillgrader'sche Stiftung. Im Februar d.J. gelangen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind. Bürger der ehemaligen Vorstand Lamgrube genießen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche um Beteiligung sind bis längstens 15. Jänner 1919 in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf 6. Bezirk Ammerlinggasse 6 einzubringen.

Schwester Fröhlich Stiftung. Aus dieser Stiftung werden zur Unterstützung Bedürftiger und hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft a) Stipendien an Künstler oder Gelehrte zur Vervollendung ihrer Ausbildung, zur Ausführung oder Veröffentlichung eines bestimmten Werkes oder im Falle der Arbeitsunfähigkeit, b) Pensionen an Künstler oder

Gelahrte, welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle in Mittellosigkeit geraten sind, verliehen. Gesuche samt eventuellen Kunstproben sind bis 1. März d.J. im Präsidialbüro des Wiener Gemeinderates, 1. Bezirk Neues Rathaus, Lichtenfelsgasse 2, 1. Stock zu überreichen, woselbst auch die Stiftungssatuten behoben werden können.

Diplome an Bezirksräte. Nach einem Antrage des StR. Dechant wurde in einer der letzten Stadtratsitzungen den Bezirksräten Karl Linzwetz, Clemens Radlauer, Johann Horak, Johanna Seisl, Alois Auzinger, Wenzel Guth und Franz Schwarzinger Diplome für mehr als 10jährige verdienstvolle Ausübung des Ehrenamtes eines Bezirksrates verliehen.

Zur Einführung des Achtstundentages. In Ergänzung und teilweiser Richtigstellung unseres gestrigen Berichtes über die Einführung des Achtstundentages bei den städtischen Unternehmungen wird uns noch mitgeteilt; dass sich die Beratung hauptsächlich auf jene Betriebe beschränkte, die als fabrikmässig unter das kürzlich verlautbarte Gesetz fallen. Bei den städtischen Gaswerken besteht bereits die achtstündige Arbeitsschicht, bei den Elektrizitätswerken wird die derzeit neunstündige Schicht durch die achtsündige ersetzt werden. Wegen der Durchführung des Schichtwechsels werden Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft getroffen werden. Im Brauhaus, sowie im Kühlhaus des Lagerhauses wird, soweit es sich um den ununterbrochenen Betrieb handelt die Arbeitszeit in ähnlicher Weise geregelt; in der Särgefabrik der städtischen Leichenbestattung ist die achtstündige Arbeitszeit bereits eingeführt. Bezüglich der städtischen Strassenbahnen führte der Berichterstatter StR. Schneider aus, dass dieses Unternehmen den Eisenbahngesetzen unterliege und deshalb nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes über den Achtstundentag falle. Die Gemeindevertretung übernehme jedoch freiwillig die Verpflichtung in den allenfalls in Betracht kommenden Zweigen des Unternehmens, wie Hauptwerkstätte, Werkplatz der Bauleitung und Dienstkleiderhauptlager die Achtstundentage-woche einzuführen. Bezüglich der Stellwagenunternehmung berichtete VB. Rain, welcher mitteilte, dass dieser Bericht nur deshalb den Stadtrat beschäftige, weil durch die Einführung der 48 Stunden-Woche die Werkstättenordnung abgeändert werden müsse.

Überprüfung der Wähleranlageblätter. Von Samstag, 11. d.M. bis einschliesslich Dienstag, 14. findet in allen Bezirken Wiens die Überprüfung der von den wahlberechtigten Personen ausgefüllten Wähleranlageblätter zwecks Anfertigung der Wählerverzeichnisse für die konstituierende Nationalversammlung statt. Es liegt daher im allgemeinen Interesse, dem im Hause sich einfindenden Beauftragten der Magistrates alle Dokumente, die zum Nachweise des Wahlrechtes dienen, vorzuweisen.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michalek*.  
Wien. I. Neues Rathaus.

3. Ausgabe

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 10. Jänner 1919. Nr. 17.

Der Verwertung der Kronsgüter. Bürgermeister Dr. Weiskirchner und VB. Reumann erschienen heute Vormittags beim Staatsnotar Dr. Sylvester, um die Uebernahme der Kronsgüter zu besprechen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner machte hierüber im Stadtrate folgende Mitteilungen: Staatsnotar Dr. Sylvester hat die Gründe, welche die Gemeinde Wien geltend macht, um in den Besitz gewisser Kronsgüter zu gelangen, ganz und voll gewürdigt. Ueber unser Ersuchen wird der Kaisergarten (die Parkanlage auf der Seite der Hofburg bis zum Goethedenkmal reichend) sofort geöffnet werden. Der Staatsnotar habe die begrüssenswerte Anregung gegeben, die Einfriedigung zu entfernen, so dass der Garten und die Ringstrassenallee nicht voneinander getrennt sein werden. Der Staatsnotar werde ferner Verfügung treffen, dass ein Durchgang durch den Volksgarten <sup>gegenüber</sup> vom Parlament zur inneren Stadt geschaffen werde. Ferner wird eine Fahrstrasse durch den *Angarten* eröffnet werden. Auch die Fasanerie in Schönbrunn soll in kürzester Zeit der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Die weitere Verhandlung bezog sich auf die gesamten Kronsgüter, insoweit dieselben für die Gemeinde im Interesse der Bevölkerung in Betracht kommen.

Hinsichtlich des Stadterweiterungsfondes hat der Staatsnotar keine die beiden Gemeindefunktionäre zufriedenstellende Erklärung abgegeben, es sei aber, sagte der Bürgermeister, notwendig, dass die Gemeinde Wien mit allen Mitteln diesen eigentlich ihr zustehenden Fonds für sich in Anspruch nimmt. Allerdings müsste aus den Mitteln des Fonds der Bau der neuen Hofburg, die nicht ein Torso bleiben dürfe, zu Ende geführt werden.

Die Erwerbung ~~von~~ Kronsgüter sei eine Existenzfrage für das zukünftige Wien, es sei kein Zweifel, dass die Stadtvertretung zugreifen müsse, nur werde es notwendig sein, über die Möglichkeit und über die Form sich ein klares Bild zu schaffen. Er werde deshalb die städtischen Aemter beauftragen, möglichst rasch unter Beiziehung von Experten auf dem Gebiete der Kunst- und Wissenschaft ein Gutachten abzugeben.

Bei der darauf folgenden Debatte, wünschte Regierungsrat Schaidt die Einbeziehung eines Teiles des Belvedere's und Theresianumgartens für die allgemeine Benützung.

StR. Winter sprach den Wunsch aus, dass das Laxenburger Schloss dem Staatsamt für Volksgesundheit überlassen werde. Er wies übrigens auf seinen eingehenden, der Nationalversammlung übermittelten Antrag hin.

Infolge vorgerückter Stunde wurde sodann die Beratung über diesen Gegenstand für morgen verschoben.

Abgabe von Rüben als Futtermittel. Die Gemeinde Wien gibt Wrucken, Rüben, Karotten und Möhren, welche durch Transportschäden für den menschlichen Genuss ungeeignet wurden, als Futtermittel an Milchweier, Fuhrwerks- und Pferdebesitzer ab. Der Preis stellt sich für Wrucken und Rüben auf 10 bis 16 Heller, für Karotten und Möhren auf 20 bis 30 Heller für je ein Kilogramm. Die Abgabe findet täglich an Werktagen von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 4 Uhr nachmittags im Simmeringer Strassenbahnhof, XI, Simmeringer Hauptstrasse (Zufahrt durch die *Fuhrstraße und Lorystraße*) statt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michler,  
Wien, I., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Montag, 13. Jänner 1919. Nr 20.

Ausgabe neuer Kohlenkarten. In der kommenden Woche werden die neuen Küchenbrandkarten bei den zuständigen Brot- und Mehlkommissionen in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags ausgefolgt und zwar sind sie von den <sup>an</sup>anspruchsberechtigten Wohnungsinhabern mit den Namen- Anfangsbuchstaben A - F am Dienstag den 14. Jänner, G - I und L am Mittwoch den 15. Jänner, K, M - O am Donnerstag den 16. Jänner, P - R, S am Freitag den 17. Jänner, Sch, T - Z Samstag den 18. Jänner persönlich oder ~~zurück~~ durch einen gehörig ausgewiesenen Stellvertreter zu beheben. Die Besitzer der neuen Küchenbrandkarten haben ihren Namen und Wohnort in den Bestellabschnitt einzutragen und sich bei einer frei zu wählenden Kohlenabgabestelle innerhalb zweier Tage nach Empfang der Karte rayonieren zu lassen. Den Parteien wird empfohlen, den Händler zu wählen, der ~~nicht~~ bisher bedient hat. Falls von einer Partei keine Abgabestelle gefunden werden kann, hat sie sich an den Kohlenkommissär des zuständigen Magistratischen Bezirksamtes wegen Zwangsrayonierung zu wenden.

## 2. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Montag 13. Jänner 1919. Nr 21.

### Beschleunigte Behandlung der Kontrahentenrechnungen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat <sup>am</sup> dem Magistratsdirektor folgenden Erlass gerichtet: Schon zur Zeit meines Amtsantrittes als Bürgermeister der Stadt Wien habe ich mit dem Erlass vom 25. Jänner 1913 alle städtischen Organe angewiesen, der Behandlung der Kontrahentenrechnungen alle jene Aufmerksamkeit zuzuwenden, die den berechtigten Anforderungen und Interessen der Gewerbetreibenden entspricht. Die gegenwärtigen, durch den Auszug des Krieges verursachten Verhältnisse erheischen es umso dringender, dass die städtischen Aemter die Kontrahentenrechnungen mit aller Beschleunigung der Erledigung zuführen, als infolge des Zerfalles des österreichischen Staates gewaltig grosse Verdienstsommen für Kriegslieferungen vorläufig nicht zur Ausszahlung gelangen. Hiedurch erhöht sich aber auch die Gefahr, dass zahlreiche gewerbliche und industrielle Unternehmungen ihren Betrieb einstellen müssen, wodurch sich die Zahl der Arbeitslosen in Wien, die ohnehin schon eine ausserordentliche Höhe erreicht hat, noch in bedeutendem Masse erhöhen würde.

Ich ersuche daher Euer Hochwohlgeboren, die städtischen Aemter neuerlich auf das nachdrücklichste anzuweisen, die Rechnungen der städtischen Kontrahenten mit aller nur immer tunlichen Beschleunigung zu behandeln und dafür zu sor-

gen, dass diese Rechnungen stets in der kürzesten Zeit zur Ausszahlung gelangen.

Wähleraufnahme. Dem Magistrate ist zur Kenntnis gekommen, dass in einzelnen Fällen Hauseigentümer und Wahlberechtigte die Ausfüllung der Hauslisten und Wähleranfrageblätter verweigert haben. Abgesehen davon, dass die Verweigerung der Mitwirkung der genannten Personen als Uebertretung bestraft werden müsste, liegt es auch im allgemeinen Interesse eine vollständige Wählerliste herzustellen und ergoht daher an alle Beteiligten die Einladung zur Mitwirkung.

Titeländerungen im Stadtbauamte. Nach einem Antrage des VB. Hoss werden folgende Titeländerungen im Hilfsstatus des Stadtbauamtes genehmigt: Oberrevident 1. Klasse in technischer Verwalter, Oberrevident 2. Klasse in technischer Oberrevident, in den Rangbezeichnungen Revident, Official, Assistent und Praktikant wird das Wort „Technisch“ eingeführt. Nach einem Zusatzantrage des StR. Vaugoin wird das Stadtbauamt angewiesen, wegen der Aenderung der Bezeichnung „Hilfsstatus“ einen Vorschlag zu unterbreiten.

Aus dem Versorgungsheim. Nach einem Berichte des Stadtrates Dr. Haas werden den Bediensteten im Pavillon 1 des Versorgungsheimes, welche die Krankenpflege während der Grippe-Epidemie zu besorgen hatten, Zulagen in der Gesamthöhe von rund 20.000 K gewährt. Seit 15. Oktober 1918 wurden dort 1144 Grippekranke ( 335 Männer und 809 Frauen) verpflegt.

Die Veranstaltungen in den Turnsälen. Nach einem Berichte des Stadtrates Tomola in der letzten Sitzung des Stadtrates wird die Ueberlassung von Turnsälen für die Abhaltung von politischen Versammlungen unter den Bedingungen gestattet, dass das Rauchverbot eingehalten wird, die Schuldiener von den betreffenden Parteien entlohnt werden und dass die die Säle benutzenden Parteien für jede Sachbeschädigung haftbar sind. Den Parteien wird empfohlen, sich nur um Turnsäle in Knabenschulen zu bewerben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michlew.*  
Wien. 1., Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

27. Jahrgang. Wien, Montag, 10. Jänner 1910.

2. 20

-----  
Tägliche Ausgaben:

Die Notiz über die ...  
führt nicht ...  
-----

Die Verteilung der Schweizer Lebensmittel. Heute nachmittags fand unter dem Vorsitz des VB. Rain in Anwesenheit des Schweizer Delegierten unter Führung des Oberstleutnant Frey, der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge, der Gemeinde und der Fachreferenten des Magistrates im Rathaus eine Sitzung statt, in welcher der endgiltige Verteilungsplan über die Schweizer Hilfsaktion festgelegt wurde. Von den in Wien eingelangten sechs Waggons Fett (30 t Schweinefett und 30 t Kokosfett) wurden bereits 30 t Kokosfett und 15 t Schweinefett zur Aufbesserung der dieswöchentlichen Kopfquote von 40 auf 60 Gramm verwendet. Von den noch erübrigenden 15 t Schweinefett werden 10.5 t an die Krankenanstalten etc. und 4500 kg an die öffentliche allgemeine unentgeltliche Ausspeisung abgegeben.

Von der Schweizer Reisaushilfe per 40 Waggons wurden 142.640 kg bereits ausgegeben. Hinsichtlich der Verteilung der noch zur Verfügung stehenden 257 t Reis wurde seitens der Vertreter der Gemeinde Wien der Antrag gestellt, mit Rücksicht auf die dermalige Brotknappheit und die ungünstige Versorgungsaussicht für die nächste Woche dieses Reiskquantum der Bevölkerung eventuell als Brotersatz zur Verfügung zu stellen. Da diese Verwendungsart den Instruktionen der Schweizer Delegierten nicht entspricht, hat Oberstleutnant Frey, der übrigens dem Standpunkte der Gemeindevertreter beipflichtet, sich telegrafisch an das Eidgenössische Ernährungsamt der Schweiz gewendet. In gleichem Sinne hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner sich die Zustimmung dieser Stelle hiezu telegrafisch erbeten.

An Schokoladepulver wurden bereits 10.000 kg in der letzten Sitzung aufgeteilt. Es erübrigen noch 35.000 kg, welche zum Teil an Kinder von 2 bis 6 Jahren nicht begüterter Eltern, zum Teil für das Kinderfrühstück der Gemeinde Wien in den Schulen und an Lehrlings- und Jugendhorte nach einem vom Staatsamte für soziale Fürsorge noch aufzustellenden Verteilungsschlüssel ausgegeben werden. 9000 kg Schokolade werden zum Teil an Spitäler und für die Hauskrankenpflege (Hauskranken- und Distriktskrankenpflege, Tuberkulosenfürsorgestellen und für die Säuglingspflege) nach einem vom Stadtphysikate ausgearbeiteten Plane ausgegeben werden.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien, 1. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, Dienstag, 14. Jänner 1919. Nr 23.

Neue Bezirksärzte. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Dr. Haas zu städtischen Bezirksärzten 1. Klasse ernannt: Dr. Hans Weidner, Dr. Richard Fellner, Dr. Alexander Jehle, Dr. Rudolf Kühler, Dr. Eduard Fiedler und Dr. Eduard Titze.

Verband der freiwilligen Jugendfürsorge. Der Verband für freiwillige Jugendfürsorge hat mit 1. Jänner eine eigene Geschäftsstelle in Wien eröffnet. Die Geschäftsstelle wird Mitteilungen des Verbandes herausgeben, die Mittlerrolle zwischen den Behörden und den angeschlossenen Vereinen übernehmen und deren gemeinsame Interessen nach aussen vertreten. Die jeweils freien Plätze der Anstalten und die Einrichtungen der halboffenen Fürsorge wird sie nachweisen, sowie an der Pflegestellenvermittlung mitwirken. Vorträge, Ausstellungen und Tagungen werden veranstaltet werden, um den Mitgliedern des Verbandes die Kenntnis der Fachliteratur zu vermitteln. Die Geschäftsstelle, die ihren Sitz in der Hauptstelle des städtischen Jugendamtes hat, ist an Wochentagen von 9 bis 3 Uhr geöffnet. Für einzelne Arbeitsgebiete können, wenn der Umfang der Geschäftsstelle es erfordert, eigene Geschäftsstellen errichtet werden.

Verein der Freunde des Uhrenmuseums. Der unter dem Protektorate des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner stehende Verein der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien hält am Donnerstag, 23. d.M. um 5 Uhr nachmittags seine erste Vollversammlung im Stadtratsitzungsaal des Neuen Rathauses ab, zu der alle Mitglieder eingeladen werden.

Die englischen Offiziere im Rathaus. Heute vormittags erschienen die Begleitoffiziere des englischen Lebensmittelzuges mit dem Kommandanten Major Dibben in Begleitung des Majors Bethell von der Interalliiertenkommission im Rathaus, wo sie vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den VB. Hoss, Rain und Reumann empfangen und begrüsst wurden. Major Bethell erklärte als Sprecher der Abordnung, dass der Lebensmittelzug, der gestern in Wien einlangte, ein Geschenk des englischen Armeoberkommandos in Italien sei, gedacht als Liebesgabe an die Wiener. Hierin solle eine Anerkennung liegen für die sehr gute und humane Behandlung, welche die Deutsch-Oesterreicher und besonders die Wiener im Gegensatze zu den Preussen während des Krieges den englischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten haben angedeihen lassen. Instruktionsgemäss sind diese Lebensmittel für die arme Bevölkerung bestimmt und erfolgte die Uebersendung völlig unentgeltlich ohne jede Bezahlung oder Gegenleistung. Major Bethell stellte die Ankunft weiterer dreier Lebensmittelzüge in der gleichen Weise in Aussicht. Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte den Dank der Gemeinde hiefür zum Ausdruck und beauftragte sofort den Magistratsrat Dr. Roskopf mit der Ausarbeitung eines Verteilungsplanes, welcher dem Kommandanten der englischen Mission zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Zum Schlusse wurden den Erschienenen zur Erinnerung Albums der Stadt Wien übergeben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michler.

Wien. I. Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

22. Jahrgang, Wien, 16. Jänner 1919, Nr. 24.

Abgabe von Kondensmilch durch die Gemeinde Wien. Dank der aus der Schweiz eingelaugten Lebensmittelsendungen ist die Gemeinde Wien in der Lage, in dieser Woche Kondensmilch auszugeben. Bezugsberechtigt sind schwangere Frauen und stillende Mütter sowie Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre. Die Milch wird bei jenen städtischen Abgabestellen ausgegeben, bei welchen Nahrungszubereitungen für schwangere und stillende Frauen erhältlich sind, und zwar für alle Bezugsberechtigten, gleichgiltig ob sie mit dem Mehlbezug bei städtischen Abgabestellen oder bei Konsumentenorganisationen rayoniert sind. Die Milch kann von Donnerstag, dem 16. bis einschliesslich Samstag, dem 18. Jänner i. J. gegen Vorweisung der Nahrungszubereitungskarte und Abtrennung des Buchstabens „B“ der Mehlbezugskarte bzw. gegen Abtrennung des Abschnittes III der Milchkarte für Kinder bis zum 2. Lebensjahre bezogen werden. Auf jede bezugsberechtigte Person entfällt eine Dose. Preis der Dose K 5.26. Die Abgabe der Milch wird unter strenger Kontrolle der Schweizer Hilfskommission durchgeführt, welche besonderes Gewicht darauf legt, dass die Milch nur für den Konsum der Bezugsberechtigten verwendet wird. Eine Umgehung dieser Verfügung wird nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften streng bestraft.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Jonny Michew.**  
Wien. I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 15. Jänner 1919. No 25.

**Neue Amtsvorstände.** Der Bürgermeister hat den bisherigen Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den ersten Bezirk Magistratsrat Dr. Albert Dokaupil zum Vorstand der Magistratsabteilung 18 (Versicherungsangelegenheiten) und den bisherigen Vorstand dieser Abteilung Magistratsrat Dr. Franz Pattinger zum Leiter des bezeichneten Bezirksamtes bestellt.

**Kommunalsparkasse Döbling.** Im vorigen Monate wurden von 1303 Parteien K 1,860.782 eingezahlt, was zusammen mit dem Einlagenstand des Monats November eine Summe von K 21,740.022 ergibt. Rückgezahlt wurden an 1212 Parteien K 1,529.577. Der Gesamteinlagenstand am Ende des Monats betrug K 20,210.445, die Zinsen bis 31. v.M. K 363.739. Die Anstalt verzeichnet sonach einen Zuwachs von 694.944 Kronen. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug K 1,136.942, der Stand der aushaftenden Hypothekendarlehen K 9,876.787, der Stand der Darlehen auf Wertpapiere K 50.224 und der Stand der Wertpapiere (Nominale) K 8,583.750.

**Die Propellerüberfuhr in Nussdorf.** In einer der letzten Stadtratssitzungen wurde nach einem Berichte des Str. Knoll für die Propellerüberfuhr von Nussdorf nach Jedlesee eine Subvention von 700 Kronen bewilligt.

**Die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien.** In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte machte Oberstadtphysikus Dr. Böhm folgende Mitteilungen: Im Oktober 1918 sind die Fälle der armenärztlichen Behandlung auf 24.305 gegen 11.151 im Vormonate und 9450 im Oktober des Vorjahres angewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 11.884 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1977, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 990 Fälle. Ueber Infektionskrankheiten liefen aus der Zivilbevölkerung 762 Anzeigen ein. Hievon entfallen 155 auf Scharlach, 209 auf Diphtherie, 57 auf Bauchtyphus, 273 auf Ruhr, 4 auf Eblattern, 38 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 116 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit betrug zusammen 8284 Personen, gegen 3726 im Vormonate und 3329 im Oktober des Vorjahres, davon 7421 auf das Zivil- und 1163 Militärpersonen. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die epidemischen Krankheiten mit 2303 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 52'6 %, das weibliche mit 44'4 % beteiligt. Im Berichtsmonate wurden 34 gerichtliche und 220 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 7285 Transporte, darunter 1692 Leichentransporte durchgeführt.

**Milchkühe für Wien.** Angesichts der trostlosen Milcheinläufe nach Wien ist es erfreulich, dass Einlangen eines grossen Milchkuhtransportes für die Gemeinde Wien möglich zu werden. Voralberg, das selbst an allen Notwendigkeiten, hat sich in den letzten Tagen bereit erklärt, der Gemeinde Wien 150

Milchkühe abzugeben und hat diese Anzahl später auf 525 erhöht, Diese 525 Kühe langten in zwei Transporten am letzten Samstag und Sonntag in Wien ein. Darunter befinden sich auch 150 frischmelkende Kühe, wodurch sich die in Wien selbst produzierte Milch momentan um ca. 1000 Liter erhöht. Von der gesamten Anzahl übernahm die Gemeinde Wien diesmal bloss die hochträchtigen Kalbinnen, ca. 50 Stück um diese jungen Tiere der Weiterzucht zu erhalten, weiters einige hochträchtige, erst im März abkalbende Kühe und schliesslich 28 für das Wiener Genesungsheim in Steinklamm bestimmte Stücke. Den gesamten Rest, ca. 440 Stück erhielten die Milchmeier Wiens. Von 8000 Milchkuhen, welche in Friedenszeiten und noch bei Kriegsbeginn 200 Milchmeier in Wien eingestellt hatten, ist die Anzahl auf 1800 minderergiebige Milchkuhe gesunken. Dem Umstand, dass die Kühe bei bester Qualität und dank dem Entgegenkommen bei der Voralberger Landesregierung und der Intervention des Präsidenten Nationalrates Jodok Fink im Preise mässig sind, benützten die Wiener Milchmeier, um ihre schrecklich reduzierten Betriebe aufzufrischen und eine Anzahl gesperrter Betriebe wieder zu eröffnen.

Es wäre verfrüht, aus diesen Lichtblicke der letzten Tage eine Besserung der desolaten Milchversorgungsverhältnisse Wiens ableiten zu wollen. Wenn jedoch einige Voraussetzungen, an deren Verwirklichung mit allem Eifer gearbeitet wird, in den nächsten Tagen zutreffen, ist eine Besserung der Milchversorgung Wiens zu erwarten. Zu diesen Voraussetzungen zählen, dass Voralberg der Gemeinde Wien noch einiges Milchvieh überlässt und dass ebenso Tirol Milchvieh abgibt. Die Verhandlungen hierüber sind im Zuge und würden mit diesen beiden Kontingenten in erster Linie wieder die Milchmeier bedacht werden, um die Milchproduktion in Wien selbst nach Möglichkeit zu heben. In den letzten Monaten hat die Gemeinde Wien unter grossen Schwierigkeiten gegen 1300 hochwertige Schweizer Milchkuhe eingeführt und in ihren landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt: In kurzer Frist werden diese Kühe, welche sämtlich hochträchtig waren, abgekalbt haben und deren Ertrag auch wieder zur Entspannung der Milchverhältnisse beitragen.

**Schweizer Kinder an Wien.** Die Sekundarschüler aus Altstetten bei Zürich haben an den Bürgermeister folgenden Brief gerichtet: Wiener Kinder! In unserem ganzen Schweizerlande spricht man von der Not und dem Elende, das jetzt bei Euch herrscht. Es berührt uns Kinder sehr schmerzlich, dass Ihr so sehr Hunger leiden müsst. Wir sammeln nun Lebensmittel und andere Sachen, um Eure Not ein wenig lindern zu helfen. Wir hoffen, dass das Schicksal Euch in Zukunft ein glücklicheres und friedlicheres Los bereite, und grüssen Euch recht herzlich. - Eine dem Briefe beigelegte Karte lautet: Den Kindern Wiens mit vielen freundlichen Grüssen eine 1. und 2. Klasse in Altstetten bei Zürich. - Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die Kinder ein Dankschreiben gerichtet.

**Abgabe von Zuckerrüben.** Die Gemeinde Wien bringt in der nächsten Zeit und zwar bei den Kartoffelabgabestellen der offenen Märkte und Markthallen in den Bezirken, 1,2,3,4, 6,10,12,14,15,16,17,18,20 und 21 Zuckerrüben zum Preise von 40 h für das kg zum Verkaufe. Die Bevölkerung wird aufmerksam gemacht, dass Zuckerrüben als Gemüse verwendet

hinterinander vorgenommen werden. Auch ist für die Luftung des Kochraumes zu sorgen, da dadurch die Eindampfung beschleunigt wird. Die hierbei zurückbleibenden Rüben sind als Futtermittel gut zu verwenden. Will man die Zuckerrüben als Gemüse verwenden, so werden die weich gedünsteten Zuckerrüben fein nadelig geschnitten, mit ganz wenig fein gewiegter Zwiebel in Fett braun gedünstet, gestaut, mit Rübenwasser aufgegossen, nach Geschmack gesalzen und verkochen gelassen.

werden können, sich aber besonders zur Siruperzeugung eignen. Zu diesem Zwecke werden die gut gereinigten, klein zerschnittenen Zuckerrüben weich gekocht, Portionenweise in ein Tuch eingeschlagen und kräftig abgepresst. Der Saft wird in einem emaillierten Gefäss mit möglichst grosser Oberfläche (nicht Eisengefäss) bis zur Sirupdicke eingedampft. Der hierbei entstehende Schaum muss abgeschöpft werden, um den Rübensgeschmack zu bereinigen. Der gewonnene Sirup muss in sorgfältig abgeschlossenen Büchsen und Flaschen aufbewahrt werden. Um Kohlen zu ersparen, kann die Siruperzeugung gelegentlich des Kochens an mehreren Tagen

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michew.**

Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 16. Jänner 1919. Nr. 26.

**Abgabe von Wohlfahrtsfleisch.** Mit Genehmigung des Volks-  
ernährungsamtes wird in der 88. Woche 1/8 kg Wohlfahrtsfleisch  
für jeden Kopf zum Preise von 1 Krone an die Besitzer der  
rosafarbenen Einkaufscheine für Mindestbemittelte gegen  
Abtrennung des Wochenabschnittes 2 in den bekannten Ständen  
und Geschäften der Grossschlächtereier an folgenden Tagen  
abgegeben werden: Sonntag, 19. A bis F, Dienstag, 21. G bis K,  
Donnerstag, 23. L bis R und Samstag, 25. d.M. S bis Z.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 16. Jänner 1919. Nr. 27.

**Angelobung der städtischen Beamten.** Bürgermeister Dr.  
Weiskirchner nahm heute die Angelobung der Oberbeamten der  
städtischen Ämter und Unternehmungen vor. Er sagte dabei:  
Mit Rücksicht auf die durch die Umwälzung geschaffene neue  
Lage ist es meine Pflicht, nachdem ich selbst das Gelöbnis  
der Treue gegen die Republik in die Hände des Landeshauptman-  
nes abgelegt habe, auch Sie in diesem Sinne anzugeloben. Ich  
rechne darauf, dass Sie in bewährter Treue und Hingebung  
an den Dienst der Gemeinde diesen Gelöbnis folgend, alles  
aufbieten werden, die Verwaltung der Stadt so zu führen, dass  
wir darauf stolz sein und mit Befriedigung auf die Tätigkeit  
der städtischen Beamten blicken können. Unter einem er-  
mächtigte ich Sie, dass jeder der geehrten Chiefs in seinem  
Wirkungskreise dieses eidesstattliche Gelöbnis auch seinen  
Beamten bindend abnimmt. Obermagistraterat Formanek verlas  
sodann die neue Gelöbnisformel.

**Die Wahlkosten für die Nationalversammlung.** In der heuti-  
gen Stadtratsitzung berichtete VB. Hoss über die Bewilli-  
gung der Kosten anlässlich der Wahlen in die konstituieren-  
de Nationalversammlung, welche bekanntlich für Sonntag,  
16. Februar ausgeschrieben sind. Es seien daher Vorarbeiten  
in grösserem Umfange notwendig, und die ganze Arbeit bei  
dieser Wahl liegt, wie der Referent ausführte, wieder beim  
Magistrate. Die Kosten für Arbeitsräume, Hilfsarbeiter,  
Arbeitsbehelfe und Schreibmaterialien haben für die  
Ortswahlbehörden die Gemeinden und für die Bezirks- und  
Kreiswahlbehörden die Länder zu tragen. In Wien wird für  
jeden Sprengel eine Wahlbehörde und für jeden Kreis eine  
Kreiswahlbehörde einzusetzen sein. Es werden daher ca.  
1500 Sprengelwahlbehörden mit ca. 6000 Personen und 7  
Kreiswahlbehörden mit ca. 50 Personen in Tätigkeit sein.  
Der kleinste Wiener Gemeindebezirk würde 36, und der  
grösste, der 2. Bezirk, 122 Wahlsprengel erhalten. Die  
Einrichtung der 1500 Wahllokale, in welchen als Neuerung  
Wahlzellen aufzustellen sind, hat gleichfalls die Gemeinde  
auf ihre Kosten zu besorgen. Gegenüber den Bestimmungen der  
Reichsratswahlordnung ist die Wahl in die konstituierende  
Nationalversammlung viel komplizierter. Dazu kommt noch  
der Umstand, dass zur Durchführung derselben ein so kurzer  
Zeitraum zur Verfügung steht, dass nur unter Anspannung

aller Kräfte und unter Heranziehung eines ganzen Beamten-  
heeres die Aufgabe überhaupt bewältigt werden kann. Während  
bei der Reichsratswahl im Jahre 1911 die Zahl der Wahl-  
berechtigten 396.189 betrug, wird durch die Ausdehnung des  
Wahlrechtes auf Frauen, durch Herabsetzung des Alters auf das  
21. Lebensjahr und durch Entfall eines Wohnsitzerfordernis-  
ses die Zahl der Wahlberechtigten auf ca. 1 Million Wähler  
erhöht. Gegenüber der Durchführung der Reichsratswahlen  
kommt als Mehrarbeit in Betracht: Die Aufnahme der  
Wahlberechtigten von Haus zu Haus, die komplizierte  
Einrichtung der Wählerlisten und des Reklamationsverfahrens,  
die vielen Wahlbehörden, die auf das vierfache gestiegene  
Zahl der Wahlkommissionen u.s.w.

Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen würde sich  
der Kostenvoranschlag für die Wahlen in die konstituierende  
Nationalversammlung auf 1,284.000 Kronen stellen. Darunter  
befinden sich die Ausgaben für die Wahlzellen mit K 150.000,  
für die Urnen mit 45.000 Kronen, für Drucksorten mit  
300.000 Kronen, die Gebühren für die Nachmittagsarbeit an  
Beamte, sowie die Entlohnung der Aushilfeschreibkräfte,  
die Entschädigung für die Mitglieder der Wahlbehörden etc.  
Die Anträge des Stadtrates werden den Gemeinderat in seiner  
nächsten Sitzung beschäftigen.

**Verbesserungen im Strassenbahnverkehr.** In der heutigen  
Sitzung des Stadtrates teilte Direktor Karel der Elektri-  
zitätswerke mit, dass infolge des günstigen Wetters die  
Kohlenproduktion in Billingsdorf sich so gebessert hat, dass  
das städtische Elektri-  
zitätswerk augenblicklich in der Lage ist, Strom für einen  
verbesserten Sonntagsverkehr abzugeben. Die Produktion  
dieses Werkes ist auf 164.000 Kilowattstunden täglich  
gestiegen.

Direktor Spängler erklärt, dass unter diesen Um-  
ständen der Sonntagsverkehr, sowie der Wochentagsverkehr  
auf sämtlichen Linien nur mit grösseren Intervallen wieder  
aufgenommen werden könne.

StR. Hützel beantragt die Verlängerung des Wochen-  
tagsverkehrs der Strassenbahn bis 9 Uhr abends. Die  
StRe. Winter, Skaret, Richter und Knoll schliessen sich  
diesem Antrage an. Die StRe. Richter und Skaret treten  
auch für eine spätere Torasperré ein. Die StRe. Spalowsky, Dr.  
Kienböck und Breuer beantragen in erster Linie eine Ver-  
besserung des Sonntagsverkehrs. StR. Dr. Hein und StR.  
Hellmann beantragen die Ausdehnung des Wochentagsverkehrs  
bis 9 Uhr und eine Verbesserung des Sonntagsverkehrs  
in bescheidenem Ausmasse.

Schliesslich wird ein Kompromissantrag des StR.  
Müller angenommen, der dahin geht, den Wochentagsverkehr  
der Strassenbahnen nur bis 9 Uhr auszudehnen und daneben  
eine Verbesserung des Sonntagsverkehrs eintreten zu las-  
sen. Infolge dieses Beschlusses treten nachfolgende  
Aenderungen im Strassenbahnverkehr ein.

Vom Sonntag, 19. d.M. an wird der Betriebsschluss um eine  
halbe Stunde später angesetzt, d.h. die letzten Wagen verkeh-  
ren ab Ring um 9 Uhr nach den aussenliegenden Endstationen.  
Ausserdem wird an Sonntagen durch Inbetriebsetzung folgen-  
der Linien der Sonntagsverkehr verbessert: Linie 117  
von Floridsdorf bis Leopoldau, Linie 32 von Floridsdorf

bis Jedlesee, die Linien N und Nk von der Klosterneuburger  
strasse über Ring und Kairrund, die Linie 37 vom Schottentor  
über die Döblinger Hauptstrasse bis Barawitzkagasse, die  
Linie 39 vom Schottentor bis Sieferring, die Linie 40  
vom Gürtel bis zum Türkenschanzpark, die Linie 49  
von der Bellariastrasse bis Stadtbahnstation Breitensee,  
die Linie 58, verlängert bis Unter St. Veit unter gleich-  
zeitiger Einführung der Linie 59 bis Lainz, die Linie  
62 verlängert von der Hermesstrasse bis zum Versorgungshaus,  
die Linie 66 von der Kärtnerstrasse durch die Favoriten-  
strasse bis zur Gudrunstrasse, die Linie 67 von der  
Kärtnerstrasse über die Favoritenstrasse bis zur Lehngasse,  
die Linie 80 von der Schlachthausbrücke bis zum Lusthaus,  
die Linien T, Tk von der Sophienbrücke bis zur Hauptallee,  
die Linie A vom Praterstern bis zur Lagerhauschleife, die  
Linie F von Währing Kreuzgasse über Ring und Landstrasse  
Hauptstrasse bis St. Marx und die Linie 5 von der Josefstäd-  
terstrasse bis zur Mariahilferstrasse.

**Entschädigung für ein Ennsprojekt.** Der Stadtrat beschäftig-  
te sich heute neuerlich mit Entschädigungsansprüchen, die  
die Verfasser eines Projektes zur Verwertung der Wasser-  
kräfte des Ennsflusses Josef Oelz in Bregenz und Ing.  
Rhombert in Dornbirn an die Gemeinde zu stellen sich  
berechtigt halten. Die Genannten haben nämlich der Gemeinde  
im Jahre 1907 ein generelles Projekt für ein Elektrizitäts-  
werk an der Enns überreicht, <sup>deren Behandlung</sup> aber über das Vorstadium  
nicht hinausgelangte, da mittlerweile auch andere derartige  
Projekte, darunter eines der städtischen Elektrizitätswerke  
der Statthalterei in Graz zur wasserrechtlichen Behandlung  
eingereicht wurden. Ursprünglich hatten die genannten  
Projektanten für ihr Projekt eine Entschädigung von über  
1 Million Kronen verlangt, die Forderung aber im Laufe der  
Jahre wiederholt herabgesetzt. Nunmehr hat der Stadtrat  
nach neuerlichen Verhandlungen mit Ing. Rhombert und den  
Erben nach Josef Oelz nach einem Antrage des StR. Schmid  
beschlossen, aus Billigkeitsgründen und freiwillig den  
Betrag von 160.000 Kronen als Honorar für das Ennsprojekt  
zu genehmigen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michlew.  
Wien. 1. Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

---

Wien, Donnerstag, 16. Jänner 1919, Nr 28.

---

Abgabe von Schweinefleisch. Vom Samstag, den 18. d. M. an findet der Verkauf von Schweinefleisch, Schweinsköpfen und Innereien bei den vom Magistrate bestimmten Verkaufsstellen gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufsscheines ( grün, blau, gelb, weiss) und Abtrennung des Abschnittes 46 oder, wo derselbe bereits abgetrennt ist, gegen Abtrennung des Abschnittes 56 statt. Die bisherige Abgabemenge bleibt unverändert.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michlew.**  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 17. Jänner 1919. Nr. 29.

**Eine Steuerdebatte im Stadtrat.** Zu Beginn der heutigen unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung des Stadtrates besprach StR. Dr. Kienböck das derzeitige Vorgehen der Steuerbehörden. Diese haben die Vorschreibungen jahrelang liegen gelassen und nun erfolgt eine Flut von Vorschreibungen und die Steuern müssen nun auf einmal bezahlt werden. Dies birgt die Gefahr in sich, dass eine Reihe von Geschäften in ihrer Betriebsführung äusserst gefährdet werde, und die Arbeitslosigkeit noch weiter steige. Unsere Volkswirtschaft vertrage solche Experimente nicht. Die Gemeinde hätte daher auf die Finanzverwaltung in dem Sinne Einfluss zu nehmen, dass bei der Steuervorschreibung und Einhebung zweckmässiger und gerechter vorgegangen werde. - StR. Breuer bemerkt, dass über diesen Punkt ein Magistratsbericht vorliege, der aber teilweise bereits überholt sei. Es wäre daher ein neuer Bericht einzuholen. - StR. Emmerling wünschte eine Aenderung des gesamten Steuersystems, da die jetzigen Verhältnisse tatsächlich unhaltbar seien. Die Steuermoral ist sicherlich nicht einwandfrei, aber die Ermittlung der Steuerschuldigkeit müsse doch nach den tatsächlichen Verhältnissen erfolgen und eine gerechte Steuervorschreibung stattfinden. Der Magistrat möge sich in dem vorzulegenden Bericht auch über die Forderungen der Gemeinde bezüglich der Steuerreform äussern. - StR. VB. Rain betont, dass die Vorschreibungen in allen Kreisen der Bevölkerung berechnete Empörung hervorgerufen habe. Die Bevölkerung dürfe nicht der Willkür der Finanzbehörde ausgesetzt sein. Unter diesen Umständen werde dem Gewerbe jede Möglichkeit zum Wiederaufbau genommen. Die Verfügungen der Regierung bezüglich der Steuereinzahlung seien für Hunderttausende eine Lebensfrage und bedeuten in ihrer Anwendung eine Rücksichtslosigkeit gegen Kleingewerbetreibende und Festbesoldete. - StR. Dechant bezeichnet insbesondere die Verfügung, für Zinsen 12 % einzuheben, als eine unnötige Härte. - Der Stadtrat fasste schliesslich den einstweiligen Beschluss, bis nächsten Dienstag einen neuen Magistratsbericht über diese Frage einzuholen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 17. Jänner 1919. Nr. 30.

**Personalzulagen für die Betriebsbeamten der Elektrizitätswerke.** Der Stadtrat beschloss nach einem Berichte des StR. Schmid, den Elektromaschinenmeistern, Maschinenmeistern, Kesselmeistern, Stationsmeistern, Werkmeistern, Kabelmeistern, Obermaschinen, Oberelektrikern und Oberheizern eine für die Pension anrechenbare jährliche Personalzulage zu bewilligen.

**Ausbau der Jugendfürsorge.** Nach einem Berichte des StR. Tomola wird die Anzahl der Volkskindergärten, das sind Kindergärten mit Ausspielung und ganztätigen Betrieben ein-

stellen mit 8 festgesetzt. Den Leiterinnen solcher Kindergärten wird für ihre vermehrte Dienstleistung eine jährliche Zulage von 600 Kronen gewährt. Für definitive Kindergärtnerinnen 1. Kategorie (Oberkindergärtnerinnen) werden 8 Stellen und für provisorische Kindergärtnerinnen ebenfalls 8 Stellen neu systematisiert. Den provisorischen Kindergärtnerinnen kann nach fünfjähriger zufriedenstellender Dienstleistung das Definitivum verliehen werden. Die Gesamtkosten für den Ausbau der Kindergärten betragen 24.170 Kronen.

**Beförderungen bei den Strassenbahnen.** Der Stadtrat hat die Ingenieure Theodor Kwapił, Max Kmentt, Julius Joly, Ludwig Föberle, Adolf Kraus, August Winter, Ernst Muhr, Johann Siwoin, Ludwig Reichart und Josef Kotzian zu Inspektoren der städtischen Strassenbahnen ernannt.

**Ernennungen:** Der Stadtrat hat ernannt: Im Lagerhaus: Robert Hanslik und Paul Hofbauer zu Oberoffizialen; Gustav Killmann und Bruno Bachler zu Offizialen; Otto Heinrich Dostal, Karl Wiesbauer, Johann Kimmel, Edwin Machacek, Josef Luza, Franz Mischer, Franz Solar und Johann Stajkal zu Akzessisten; Wenzel Risavy, Gregor Franz, Anton Grätzl, Julius Helpap und Georg Buschka zu provisorischen Unterbeamten. Im Konskriptionsamt: Gustav Fleischmann zum Oberkontrollor; Leopold Oberhauser zum Kommissär und Otto Stühr zum Akzessisten.

**Die Kriegsaushilfe der Pensionisten der Strassenbahn.** Dem Gemeinderat wird in seiner nächsten Sitzung ein Bericht des StR. Schneider beschickt, wonach die nicht im Bezüge der vollen Pension stehenden Angestellten der städtischen Strassenbahnen, welche von neuem auf Kriegsdauer in den Dienst getreten sind, zu ihrer bisherigen Pension einen Zuschlag aus Betriebsmitteln der Strassenbahn erhalten, wenn ihre Neuwiederverwendung während des Krieges mindestens durch ein volles Jahr ununterbrochen gestanden hat. Hierbei wird die in die Kriegsjahre fallende Dienstzeit in erhöhtem Ausmass angerechnet.

**Subventionen für humanitäre Zwecke.** In der heutigen Stadtratssitzung berichtete StR. Tomola über die Bewilligung von Subventionen für humanitäre Zwecke, für humanitäre Vereine, die sich mit der Armenkinderpflege befassen, für Wissenschaft und Kunst, Volksbibliotheken, nationale und vaterländische Zwecke, Fremdenverkehr und Sport und für Kindergärten und verschiedene Schulzwecke für das Jahr 1918.

StR. Winter beantragt die Einsetzung eines Komitees, welches die Richtlinien festzusetzen hätte, nach denen Subventionen zu gewähren sind. Jeder Verein hätte seine Leistungen nachzuweisen und es sollen nur diejenigen Vereine berücksichtigt werden, welche eine solche Tätigkeit entfalten, dass hierdurch der Gemeinde ein Teil seiner Pflichten abgenommen wird, die sie selbst gegenüber der anderen Allgemeinheit hat. StR. Dr. Hein spricht sich für den Antrag aus. StR. Dr. Haas gibt der Meinung Ausdruck, dass die Richtlinien erst für die künftigen Subventionen festzusetzen sei, dass sie sich aber jetzt um Subventionen handle, mit denen die Vereine sicher rechnen und beantragt

die Bewilligung der vorliegenden Subventionen. StR. Dr. Kienböck bemerkt, dass die Richtlinien nicht leicht aufzustellen seien. StR. Angermayer betont, dass der Magistrat die Tätigkeit der einzelnen Vereine genau erheben und nur die Unterstützungswürdigen für die Beteiligung vorzuschlagen. Er weist darauf hin, dass auch bei den besten sozialen Einrichtungen die private Fürsorge immer bestehen werde. StR. Emmerling tritt für die Einsetzung dieses Komitees ein. StR. Kürber spricht sich im Interesse der humanitären Bestrebungen, der in Betracht kommenden Verein gegen den Antrag Winter aus. - StR. Melcher und StR. Richter sprechen sich für die Einsetzung des Komitees aus. - StR. Hohensinner beantragt die Einsetzung eines sichengliederigen Komitees, bestehend aus 4 Christlichsozialen, 2 Sozialdemokraten und einem Freiwirtschaftlichen. - StR. Müller wünscht, dass es den neuzuwählenden Gemeinderäte zu überlassen sei, die Richtlinien festzulegen. Die vorliegenden Subventionen wären aber sofort zu bewilligen. - StR. Tomola stellt einen Vermittlungsantrag dahingehend, dass den Vereinen, <sup>gegen Subventionen</sup> von keiner Seite angefochten werden, die sofort zu bewilligen seien, und dass sich das Komitee bloss mit jenen Fällen zu beschäftigen habe, die strittig sind.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der während der Beratungen im Saale erschienen war, erklärt, dass diese Subventionen bereits einmal im Stadtrate beraten und beschlossen wurden. Er habe aber verfügt, dass diese Angelegenheit neuerlich dem Stadtrate vorzulegen ist, weil er der Ansicht <sup>sei, dass es nicht angehe,</sup> dass Beschlüsse, welche der alte Stadtrat gefasst hat, dem neuen Gemeinderate vorgelegt werden. Er habe mit dem V. Reumann vereinbart, dass im heurigen Jahre keine Abänderungen eintreten sollen. Die Beschlussfassung sei deshalb dringend, weil die Vereine mit dem Betrage rechnen und die meisten auch den Betrag, der von der Gemeinde erst zu bewilligen ist, schon ausgegeben haben. Wenn diese Subventionen nicht bewilligt werden, so werden viele Vereine in die grössten finanziellen Schwierigkeiten geraten.

Der Antrag des Referenten StR. Tomola und der Antrag des StR. Hohensinner werden angenommen. In das Komitee werden gewählt: die StR. Dr. Haas, Dr. Kienböck, Tomola und Dechant, Winter und Hellmann, und Hohensinner.

**Neue Magistratsräte.** In der heutigen Stadtratssitzung wurde nach einem Berichte des VB. Hoss der Leiter des magistratischen Bezirksamtes Leopoldstadt Dr. Josef Seemann zum Magistratsrate ernannt und dem Leiterstellvertreter der Bezirkswirtschaftsstelle Dr. Karl Hubmayer der Titel eines Magistratsrates verliehen.

**Die Einsetzung der Wahlbehörden.** Die endgiltige Festsetzung der Wahlsprengel durch die Kreiswahlbehörde ist erfolgt und wurden deren Beschlüsse am 17. Jänner d.J. kundgemacht. Den Parteien steht es schon frei, innerhalb 48 Stunden nach Verlautbarung dieser Beschlüsse, also bis längstens Sonntag, 19. d.M. mittags ihre Anträge wegen Bildung der Ortswahlbehörden dem Kreiswahlleiter durch einen zustellungsbevollmächtigten Vertreter der Partei schriftlich zu unter-

breiten. In gleicher Weise können etwa früher bereits erstattete Anträge der Parteien von diesen in der angegebenen Frist ergänzt werden.

**Die Wahlberechtigung der Reichsdeutschen.** Der deutsch-österreichische Staatsrat hat folgende Kundmachung herausgegeben: Im Sinne des § 3 des Gesetzes über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung und des Artikels 2 des Gesetzes über die Berufung der konstituierenden Nationalversammlung wird verlautbart, dass die Bedingung der Gegenseitigkeit für die Wahlberechtigung der deutschen Reichsangehörigen für die konstituierende Nationalversammlung erfüllt ist. Gemäss § 1 des erstgenannten Gesetzes sind somit jene deutschen Reichsangehörigen, die am Tage der Verlautbarung der Wahlausschreibung ihren ordentlichen Wohnsitz in einer Gemeinde Deutschösterreichs hatten, unter den gleichen Voraussetzungen wie die

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michler.  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 18. Jänner 1919. Nr. 31.

**Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch.** In der mit Donnerstag, 23. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den Rindfleischverkaufsstellen die mit den Ziffern 3 versehenen Abschnitte und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt. Die Wochenmenge ist mit einem Achtelkilogramm einschliesslich der Zuwage für jede Person des Haushaltes festgesetzt.

**Abgabe von Brotpaketen aus Sigmundsherberg.** In der nächsten Woche wird die Abgabe von Brotpaketen aus Sigmundsherberg fortgesetzt. Bezugsberechtigt ist diesmal die 2. Gruppe der Mindestbemittelten, welche im Besitze von blauen Einkaufsscheinen sind. Auf jede am Einkaufsschein verzeichnete Person entfällt je 1 Brotpaket, welches unentgeltlich verabfolgt wird. Beim Bezuge ist die Mehlbezugskarte und der blaue Einkaufsschein vorzulegen, von welchem die Ziffer 33 abgetrennt wird. Jene Mindestbemittelten, welche mit dem Mehlbezug bei städtischen Abgabestellen rayoniert sind, erfahren in magistratischen Bezirksämtern oder in der Marktamtsabteilung jedes Bezirkes durch Anschlag die Adresse der zuständigen Abgabestellen für Liebesgabenpakete. Die Mindestbemittelten, welche mit dem Mehlbezug bei einer Konsumentenorganisation eingeschrieben sind, erhalten die Pakete bei ihrer Organisation. Die Pakete können von Mittwoch, den 22. d.M. bis einschliesslich Samstag, 25. d.M. bezogen werden. Für die Abgabe der Liebesgabenpakete an Mindestbemittelte mit gelben Einkaufsscheinen wird eine neuerliche Verlautbarung in der nächsten Zeit erfolgen.

**Sauerkrautabgabe.** Die Abgabe von Sauerkraut durch die städtischen Abgabestellen wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware bis auf weiteres ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Der Preis beträgt K 1.60 für 1 kg.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 18. Jänner 1919. Nr. 32.

**Beförderungen im Lagerhaus.** Im Stände der Angestellten des Lagerhauses der Stadt Wien wurden befördert: Ernst Krystufek und Josef Peldrian zu Oberinspektoren, Ludwig Podirsky, Friedrich Haunicka und Otto Cakl zu Inspektoren, Leopold Kämmerer zum Maschinenmeister.

**Schweizer Hilfsmission für die Aktion „Warmes Frühstück für die Schulkinder“.** Von den aus der Schweiz zur Unterstützung der Wiener Bevölkerung eingelangten Lebensmitteln wurden zufolge Entschliessung der Schweizer Hilfsmission 3540 kg Schokoladepulver für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“ bestimmt. Sämtliche von dieser Aktion verköstigten Kinder, derzeit mehr als 17.500, erhalten durch 20 Tage an jedem zweiten Tage eine Viertelliterschale wohlgeschmeckender Schokolade, während an den übrigen Tagen

wie bisher Malz- und Mischkaffee ausgegeben wird. Die Kochstellen wurden angewiesen, sofort nach Zustellung des Schokoladepulvers mit der Ausgabe des Getränkes zu beginnen. Die Nachricht von dieser Verfügung der Schweizer Hilfsmission hat unter den beteiligten Schulkindern grossen Jubel ausgelöst. Eindrücke der Kinderzeit bleiben lange lebendig, es ist sicher, dass die Dankbarkeit für diese Wohltat in den Herzen der Kinder lange nicht erlöschen wird.

**Verzeichnis der Wahlberechtigten.** Jenen Wahlberechtigten, die bisher ein Wähleranlageblatt noch nicht ausgefertigt haben oder die Ueberprüfung des ausgefüllten Anlageblattes durch Nichtvorlage der nötigen Dokumente unmöglich gemacht haben, ist noch Gelegenheit gegeben, bis Montag, 20. d.M. ein Wähleranlageblatt mit den zur Beurteilung des Wahlrechtes dienlichen Dokumenten dem magistratischen Bezirksamte des Wohnortes vorzulegen.

**Aus dem Stadtrat.** Nach einem Berichte des VB. Rain wird für die Instandsetzung von 21 Lastkraftwagen ein Betrag von 31.700 Kronen bewilligt. - Dem Vereine „Kinderschutzzstationen“ wird nach einem Berichte des StR. Jung die Bewilligung zur Vornahme baulicher Veränderungen in dem für Vereinszwecke überlassenen städtischen Grundarmenhaus 11. Bezirk Kobelgasse 24 erteilt. -

**Remunerationen für Bedienstete der Strassenbahnen.** In der letzten Stadtratsitzung berichtete StR. Spalovsky über die Gewährung von Remunerationen an die während des Krieges im Dienst gestandenen Bediensteten der Strassenbahnen. Von der Bewilligung dieser Remunerationen sollen die Heimkehrer ausgenommen sein. Die Heimkehrer kamen nach dem Kriege samt ihren Angehörigen in bittere Not, was die Direktion veranlasste, Versuche zu gewähren. Es wird beantragt, den Heimkehrern eine einmalige Remuneration zu gewähren.

**Mehlrayonierung.** Diejenigen Haushalte oder Einzelpersonen, welche nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehlbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle (gelbe Karte) zu einer Konsumentenorganisation (blaue Karte) übertreten, und diejenigen Mitglieder von Konsumentenorganisationen, welche der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zugewiesen werden sollen, müssen den beabsichtigten Uebertritt bis längstens 25. Jänner der zuständigen Brotkommission zur Vormerkung anzeigen. Nach diesem Tage erstattete Uebertrittsanzeigen können, wenn sie nicht mit Uebertritten im Zusammenhange sind, erst mit 6. Juli d.J. Berücksichtigung finden.

**Abgabe von Unterzündholz.** Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz für einen Haushalt für eine Woche erfolgt vom 19. bis 25. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 34 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis ist unverändert.

**Herabsetzung der Petroleumwochenmenge.** Trotz der angestrengtesten Bemühungen seitens der Regierung und der Petroleumzentrale sind in letzterer Zeit die Petroleumlieferungen weit hinter dem Bedarf zurückgeblieben, dass die einzelnen Abgabestellen mit der nötigen Ware nicht mehr ausreichend versorgt werden konnten. Die Behörde sieht sich

daher genötigt, die erst für anfangs Peter geplante Herabsetzung der Verbrauchsmenge schon jetzt durchzuführen. Vom 19. Jänner an erhalten wöchentlich: Wohnungen 3/8 Liter, Untermieter 1/4 Liter, Heimarbeiter 3/4 Liter und Geschäftslokale 1/2 Liter. Zur Beleuchtung der Flure, Stiegen und Gänge wird für jede Flamme wöchentlich 1/4 Liter ausgegeben; der Petroleumbezug für Waschküchen bleibt nach wie vor eingestellt. Es wurde nach Möglichkeit Vorsorge für Ersatzbeleuchtung getroffen und eine genügende Menge von Kerzen sichergestellt, so dass anfangs Februar für jede Haushaltung je eine Kerze, für Haushaltungen, welche nur auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind, zwei Kerzen ausgegeben werden können.

**Aus dem Rathause.** Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch und Donnerstag zu Sitzungen zusammen. - Der Gemeinderat hält am Mittwoch um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

**Allgemeine Reisausgabe aus der Schweizer Aushilfe.** Die Bemühungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, der notleidenden Wiener Bevölkerung für die gekürzte Brotquote einen Ersatz aus der Schweizer Reisaushilfe zu verschaffen, waren von Erfolg gekrönt. Der Kommissar der Schweizer Hilfsaktion Oberstleutnant Frey, welcher gleich dem Bürgermeister und dem Staatssekretär des Volksernährungsamtes sich aufs tatkräftigste für die Erlangung dieser Bewilligung bei der Schweizer Regierung einsetzte, hat heute folgende Depesche erhalten: In Beantwortung des zweiten Telegrammes betreffs Reisausgabe sind wir mit einer solchen Verteilung für die restierenden 25 Wagen einverstanden sofern Ihrer Ansicht nach eine derartige Verteilung wirklich notwendig ist. Eidgenössisches Ernährungsamt. General-Sekretariat.

Oberleutnant Frey hat sofort nach Erhalt des Telegrammes im Hinblick auf den gegenwärtigen Notstand bereitwilligst seine Zustimmung zur allgemeinen Reisausgabe erteilt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem Eidgenössischen Ernährungsamt für sein Entgegenkommen mit folgender Depesche den Dank der Wiener Bevölkerung zum Ausdruck gebracht: Schweizer Kommissar, Oberstleutnant Frey hat heute Telegramm wegen Abgabe restierender 25 Waggons Reis für allgemeinen Verbrauch in Wien erhalten und dieser Art der Verteilung mit Rücksicht auf Brotnot bereits zugestimmt. Der Reis kommt in der Woche vom 19. bis 25. d.M. zur Ausgabe. Bitte für diesen hochherzigen Akt des Entgegenkommens der Schweizer Regierung besten Dank der Gemeinde Wien entgegenzunehmen.

Der Magistrat teilt uns mit, dass der Reis nunmehr von Donnerstag, 23. bis einschliesslich Samstag, 25. d.M. bei den städtischen Mehlverschleissstellen bzw. für die Mitglieder der Konsumentenorganisationen bei den Verkaufsstellen der Organisation bezogen werden kann. Die Abgabe des Reises erfolgt gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und Abtrennung der Ziffer 34 des amtlichen Einkaufsscheines ohne Unterschied der Farbe. Auf jede am Einkaufsschein ausgewiesene Person wird 1/8 kg Reis zum Preis von 1 K abgegeben. Die Leitungen der Konsumentenorganisationen haben sich wegen der Reisausgabe für ihre Organisation an das Bezirkswirtschaftsamt Stelle 2, I. Rathaus zu wenden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew,  
Wien. I. Neues Rathaus.

3. Ausgabe.  
=====

Wien, Samstag, 18. Jänner 1919, Nr 33.  
-----

Sportförderung durch die Wiener Gemeindeverwaltung. Verschiedene Fragen, deren Bedeutung für Wien als Fremdenverkehrsstadt gerade jetzt besondere Würdigung verlangt, bildeten den Gegenstand einer Beratung, die über Veranlassung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner am 17. d.M. im Rathause stattfand und an der ausser den Vertretern der Gemeinde Wien der Staatssekretär für Landwirtschaft <sup>Köchler</sup> ~~Yanich~~ die Abgesandten des Zentralverbandes der Sportinteressenten, ferner des Jockeyklubs und des Wiener Trabrennvereines teilnahmen. Hierbei wurde die Abhaltung der traditionellen Wiener Rennen, die Schaffung neuer Sportplätze bezw. die Errichtung eines grossen modernen Stadions und die Frage der sogenannten spanischen Hofreitschule eingehend erörtert. Fürst Kinsky erklärte namens des Jockeyklubs dass letzterer die Rennen, welche für den Wiener Fremdenverkehr eine so grosse Rolle spielen, auch weiterhin durchführen wolle, jedoch müsse der Bestand des Rennplatzes gesichert werden, was mit der allgemeinen Regelung der Praterfrage, an der in erster Linie die Gemeinde Wien interessiert ist, zusammenhängt. Auch der Wiener Trabrennverein will seine Rennen wie bisher abhalten. Die Platzfrage bedarf auch hier der weiteren Regelung, die im Einvernehmen mit der Gemeinde angestrebt wird. Was die spanische Hofreitschule anbelangt, wurde darauf hingewiesen, dass es sich um eine jahrhundertalte Einrichtung handelt, die in ihrer Art einzig auf der ganzen Welt dasteht und bis auf Karl 5. zurückgeht, weshalb die Erhaltung dieser auch in architektonischer Hinsicht höchst bedeutsamen Reitschule unbedingt angestrebt werden muss. Hinsichtlich der Sportplätze bezw. des geplanten Stadions machte Baudirektor Goldemann nähere Mitteilungen über die bisherigen Projekte und erläuterte insbesondere die Plätze auf den sogenannten Kreindl'schen Gründen nächst der Hohen Warte sowie die Idee der Errichtung eines grosszügig angelegten Stadions auf dem Gelände ~~nächst~~ der Kagraner Brücke an der alten Donau, welche Lösung insoferne viel für sich hätte, weil auch für den Wassersport alle erforderlichen Einrichtungen angegliedert werden könnten. Die Vertreter der Sportvereinigungen machten gegen das letztere Projekt Verkehrsschwierigkeiten bezw. die entfernte Lage geltend ~~und~~ traten mehr dafür ein im Prater ein grosses Sportzentrum zu schaffen, ~~dem~~ jedoch entgegen gehalten wurde, dass hiedurch die besonders für die Bevölkerung des 3. Bezirkes so ausserordentlich wichtigen Pratertheile in Mitleidenschaft gezogen würden, und dass jede Verbauung des Praters vermieden werden sollte.

Das Stadtbauamt wird sich demnach mit der Platzfrage für das Stadion in der nächsten Zeit noch eingehend beschäftigen, damit diese Frage so rasch als möglich zur Erledigung gebracht werden kann.  
-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michlew.*  
Wien. 1., Neues Rathaus.

22. Jahrgang. Wien, Montag, 20. Jänner 1919. No 34.

---

Für den Verein Brigittaspital. Dem Verein „Brigittaspital“ wird rückwirkend vom 1. April 1914 auf die Dauer von 15 Jahren das ist bis 31. März 1929 eine Ermässigung des für Ueberlassung städtischen Grundes im 20. Bezirk, Ecke der Strom- und Pasettistrasse festgesetzten jährlichen Bestandzinses von 2800 Kronen auf 450 Kronen unter der Bedingung gewährt, dass die Zahl von 17 unentgeltlichen Spitalbetten aufrecht erhalten und ein Mitglied des Gemeinderates in den Vorstand des Vereines entsendet wird.

---

Der Verein für Geschichte der Stadt Wien (früher Altertumsverein zu Wien) hat durch seinen Vorsitzenden Professor Dr. Jos. Neuwirth und den Schriftführer Alois Kremel dem Staatsnotar Dr. Sylvester und dem Staatssekretär für Unterricht Pacher ein Memorandum für die Erhaltung Wiens als Kunststadt überreichen lassen. Der Verein betrachtet die Klarstellung und den Nachweis aller Geltungstitel der Bedeutung Wiens im Laufe der Jahrhunderte und ihre einwandfreie Sicherung für alle Zeiten als seine besondere Pflicht. In dieser Ueberzeugung unterbreitet er den zuständigen Anstalten die Anregung, für alle Fragen, die mit der geänderten Verwendung künstlerisch bedeutender Monumentalbauten und Gartenanlagen sowie mit der Wahrung der Wiener Sammlungsbestände zusammenhängen, ausser anderen Fachmännern auch die Vertreter der Kunstgeschichte an den Wiener Hochschulen heranzuziehen.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Johny Michew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 21. Jänner 1919. Nr. 35.

Die Züricher Lebensmittelhilfeaktion. Wie bekannt, hat die Stadt Zürich eine grosse Aktion für Lebensmittelsendungen an Wiener Kinder ins Werk gesetzt. An die Spitze dieser Aktion stellten sich der Stadtpräsident der Stadt Zürich, Hans Nägeli, unterstützt von Generalsekretär des Hilfskomitees Paul Willi Bierbaum und als technisches Organ der Direktor des städtischen Lebensmittelamtes in Zürich Karl Wächter. Die Bemühungen der Genannten, sowie der Mitglieder des Komitees und der Stadt Zürich selbst veranlassen die <sup>an Stadt</sup>Umgebung und auch andere Kantone, sich an der Sammlung für Wien zu beteiligen. Frauen, Männer und Töchter aus den verschiedenen Gesellschaftskreisen haben sich in den Dienst der Aktion gestellt, besorgen den mannellen und den Märdienst, Leute von bescheidenster Lebensstellung bringen ihre Beiträge und Gaben, vielfach mit herzlichen Wünschen in Wort und Schrift begleitet. Geradezu rührend ist es, zu sehen, wie Schulkinder den Aufforderungen der Lehrer und Lehrerinnen mit herzlichster Bereitwilligkeit entsprechen und ihr Schärfflein zur Lebensmittelpende für die Wiener Kinder beitragen. Hier sei nur ein Brief von Schweizer Schulkindern an die Wiener Kinder angeführt: Liebe Freunde, liebe Freundinnen! Überall in unserem Ländchen hat man eure Hilferufe vernommen; und überall ist man gerne bereit, Euch aus der bitteren Not, in die Ihr unverschuldet geraten seid, zu helfen. Und an diesen Liebeswarke für Euch, liebe Wiener Freunde, wollten auch wir Schüler und Schülerinnen der B. B. Schule in Chiasso mithelfen. Freudig brachten wir deshalb unsere Päcklein mit entbehrlichen Lebensmitteln zur Schule. Es ist ja freilich nur wenig, was wir zusammenbrachten; doch wisst, wir sind eben nur eine kleine Behar und kann haben auch wir nicht mehr im Ueberfluss. Im Vergleiche zu Euch aber sind wir noch recht glücklich. Wie gerne möchten wir Euch viel, viel mehr schicken. Wenn wir nur könnten! Doch wir sind ja nicht allein, die helfen wollen. Wir hoffen, in der Schweiz werde soviel gesammelt, dass Ihr aus ärgster Not errettet werdet. Wir wünschen auch von ganzem Herzen, der langersehnte Frieden bringe Euch, uns Allen eine glücklichere Zeit.

Dies ist das Begleitschreiben, das die Schulkinder in Chiasso den von ihnen gespendeten 16 Paketen mit Liebesgaben an die Wiener Kinder beigaben.

Auch die Tätigkeit der gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zürich, der an die Bewohner mit der Bitte herantrat, für den Monat Jänner auf 25 Gram Brot pro Woche zu verzichten und diese den Wienern zugute kommen zu lassen, darf nicht unerwähnt bleiben. Theaters, Kinos- und andere Vergnügungstätten in den Schweizer Kantonen stellten sich in den Dienst der Liebesgabenspenden für die Stadt

Wien. Es sei nur darauf hingewiesen, dass das Züricher Stadttheater eine eigene Vorstellung in Interesse der Schweizerischen Hilfsaktion für Wien veranstaltete und die Einnahme des Abendes, der den Zürichern das Singspiel "Wiener Kinder" brachte, der Aktion zur Verfügung gestellt wurde.

Dies sind in grossen Umrissen Bilder von der Werbetätigkeit der Schweizer für die Hilfsaktion für Wien. Wien wird den Schweizern sowohl den Körperschaften, wie den Einzelpersonen ihre Hilfsbereitschaft in bedrängter Zeit nicht vergessen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Stadtpräsidenten Nägeli folgendes Telegramm gesandt: Hoherfreut über heute eingelangtes Schreiben betreffend die Hilfsaktion der Stadt Zürich spreche ich vorläufig auf diesem Wege für dankenswerte Hilfsbereitschaft namens der Gemeinde Wien den wärmsten Dank aus. Insbesondere ein herrliches Vergeltsgott den lieben Kindern Zürichs, die sich mit so grossen Eifer an dem Liebeswerk betheil haben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michlew.*  
Wien 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 22. Jänner 1919. Nr. 36.

**Missbrauch von Fahrtausweisen auf der Strassenbahn.** Schon während des Krieges musste die Strassenbahndirektion alle Mittel aufwenden, um einem stets mehr um sich greifenden Missbrauch mit allen Arten von Fahrtausweisen, hauptsächlich aber Freikarten zu steuern. Die anhaltende Verkehrsnot scheint aber diesen Unfug erst recht zu fördern, denn tagtäglich sind die Schaffner gezwungen, ungültige Streckenkarten, Monats- und Halbjahreskarten, Anweisungen, Freifahrtscheine u.dgl. wegen missbräuchlicher Verwendung abzunehmen. Infolge dessen sieht sich die Direktion genötigt, die schärfsten Massregeln zu ergreifen und auch Fahrtausweise, die der Zeit nach noch gültig wären, unachtsamlich einzuziehen und nicht mehr auszufolgen, wenn in irgend einer Richtung ein ungehöriger Gebrauch vorliegt, unter Umständen aber auch die Strafanzeige zu erstatten.

**Aus dem Stadtrat.** In der heutigen Stadtratssitzung berichtete Str. Dr. Kienböck über die Frage des Stadterweiterungsfondes und beantragt an den Staatsrat eine Denkschrift zu richten, in welcher die Rückgabe des noch vorhandenen Fonds an die Gemeinde begehrt wird; Sollte dieser Forderung nicht entsprochen werden, so sei mindestens zu verlangen, dass der Fond in die Verwaltung der Gemeinde zu übergehen hätte. - VB. Reumann beantragt nur den ersten Teil des Referentenantrages anzunehmen und bezüglich des zweiten Teiles die Regelung weiteren Verhandlungen vorzubehalten. - Der Referentenantrag wird schliesslich mit der Abänderung Reumann angenommen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 22. Jänner 1919. Nr. 37.

**Von der Direktion der Strassenbahnen.** Der Stadtrat hat den Zentral Inspektor der städtischen Strassenbahnen Dr. Wenzel Reuss über dessen eigenes Ansuchen nach 30 jähriger Dienstzeit in den dauernden Ruhestand versetzt. Er war vorher beim Magistrat, zuletzt in der Abteilung für das Verkehrswesen tätig und hat sich insbesondere bei den Vorarbeiten für die Verstadtlung der Wiener Strassenbahnen verdient gemacht. In Anerkennung dieser Leistungen wurde er anlässlich der Errichtung einer Direktion der städtischen Strassenbahnen mit der Leitung der Abteilung für Rechts- und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten betraut. Später wurde er als Gruppenvorstand zum Vorsitzenden des zur Vertretung des Direktors bestehenden Direktionsausschusses berufen und als solcher zum Zentral Inspektor ernannt. Er war auch Obmann der Krankenkasse, in welcher Eigenschaft er den Personalnährtrug.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den Betriebsleiter Zentral Inspektor Ing. Ottokar Hradetzky zum Vorsitzenden des Direktionsausschusses, den 1. Rechtskonsulenten Dr. Adolf Knall zum Vorstand der Gruppe für Rechts- und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ernannt.

**Die Schweizer Hilfe für Wien.** Im Stadtrat erschien heute GR. Dr. von Schwarz-Hiller, um über Ersuchen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner dem Stadtrate einen ausführlichen Bericht über das Ergebnis seines Aufenthaltes in Bern in der Zeit vom 26. November 1918 bis 2. Jänner 1919 zu erstatten. Dem Bericht ist insbesondere zu entnehmen, dass es dem GR. Dr. von Schwarz Hiller als Vertreter der Gemeinde Wien gelungen sei, die Hilfsaktion für Wien in die Wege zu leiten, während es sehr schwer gewesen wäre, eine Aktion für ganz Deutschösterreich durchzuführen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach namens des Stadtrates dem Gemeinderat Dr. von Schwarz-Hiller für seine umsichtige zielbewusste und erfolgreiche Tätigkeit den besten Dank aus. Dem Berichte sei zu entnehmen, dass die Tätigkeit des GR. Dr. von Schwarz Hiller nicht nur von unmittelbarer Wirkung war, sondern auch von grossem moralischen Einfluss auf die in die Nähe gedrückte Hilfe der Entente sei. Der Bürgermeister erklärte, er werde heute im Gemeinderate über die Schweizer Hilfsaktion eine Mitteilung machen. Er schliesse sich dem Vorschlage des GR. Dr. von Schwarz-Hiller an in dem Sinne, dass es nicht genüge, den Dank der Stadt Wien in einer einfachen Zuschrift jenen Herren, welche sich besonders um die Hilfsaktion verdient gemacht haben, zu übermitteln. Die GR. Emmerling, Dr. Hein, Regierungsrat Schmal und VB. Reumann schlossen sich den Dankesworten des Bürgermeisters an. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Ueber die Form der Ehrung jener Herrn der Schweiz, welche besonders für die Stadt Wien eingetreten sind, wird nach Einholung eines Vorschlages der städtischen Aemter und eines Gutachtens verschiedener Künstler dem Stadtrate ein Bericht vorgelegt werden.

**Der Stand der Arbeitslosen in Wien.** In der heutigen Stadtratssitzung erstattete VB. Reumann einen Bericht des Arbeiterfürsorgeamtes der Stadt Wien über den derzeitigen Stand der Arbeitslosen in Wien, wonach die Zahl der mit Arbeitslosenunterstützung beteiligten Personen in Wien bereits über 91.000 gestiegen sei. Rechnet man diejenigen hinzu, die aus irgend welchen Gründen keine Unterstützung erhalten, so kann die Zahl der Arbeitslosen mit über 100.000 angenommen werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen immer deutlicher, dass die Arbeitslosenunterstützung eine bedenkliche Abnahme der Arbeitswilligkeit mit sich bringt. Immer schwerer wird es, die vorhandenen Arbeitsplätze zu besetzen, insbesondere an hauswirtschaftlichen Personen und an Bedienerinnen herrscht noch immer ein ganz bedeutender Mangel. Es wurden daher Plakate und Flugzettel gedruckt, durch welche die Frauen auf die hauswirtschaftlichen Berufe aufmerksam gemacht werden. VB. Reumann beantragte den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen, dass solche Ankündigungszettel auch in den Strassenbahnwagen angebracht werden.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 22. Jänner 1919.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält zu Beginn der Sitzung dem verstorbenen Gemeinderate Dr. vobn Dr. von Dorn einen warmempfundenen Nachruf.

Sodann teilt der Bürgermeister mit, dass das Kuratorium des Trabrennvereines der Gemeinde neuerlich 120.000 Kronen in Kriessanleihe an Spende habe zukommen lassen und zwar mit der Bestimmung für die Kinderschutzzestationen 50.000 Kronen, für den Verein Kinderfreunde 50.000 Kronen und für den Verein Hauskrankenpflege 20.000 Kronen. Dies sei mit der ersten Spende bereits ein Betrag von 200.000 Kronen.

Weiters haben gespendet: Egon Dorn, Besitzer des Etablissements Ronacher als Reinertragnis einer Wohltätigkeitsvorstellung für die Armen Wiens K 3277.-, Robert S. Kardos, Besitzer des Promenadenkaffees 450 Kronen und für die Armen des ersten Bezirkes 5 kg Thee, Hugo Fürst, Besitzer des Grabencafes für die Armen des 1. Bezirkes K 1000.-, Johann Presl, Besitzer des Eszterhazybades für die Armen des 6. Bezirkes K 500.-, Dr. August Kolisko, Vertreter der Erben nach dem verstorbenen Ministerialrates I.P. Theodor Hanke, Edlen von Hankenberg für die Armen Wiens Kronen 500.-, Felix Berger aus Züri für die Notleidenden in Wien K 500.-, Ing. Karl Edler von Stigler, für die Armen des 7. Bezirkes K 300.-, Dr. Guido Müller aus der Verlassenschaft nach der verstorbenen Privaten Therese Sauter für die Armen des 3. Bezirkes K 200.-, A. Weiner, aus der Verlassenschaft nach dem verstorbenen Mitach der Firma W.W. Weiss für die Armen des 20. Bezirkes K 200.-, Julius Kränzl, Besitzer des Kaffee Payr für die Armen des 6. Bezirkes K 200.-, Felix Kronek Edler von Lichtenhausen für die Armen des 6. Bezirk K 100.-, Sozialhilfe-Gemeinschaft Anita Müller für die Kinder der Kinderpflegeanstalt der Stadt Wien 50 Stück Eier, 1 Schachtel Cakes, 5 kg Honig, Ludwig Geiger, Selchmeister für die kranken Pfleglinge der Bürgerversorgungsanstalt 200 Paar Frankfurter Würstel, Hans Siller, Meiereibesitzer für die kranken Pfleglinge der Bürgerversorgungsanstalt 20 Liter Milchkaffee, für die städtischen Sammlungen Adam Müller Guttenbrunn 15 Aquarelle mit Figurinen und Dekorationsentwürfe zur ersten Aufführung von Raimunda Gefesselte Phantasie.

Der Bürgermeister legt sodann ausführliche Berichte über die drei Lebensmittelaktionen der letzten Zeit für Wien vor.

Er führt dabei aus, dass die Lebensmittelpakete aus Siegmundsherberg einen Wert von rund 28.000.000 Kronen repräsentieren. Soweit dem Magistrat Berichte vorliegen wurde die Abgabe dieser Pakete bisher in klagloser Weise durchgeführt und hat dieselbe allenthalben bei der Bevölkerung, insbesondere mit Rücksicht auf die in dieser Woche stattfundene Brotkürzung Beifall gefunden. Ich kann diesen Bericht sagt der BGM. nicht besser schliessen als dass ich für diese hochherzige Spende des Königs von Italien und des italienischen Volkes im Namen der armen Bevölkerung Wiens den verbindlichsten Dank des Wiener Gemeinderates zum Ausdruck bringe.

Bei diesem Anlass sei es mir aber auch gesätigt, denjenigen Persönlichkeiten namens des Wiener Gemeinderates zu gedenken, welche sich in selbstloser Weise für die unentgeltliche Ueberlassung dieser Liebesgabenpakete an die Armen Wiens eingesetzt haben: es sind dies: Der schweizerische Gesandte

Exzellenz Dr. Ch. D. Bourcart, Der Chef der italienischen Kommission zur Ueberprüfung des Waffenstillstandes - Abkommens, General Segre, der Gerent der italienischen Konsulatskanzlei Giacomo Zanoni, Der am Wiener Hofe beglaubigte „untius, Exzellenz Graf Spiegelefeld vom Roten Kreuze in Wien und Oberst Menna, ehemaliger Kommandant des Lagers in Siegmundsherberg.

Ich spreche diesen Funktionären namens der Gemeinde Wien von dieser Stelle den wärmsten Dank für ihre charakteristische Tätigkeit aus. Was die zweite Aktion, die Ententesendungen anbelangt, wäre zu bemerken, dass in dem Zeitpunkte wo die Verhandlungen begannen, die Vertreter der Entente an die Notlage Wiens noch nicht glaubten. Es ist tatsächlich notwendig gewesen, dass durch eine geeignete Persönlichkeit die Entente von den Verhältnissen in Wien unterrichtet wurde. Ueber die Ententesendungen selbst wäre zu berichten:

Durch einen am Brenner eingetretenen Lawinensturz wurden die Getreidesendungen aus Italien in der ersten Jännerwoche durch beinahe 14 Tage behindert und trat hierdurch die Notwendigkeit ein, in der laufenden Woche mit einer Brotkürzung vorzugehen. Glücklicherweise sind aber die so sehnüchtig erwarteten ersten Getreidezuschüsse bereits wieder am 18. Jänner in Wien eingelangt und laufen seither mit ziemlicher Regelmässigkeit, sodass mit Grund anzunehmen ist, dass die durch das Elementarereignis hervorgerufene Stockung in der Felge behoben ist. Ebenso sind die ersten Sendungen an Kondensmilch bereits eingelangt und grössere Mengen von Zitronen eingetroffen. Hinsichtlich der Fett-Transporte rechnet das Ernährungsamt schon in den nächsten Tagen mit den ersten Ankünften. Seferne nicht ausserordentliche Ereignisse eintreten, hat es den Anschein, als ob die von der Entente zugesagte Lebensmittelhilfe nunmehr einen glatten Verlauf nehmen und uns über die schwierige nächste Zukunft glücklich helfen wird.

Was die Schweizer Hilfsaktion anlangt, wäre zu berichten. Der hiesige Gesandte der Schweiz Minister Dr. Ch. Bourcart hat schon Anfangs November mit seinen Bemühungen eingesetzt, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf die trostlosen Ernährungsverhältnisse Wiens zu lenken und die Weiterleistung dieser Situationsberichte an die Ententemächte erbeten. Es ist unzweifelhaft, dass dieser Notschrei gerade in der Schweiz auf günstigen Boden fiel. Mit unermüdlichem Eifer hat auch der Delegierte des Wiener Gemeinderates Dr. von Schwarz Hiller, in diese Aktion, durch seine Anwesenheit in Bern ein gegriffen und es kam am 19. Dezember 1918 zur bekannten Motion Jäger, mit welcher die sofortige Entsendung von Lebensmitteltransporten an die notleidende Wiener Bevölkerung angeregt und bei Unterstützung sämtlicher Parteien des Nationalrates zum Beschlusse erhoben wurde. Auch Dr. Ferriere sen., der bekanntlich in Wien die Verhältnisse an Ort und Stelle studierte, hat ebenso wie Baron Slatin diese Aktion wärmstens unterstützt und viel zur Beschleunigung der Lebensmittelsendungen beigetragen. Die Wahrnehmungen, die Dr. Ferriere sammelte, haben im befähigt, mit vollem Eifer an der Schnelligkeit für unsere Besserung der Ernährungslage zu arbeiten. Es sei hier ausdrücklich hervorgehoben,



GR. Hohensinner betont in seiner Anfrage, dass die Taderungszulagen nur wegen der bedeutend verminderten Kaufkraft des Geldes gegeben werden, damit der Angestellte seine Lebensführung wenigstens annähernd auf dem gewohnten Niveau erhalten kann. Das gleiche Recht muss dem Pensionisten auf alle Taderungszulagen in der Höhe, wie sie die Aktiven erhalten endlich ausgesprochen und durch die Durchführung anerkannt werden. Es ist daher ein Gebot der Billigkeit, die Pensionen der Altpensionisten, deren Zahl eine ganz geringe und immer kleiner werdende ist, nach den neuesten Pensionsbestimmungen festzusetzen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, den Magistrat zu veranlassen, den Gemeinderäte Anträge zur Beschlussfassung vorzulegen, nach welchen die Pensionisten die gleichen Zulagen erhalten, wie die aktiven Beamten mit derselben Dienstzeit und im gleichen Range und ferner den Altpensionisten die Ruhegehälter nach den letzten Pensionsbestimmungen für Beamte und Lehrer zuerkannt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die Gemeinde hat die Kriegsschulden ihrer Angestellten den dienstmäßigen staatlichen Massnahmen angepasst. Nur bei den Pensionisten, insbesondere bei denen, mit dem Mindestlohn Bezügen ist sie über das staatliche Mass hinausgegangen. Die Gemeinde ist sicherlich jederzeit bereit, die gerechtfertigten Wünsche ihrer Angestellten zu erfüllen, nur liegt eine Grenze in der finanziellen Leistungsfähigkeit. Es könnten die angelegten Erhöhungen der Bezüge selbstverständlich nicht auf die Lehrer beschränkt bleiben, sondern müssten auf alle städtischen Angestellten erstreckt werden. Der Magistrat wird, falls er hierzu beauftragt wird, über die finanziellen Wirkungen und die Durchführbarkeit Bericht erstatten.

GR. Ullrich richtet an den Bürgermeister eine Anfrage, betreffend die Einhaltung der Vorschriften über die Gasersparnis und weist darauf hin, dass in Besessal der Universitätsbibliothek Gas geradezu verschwendet wird, indem dort, um die Räume zu erwärmen, tagsüber die Gasflammen brennen. Er fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, zu veranlassen, dass die Gasvorschriften auch in diesem Falle beachtet werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Das Brennen von Leuchtflammen zur Erwärmung von Räumen ist nach den nicht geltenden Bestimmungen der Stathaltersverordnung vom 11. September 1917 verboten. Dieses Verbot hat auch für Schulen Geltung. Den städtischen Gaswerken war die missbräuchliche Verwendung des Gases in den Räumen der Universitätsbibliothek bisher nicht bekannt geworden; anderenfalls wäre sofort nachdrücklichst dagegen eingeschritten worden. Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten und die n.B. Landesregierung werden von dieser missbräuchlichen Gasverwendung in Kenntnis gesetzt werden. Im Falle der Feststellung einer neuerlichen Missachtung der Sparvorschriften durch die Leitung der Universitätsbibliothek würde die Gaslieferung für diese Räume vor den Gaswerken eingestellt werden.

GR. Hohensinner richtet an den Bürgermeister eine Anfrage, in der er darauf hinweist, dass die Friedhofsfrage eine beständige Sorge der Gemeindeverwaltung bilde. Fortwährend müssen Erweiterungen der Friedhöfe vorgenommen

werden und die Kosten der Leichenbestattungen werden immer grösser. Die Feuerbestattung lässt sich hingegen auf einen beschränkten Raum und mit ganz geringen finanziellen Mitteln durchführen. Es wird gefragt: In welchem Stadium der Beratung sich die Anträge auf Errichtung einer Feuerhalle befinden und warum das Ersuchen um Gestattung der oberirdischen Aufstellung von Urnen auf den städtischen Friedhöfen, sowie um Anlegung eines Urnenhaines nicht bewilligt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ich habe eine Eingabe des Vereines der Freunde der Feuerbestattung „Die Flamme“, die mir die Vereinsleitung kürzlich überreicht hat und die sich inhaltlich mit der Anfrage des Interpellanten deckt, zum Anlass genommen, den Magistrat zu beauftragen, die Angelegenheit in das Stadium der Verhandlung zu führen und ich gewärtige, dass mir und dem Stadtrat der Magistrat hierüber ehestens berichten wird.

GR. Hammerich fragt an, ob der Bürgermeister in Anbetracht des Arbeitslosenstandes von Wien dafür Sorge wird, dass der der Firma Büssing erteilte und wieder entzogene Auftrag zur Reparatur von Lautenautos aufrecht erhalten wird.

Der Bürgermeister erwidert: Unter den von der Gemeinde von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung erworbenen 90 Lastkraftwagen befindet sich auch eine grössere Anzahl von Reparaturbedürftigen Büssingwagen, welche der Firma mit dem Auftrag bestellt wurden, sie zu untersuchen und Kostenvoranschläge vorzulegen. Dieser Weisung wurde nur bezüglich eines Wagens entsprochen, die anderen Kostenvoranschläge sind noch ausständig. Eine Zurückziehung der Bestellungen ist nicht erfolgt, doch wurde der Firma vom Stadtbauamt ausdrücklich bedeutet, dass von der Vorlage der Kostenvoranschläge und vor Erwirkung der Genehmigung mit der Reparatur nicht begonnen werden darf.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller richtet in Anbetracht der Verletzung des Prinzips des Rechtes der Gemeinhaltung der Privatverhältnisse, die anlässlich der in Wien erfolgten Konstituierung der Wahlberechtigten vorgekommen ist, an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, die massgebenden städtischen Aemter dahin anzuweisen, dass sie bei allen derartigen künftigen Wahlen die Durchführung der in Betracht kommenden behördlichen Massnahmen derart organisieren, dass das Recht auf Geheimhaltung der Privatverhältnisse der Bürger in keiner, wie immer gearteten Weise verletzt werden kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: In der Kundmachung des Magistrates vom 4. Jänner 1919 betreffend die allgemeine Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Verzeichnung der Wahlberechtigten für die konstituierende Nationalversammlung, wurde unter Punkt 2 verlaubt, dass es jedem Wahlberechtigten auch freigestellt ist, sein Wähleranlegeblatt auch unmittelbar im Wege des magistratischen Bezirksamtes seines Wohnortes an die Wahlbehörde zu übersenden. Dies geschah in der Erwägung, um Familienverhältnisse, die aus Gründen diskreter Natur vor anderen Personen verborgen bleiben sollen, geheim halten zu können. In der Anweisung für die mit der Überprüfung der Wähleranlegeblätter dieser Art betrauten Beauftragten des Magistrates wurde diesen ausdrücklich eingeschärft, alle die persönlichen und Familienverhältnisse betreffenden Fragen mit besonderer Rücksicht zu behandeln. Aus diesen Anordnungen des

Magistrates ergibt sich, dass anlässlich der Verzeichnung der Wahlberechtigten alles vorgekehrt wurde, um die Preisgabe schenungsbüffiger Privatverhältnisse hintanzuhalten.

Die Gemeinderäte Untermüller und Waldman fragen an, ob der Bürgermeister geneigt sei, sich massgebenden Orten dafür einzusetzen, dass ehestens eine Regelung des Begriffes „Mindestbemittelte“ unter Bedachtnahme auf die geänderten Verhältnisse erfolge.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist zweifellos, dass die Grenze für die Mindestbemittelten viel zu eng gezogen ist. Bei den heutigen Verhältnissen, wo der Geldwert gesunken ist, würde sich empfehlen, eine höhere Grenze zu fixieren. Ich behandle diese Interpellation als Antrag und werde dem Magistrat zur Berichterstattung veranlassen.

GR. Schäfer richtet in Ausführungen der Misstände bei der Futtermittelzentrale an den Bürgermeister die Anfrage, ob er gewillt ist, mit all seiner Macht und der Autorität, die ihm 2 1/2 Millionen Bürger geben, sich dafür einzusetzen, dass diese Wiener Schande, die entsetzliche Zentralenwirtschaft samt ihrer Miswirtschaft endlich aufgehoben wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Am 11.12.1918 wurde in der provisorischen Landesversammlung der Antrag gestellt, und zum Beschluss erhoben, die staatliche Rankfutterbewirtschaftung aufzulassen. Daraufhin fanden beim Staatsamt für Volksernährung Verhandlungen statt, welchen Vertreter der Landwirtschaft und der verschiedenen Verbrauchergruppen in Wien beigegeben wurden. Die Vertreter der Landwirtschaft sprachen sich für die Auflassung aus, die Vertreter der Verbraucher erklärten einer Auflassung nicht zustimmen zu können. Eine Entschliessung der Staatsamtes für Volksernährung zu dem Antrage der Landesversammlung ist bis heute nicht erfolgt. Uebrigens scheinen Sie Herr Kollege Schäfer meine Macht zu überschätzen, wenn Sie glauben, dass ich diese Herkulesarbeit allein verbringen kann. Da müssen alle zusammenhelfen, vielleicht wird es uns doch einmal gelingen.

GR. Richter bespricht in einer Anfrage die in der letzten Zeit in den Tageszeitungen bekannt gegebene verschärfte Steuererhebungsmodalitäten der verschiedenen Steuerkategorien, die in den Kreisen der Geschäfts- und Gewerbeinhaber die ärgsten Befürchtungen für die nächste Zukunft hervorgerufen haben. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, an kompetenter Stelle vorzusprechen, um im Interesse der Gewerbetreibenden Erleichterungen bei der Abstattung der Steuerleistungen zu erwirken.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller weist in einer Anfrage auf die Art und Weise des Vorgehens der Steuerbehörden gegenüber dem Publikum hin, wo persönlicher Hass und persönliche Missgunst oft auf den Rücken von Steuerpflichtigen ausgetragen wird und ersucht den Bürgermeister, sein besonderes Augenmerk diesem Teile der öffentlichen Verwaltung zuwenden. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister nicht geneigt wäre, eine entsprechende Vorlage für den Wiener Gemeinderat ausarbeiten zu lassen, welche in einer Vollversammlung des Wiener Gemeinderates besprochen werden sollte. Sollte nicht schon in der Zwischenzeit der warnenden Stimme der Wiener Gemeindeverwaltung Gehör geschenkt werden, so wäre in Erwägung zu ziehen, ob die Gemeinde Wien nicht ihre Mithilfe bei der Einbringung der Steuern zu verlangen hätte.

GR. Schäfer richtet unter Hinweis auf die in der letzten Zeit stattgefundenen Handhabung der Steuerpraxis an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, dem Staatsamt für Finanzen klar zu machen, dass der Staat und die Stadt ihre Steuerzahler auch in der Zukunft brauchen und dass diese Zukunft in der staatlichen Unterstützung des Gewerbetreibenden nicht aber im Zwang desselben zur Flucht auf den Zentralfriedhof bestehen kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist zweifellos, dass das Vorgehen des Staatsamtes für Finanzen, sowie der Steueradministrationen in einer Weise auf die Bevölkerung drückt, die nicht mehr ertragen werden kann. Ich fürchte sehr, dass der Staatssekretär für Finanzen den Mittelstand so ruiniert, dass er keine Steuerträger aus diesen Kreisen mehr haben wird. Der Stadtrat hat sich mit dieser Sache bereits befasst. Wir werden in Zukunft ein vernünftiges Steuersystem brauchen. Der Stadtrat wird sich in seiner morgigen Sitzung mit der Steuerfrage beschäftigen.

Die Gr. Breuer und Jung verweisen in einer Interpellation, dass der im Prater befindliche Phönixpalast im Oktober 1914 von der Militärbehörde zu Kinnquartierungszwecken requiriert wurde, die bis März 1918 andauerte. Durch diese Benützung wurden die Besitzer nicht in der Ausübung ihres Gewerbes verhindert und auch dadurch geschädigt, dass die Lokalitäten äusserst schweren Schäden erlitten. Nach Abzug der Truppen wurde zwar eine Schadenersatzverpflichtung zugesprochen, aber bisher noch nicht ausbezahlt. Die Interpellanten fragen an, ob der Bürgermeister geneigt sei, alles anzubieten, damit diese schwer geschädigten Gewerbetreibenden wieder in die Lage versetzt werden, ihren bürgerlichen Beruf wieder nachgehen zu können.

Der Bürgermeister erwidert: Mit h.ä. Zuschrift vom 25 April 1918 wurde an die Intendanz des Militärkommandos in Wien das Ersuchen gerichtet, ~~den~~ den Schadenersatzbeitrag der Besitzerin zur Auszahlung zu bringen und was ich zufolge der Interpellation veranlassen, an das obgenannte Kommando neuerlich das Ersuchen zu richten, dem bereits fälligen Betrag ehestens zu liquidieren.

GR. Kokrdá richtet <sup>bei den</sup> ~~über~~ <sup>Wahrendzuweisungen</sup> des Bezirkswirtschaftsamtes an das Konsumentenorganisationen zutage getretenen Unzukömmlichkeiten an den Bürgermeister die Anfrage, ob er bereit ist, dem Bezirkswirtschaftsamte den Auftrag zu erteilen, die Konsumentenorganisationen genauso zu behandeln, wie die sonstigen Abgabestellen des Handels und Gewerbes, das Wirtschaftsamt zu beauftragen, dass die den Konsumentenorganisationen auf Grund der Verpflegsstände zukommenden Wahlmengen unmittelbar - ohne den Umweg über die „Wileg“ - zugewiesen werden. Sollte die unmittelbare Zuweisung an die Konsumentenorganisationen aus irgend einem Grunde unzulässig sein, so stellt der Interpellant die Frage: Sind die Zuschläge, welche die Wileg bei den einzelnen Waren einhält, von dem Bezirkswirtschaftsamte genehmigt? Wenn ja, ob der Bürgermeister geneigt ist, zu veranlassen, dass die Zustände vom Bezirkswirtschaftsamte entsprechend herabgesetzt werden. Der Bürgermeister wird ersucht, dem Bezirkswirtschaftsamte den Auftrag zu erteilen, dass den L.M.V. die noch fehlende Menge von 6 1/2 Waggons Marmelade sofort zugewiesen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Zuweisung von Marmelade an die Konsumentenorganisationen, deren das Recht der direkten Belieferung zugestanden wurde, erfolgt stets gleichzeitig mit der Zuweisung an die allgemeinen städtischen Abbestellen. Die im Lagerhaus eintreffende Marmelade wird von der Wieleg übernommen und nach den Weisungen des Bezirkswirtschaftsamtes an die einzelnen Abgabestellen und Konsumentenvereinigungen abgegeben, wodurch eine bedeutende Vereinfachung der Gebahrung und Verrechnung erzielt wird. Die Wieleg hat die Verpflichtung übernommen, die Gewichts-differenz zwischen dem Auslagerungsgewichte und dem Abgabegewichte, sowie die Tariffdifferenzen zu tragen. Zu diesem Zwecke wurde ein Zuschlag von 10 h per kg zugestanden. Da die Schwierigkeiten in der Zuweisung nunmehr behoben sind, so ist die Zuweisung der restlichen 6 1/2 Waggons in der nächsten Woche zu gewärtigen. Eine Benachteiligung der Mitglieder des Verbandes ist durch die verspätete Lieferung des Restes nicht eingetreten, da Marmelade nicht rayoniert ist und es jedem Bezugsberechtigten freistand, sein Marmeladequantum bei seiner Konsumentenorganisation oder einer allgemeinen Abgabestelle zu beziehen.

GR. Winter verweist in einer Interpellation an den Notstand des Frauenheims, XII., Frauenheimgasse, wo während des Krieges die vorhandenen Mittel nicht ausreichten, um die Frauen zu ~~hmk~~ beköstigen und fragt an, ob der Bürgermeister geneigt sei, geeignete Massnahmen zu treffen, um das Heim und die darin ansässigen Frauen vor dem Hunger wirksam zu bewahren.

Der Bgm. erwidert: Das Heim erhält seit Oktober 1916 von der Gemeinde Wien ständige Mehlzuweisungen. Vor der am 16. Jänner 1918 eingetretenen Kürzung der Verschleissab-l-quoten erhielt dieses Heim für je drei Wochen 80 kg Mehl und nachher dasselbe Quantum für 6 Wochen. Ausserdem erhielt das Heim über fallweises Ansuchen Lebensmittelzubussen, zuletzt am 13. Nov. 1918 40 kg Kartoffelwalgries. Im abgelaufenen Jahre erhielt das Heim 92 kg Ertegemargarine, neuer bereits 18 kg und ist auch ein weitere Fettzubusse in Aussicht genommen. Es besteht nach wie vor kein Anstand, dass falls die Anstalt neuerdings um Lebensmittelzubussen ersucht, diesem Ansuchen nach Massgabe der verfügbaren Vorräte willfahrt wird.

GR. Vogel verweist in einer Anfrage darauf, dass der Amnestierlass des Bürgermeisters betreffend die Strassenbahnbediensteten von der Strassenbahndirektion noch immer nicht in jener grosszügigen Weise durchgeführt wird, wie ihm der Bürgermeister beabsichtigt hat, und stellt die Anfrage: ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Strassenbahndirektion anzuweisen, ehestens die Amnestie weitestgehend durchzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der städt. Strassenbahnen, nach dem die Verfügung sowohl bezüglich der Amnestie, die sich auf die Subsidiarstrafen bezieht, als auch bezügl. der Apollition über alle anhängigen Untersuchungen vollinhaltlich durchgeführt wurde, und bemerkt dazu: wenn Fälle vorkommen, in denen dies nicht geschehen sein sollte, bitte ich, mir individuell unter Bekanntgabe des Namens Mitteilung zu machen.

GR. Adametz fragt den Bürgermeister, ob er nicht veranlassen wolle, dass die Auflassung der Haltestelle „Grin-zingerstrasse“ der Linie 36 rückgängig gemacht werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der Strassenbahndirektion, in dem es heisst: die Entfernung von der mit Rücksicht auf die Kohlennot aufgelassene Hal-testelle Grinzingstrasse auf der Linie 36 (nach Nussdorf) bis zu der nächsten städtisch gelegenen Haltestelle „Moslackengasse“ (beim Heiligenstädter Bahnhof) beträgt 500 Meter, zur Haltestelle auf den Nussdorfer Platz aber 700 Meter. Es ist nicht zu leugnen, dass diese Entfernungen an und für sich weit sind, doch ist das Gebiet in der dortigen Gegend mit Ausnahme mehrerer Fabriken sehr wenig verbaut und befinden sich einzelne dieser Unternehmungen in wesentlich kleinerem Abstand von den in Betracht kommen-den vorgenannten beiden Haltestellen. Sobald die Kohlennot eine Aufhebung der allerstrengsten Sparmassregeln erlaubt, wird die Direktion auch die Wiedereinführung dieser Haltestelle in die Wege leiten. Der Bürgermeister bemerkte hierzu: ich würde diese Sache dem Stadtrate vorlegen, er möge sich mit der Angelegenheit befassen. Ich kann nicht umhin zu bemerken, dass jeder der verehrten Kollegen eine Linie hat. Wenn die Kohlennot endlich behoben wäre, damit wir wieder in normale Verhältnisse anfallen Linien kommen.

GR. Hammerschmidt verweist in einer Anfrage auf die Strassenpflege im 20. Bezirk insbesondere auf den Zustand des oberen Teiles der Engerthstrasse, der sanitätswidrig und einer Grosstadt unwürdig sei, und fragt den Bürgermeister, ob er geneigt ist zu veranlassen, dass dieser unhaltbare Zustand ehe-baldigt beseitigt wird, indem diese Strassen einer gründli-chen Reinigung, resp. Pflasterung unterzogen werde-

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht des Stadtbeamten in dem es heisst: die gepflasterten Strassen werden mit Maschinen gekehrt und teilweise gewaschen. Zur Handarbeit standen leider nur 77 Strassenarbeiter und 8 Ar-beiterinnen zur Verfügung. Alle Bemühungen, Arbeitslose zur Strassenreinigung heranzuziehen, waren erfolglos. Die Bezahl-ung für neu eintretende Arbeiter beträgt für ledige K 10.36 und für kinderreiche bis K 18.48. Bei der Arbeitslosen Un-terstützung von täglich K 6.--, denn je K 1.-- für Frau und jedes Kind, erscheint die Spannung nicht gross genug, um bis-her Leute zur Strassenreinigung zu bekommen. Es würden sofort 1000 Arbeiter eingestellt werden, wenn sich arbeitswillige melden würden. Die Engerthstrasse ist von der Stromstrasse bis zum Nordbahndamm noch nicht ausgebaut. Eine Pflasterung der Engerthstrasse soll gleichzeitig mit der vorzunehmenden Hebung der Hochwasserkanäle und dem Einbau der Strassenbahn erfolgen, welche letztere Arbeiten aber derzeit noch nicht usgerührt werden können, da das Schienmaterial für die Stras-senbahn fehlt. Eine provisorische Instandsetzung ist für das Frühjahr in Aussicht genommen.

GR. Bummelhart richtet in einer Anfrage an den Bürgermeiste das Ersuchen, sogleich veranlassen zu wollen, dass den Hilfskräf-ten im Zentralwahlkataster einenden derzeitigen Teuerungsverhäl-nissen und der Wichtigkeit ihrer Arbeitsleistung vollkommen entsprechende Entlohnung zu Teil werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich halte es für selbst verständlich, dass diesen Hilfskräften eine entsprechende Zulage gewährt wird. Die Leute plagten sich bis in die sinken-de Nacht und müssen eine Berücksichtigung, sei es durch Geld, sei es durch Zuwendung von Lebensmitteln, finden.

GR. Karl Richter, Dr. Bannenberg und Paul Richter stellen an den Bürgermeister die Anfrage, was gedenkter Herr Bürger-meister zu tun, dass der Schichtlohn der Holzarbeiter der Gemeinde Wien in der kürzesten Zeit entsprechend erhöht wird dass das seit dem Herbst gestellte Ansuchen auf Erhöhung der Akkordlöhne erfüllt wird und dass schliesslich auch den Holzarbeitern der Gemeinde Wien jene Fürsorge für den Fall der Krankheit und eines Unfalles zuteil wird, welche die Ar-beiter privater Betriebe geniessen.

BGM. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht des Forst-amtes über die bei der Forstverwaltung Nasswald erfolgende Vergebung der Holzschlaggerarbeiten im Akkordwege auf Grund von sogenannten Gedingprotokollen an einzelne ört-liche anässige Holzknechte als Akkordanten und bemerkt: Ich werde mit Erlauben im Stadtrat einen Bericht und Antrag zu stellen, nach dem mir diese Art der Vergabung der Holzgefälle nicht passt und mir auf eine modernere Art der Arbeitsvergebung kommen müssen (Zustimmung)

GR. Meissl verweist darauf, dass die Aushilfsdiener des Magistrates mit K 10.-- täglich und nur 30 Halber für die Ueberstunde entlohnt werden und fragt, ist der Herr Bürger-meister geneigt, diesen Angestellten ein Lebensführungsregu-lativ ausarbeiten zu lassen, worin ihnen die Mittel und Wege bekanntgegeben werden, wie es möglich ist, eine Familie mit täglich K 10.-- ernähren zu können.

BGM. Dr. Weiskirchner: Aus der vorliegenden Anfrage kann-icht entnommen werden, welche Kategorie von Angestellten der Herr Interpellant im Auge hat. S. 364. Diener mit der Bezeich-nung „Aushilfsdiener“ und der in der Anfrage angegebene Entlohnung existieren beim Wiener Magistrat nicht. (Hört) Ich lade den Herrn Antragsteller ein, mir jene Aufschlüsse zu geben, die mir eine Beantwortung ermöglichen.

GR. Ruechak stellt die Anfrage: ist der Herr Bürgermeister geneigt, anzuordnen, dass nun auch die Linie 6 an Sonn- und Fei-ertagen wieder verkehrt?

BGM. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der Strassen-bahndirektion, die mit Rücksicht auf die Kohlennot erfolgte Einschränkung des Sonntagsbetriebes, in dem es heisst: wenn es die Kohlenbelieferung ermöglicht, soll an Sonn- und Feiertagen wieder der Betrieb auf dem gesamten Netz aufgenommen werden, nicht aber auf einzelnen Linien, weil dies immer nur zu Unzufriedenheit Veranlassung gibt. Es sind un-möglich auch von anderen Seiten Wünsche nach Wiedereinführung von Sonntags-linien zugekommen, die ebenso wie die Linie 6 Berücksichtigung finden müssten.

GR. Meissl teilt mit, dass er in Erfahrung gebracht habe, dass die Zentralen von dem beschlagnahmten militäri-schen Lebensmittelvorräten Umengen von Wien in die Provinz verschleppt liessen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister sei, geneigt, vom Staatsamte für Volksernährung die Bekanntgabe derjenigen Lebensmittel zu verlangen, welche von Wien weg-geschleppt wurden.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, dass ihm über diese Angelegenheit nichts bekannt sei, er aber der Sache nachgehen werde.

GR. Schreiber stellt an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, beim Staatsamte für Gewerbe, Industrie und Handel dahin zu wirken, dass nunmehr mit aller Energie an die Behebung technischer Unzulänglichkeiten im Telefonwesen geschritten wird, weiters ebenso energisch für das rascheste Er-scheinen eines Telefonbuches sich einzusetzen und vom Staats-amte für Gewerbe, Industrie und Handel Aufklärung zu verlangen, warum von den Telefonabonnenten die Einhebung der Gebühr für das Telefonbuch verlangt wird, ohne dass ihnen solches gegeben oder in sichere Aussicht gestellt wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, er werde sich an den Städtesekretär Dr. Urban und an den Postamtsdirektor wenden und um Abstellung dieses Uebelstandes ersuchen.

~~GR. Reismann fragt, ob der Bürgermeister den Beamten, welche anlässlich der Vorbereitungen für die Wahl in die Nationalversammlung Ueberstunden machen eine entsprechende Vergütung gewährt wird.~~

GR. Reismann fragt, ob der Bürgermeister den Beamten, welche anlässlich der Vorbereitungen für die Wahl in die Nationalversammlung Ueberstunden machen eine entsprechende Vergütung gewährt wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Bei der Magistrats-Direktion steht eine Eingabe des Klubs der Konkr.-Beamten um Erhöhung der Entschädigung für die im Konkriptionsamte stattfindenden Nachmittagsfrequenzen in Amtshandlung, worüber in den näch-ten Tagen dem Stadtrate antragstellend berichtet werden wird. Hierbei ist eine entsprechende Erhöhung der Gebühren in Aussicht genommen.

GR. Reismann fragt, ob der Bürgermeister das Nötige veranlassen wolle, dass die Verkehrsverhältnisse in der Eichenstrasse geregelt oder der Vorgarten des Hauses Eichenstrasse 27 eingelüftet werde, da sich dort schon wiederholt Unglücksfälle durch die Badener-Strassenbahn ereignet habe

Bgm. Dr. Weiskirchner: Wegen der zur Verfügung stehen-den kurzen Zeit war es nicht möglich, die nötigen Erhebun-gen zu pflegen.

GR. Doppler weist in einer Anfrage darauf hin, dass nach ihm von verlässlicher Seite angekommenen Mitteilung von den Magazinen im Hauptzollamte wiederholtigalte Fuhran von verdorbenen Gemüsesorten weggeführt wurden und dass im Magazin 14 des Hauptzollamtes seit längerer Zeit ungefähr 1000 kg Kraut liegen, das schon teilweise bereits verdorben teils aber noch bei raschem Einschreiten für den mensche-lichen Genuss gerettet werden könnte. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, zu veranlassen, dass in dieser Sache eine sofortige objektive und verlässlich Untersuchung eingeleitet wird und ob der Bürgermeister für den Fall, als die Mitteilungen sich als wahr erweisen, Vor-sorge treffen wolle, dass die noch brauchbaren Lebens-mittel unter der Aufsicht von Organen der Gemeinde Wien sogleich unentgeltlich an die darbedende Bevölkerung verteilt und die schuldtragenden Personen der gerechten Strafe zu-geführt werden.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Tatsächlich wurden in den Magazinen des Hauptzollamtes grössere Mengen Zwiebel und Weiskraut als Eigentum des Lebensmittelagars des Staats-amtes für Finanzen eingelagert. Es ist sehr bedauerlich, dass diese Ware so unsachgemäss konserviert wurde, dass sie verdorben und das Lebensmittelager hätte mindestens die nur in geringfügiger Weise beschädigten Waren zu billi-gen Preisen abgeben sollen.

Die Gemeinderäte Dr. Grün, Emmerling, Bermann und Hermann Fischer weisen in einer Anfrage auf die Häufung des Fleckfiebers hin und stellen <sup>mehrere</sup> ~~minimale~~ Fragen wegen der Reinigung der heimkehrenden Offiziere und Soldaten.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, dass an den Grenzen der ehemaligen MonarchieReinigungsanstalten errichtet sind, die jedoch von ihren derzeitigen Besitzern nicht bestimmungsgemäss betrieben werden. Das Staatsamt für Volksgesundheit hat mit den anderen Nationalstaaten Verhandlungen eingeleitet, die Reinigung in diesen Anstalten ~~wieder~~ wieder aufzunehmen, und ~~das~~ beabsichtigt auch in Gänssdorf und Marchoegg Reinigungsanstalten zu errichten. Auf den Wr. Bahnhöfen ist ein ärztlicher Infektionsdienst eingerichtet, aber die Gemeindeverwaltung hat als Zivilbehörde nicht die Macht, die in Uniform ankommenden Heimkehrer zu einer "Beschränkung ihrer Freiheit" zu verhalten.

Der Bürgermeister erklärt, er werde diese Anfrage benützen, um mit dem Staatsamt für Volksgesundheit und Heereswesen neuerliche Massnahmen zu besprechen.

In Beantwortung einer Interpellation des GR. Franz Kurz aus der letzten Sitzung teilt der Bürgermeister mit: Die Geldschlagstrasse im 13. Bezirk von No 140 bis zur Lennschlagasse konnte bis jetzt nicht strassenmässig ausgestaltet werden, weil der Strassengrund teils noch Privateigentum, teils zwar schon öffentliches Gut ist, aber noch nicht in den physischen Besitz übernommen werden konnte, da die Parzellierungswerber beziehungsweise die Eigentümer der einzelnen Baustellen die richtige Höhenlage noch nicht hergestellt haben. Gegenwärtig wird der Strassengrund der Geldschlagstrasse zum grössten Teile mit den anliegenden Gärten zu Schrebergartenanlagen benützt.

GR. Suchanek beantragt, den Namen "Kaiser Wilhelm Ring" wieder in "Park Ring" anzuhängen.

GR. Witzmann stellt den Antrag, das in der Schule Felberstrasse 42/44 mit zwei Wannen und zwei Buschen untergebrachte Bad ist unter Benützung der vorhandenen anschliessenden Räume für den Bedarf der diese Schule besuchenden 2000 Kinder auszubauen und die im Hause befindliche Küche für eine Schulküche in Anspruch zu nehmen.

GR. J. Linder stellt den Antrag, dass das Projekt der Strassenbahnlinie 39 über die Krottenbachstrasse nach Neustift am Walde weitergeführt und diese Arbeiten als Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden.

GR. Broczyner bringt den Antrag ein, allen städtischen Angestellten, die durch eine militärische Friedensdienstzeit (Präsenzdienst etc.) eingetretene, unfreiwillige Unterbrechung der Gemeindedienstzeit zur Gänze im einfachen Ausmass auch in die Vorrückungs- (Beförderungs-) Frist einzurechnen.

GR. J. Linder beantragt, auf den Grund des sogenannten Fürstengarten einen Teil dieser Anlage zur Errichtung von grossen Kinderspielwiesen zu verwenden und wemöglich dafür zu sorgen, dass diese Kinderspielwiesen schon im Frühjahr 1919 den Kinder zur Verfügung stehen.

GR. Hellmann stellt folgenden Antrag: 1. Die vom Militär verwendeten Schulgebäude sind unverzüglich so in Stand zu setzen, dass in allen Schulen Wiens der Unterricht in vollem Umfange aufgenommen werden kann und 2. Die Schülerzahl in den

Unterricht erfolgreich gestaltet werden kann und ausserdem alle überzähligen Lehrkräfte entsprechende Verwendung finden.

GR. Breitner beantragt: Zum Zwecke der Neuordnung des gesamten Zahlungs-, Versorgungs- und Arbeitsverhältnisse und Schaffung einer modernen Dienstpragmatik möge der Staat ohne Verzug eine Kommission einsetzen, in der alle Kategorien von städtischen Angestellten - ebenso jede des Magistrates wie der kommunalen Betriebe - durch freigewählte Vertreter paritätsreich Sitz und Stimme haben.

Die Gemeinderäte Karl Untermüller und Waldman stellen den Antrag, dass die bei den Wahlarbeiten verwendeten weiblichen Schreibkräfte hinsichtlich der Entlohnung mit den männlichen gleichgestellt werden sollen.

GR. Angela stellt folgenden Antrag: Die während des Krieges stark vernachlässigten Parkanlagen sind wieder in ihren früheren Zustand zu versetzen und ~~das~~ dies als Notstandsarbeit durchzuführen. Mit dem Umstechen und Regenerieren der zertretenen Rasenflächen ist nach Möglichkeit sofort zu beginnen. Die Ueberwachung der Parkanlagen soll im Sommer in wirksamer Weise durch Invalide durchgeführt werden. Das Schnalzen in den Parkanlagen und auf den Strassen von Seite der Kinder ist auf das strengste zu verbieten und ist auch die Sicherheitswache auf diesen Unfug besonders aufmerksam zu machen.

GR. Jung und Kerber stellen folgenden Antrag: Es wird von den auf Kriegedauer angestellten substituierenden Lehrkräften niemand entlassen. Die Lehrkräfte sind im Sinne dieses Antrages nach eigenen von der Schulbehörde zu verfassenden Detailverschriften zweckmässig zu beschäftigen und zwar: 1.) Im Interesse des eigenen praktischen Einlebens in das Schulgetriebe. 2.) Im Interesse der Schuljugend. Wer für die Jugend sorgt, sorgt für das Volk und seine Zukunft, wer den Lehrstand fördert, fördert zugleich unser wertvollstes Gut, die Jugend.

GR. Richter stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschliessen: Die Linie 16, welche im 21. Bezirke den Verkehr zwischen Wagramerstrasse und Stadlau vermittelt und auch die Linie 17, welche Floridsdorf Donauefeld und Kagran verbindet, auch des Sonntags in Betrieb zu setzen.

GR. Ing. Seidl stellt einen Antrag, betreffend die volle Anrechnung der bei den privaten Gasgesellschaften zugebrachten Dienstjahre für die im Jahre 1912 in die Dienste der städtischen Gaswerke übernommenen Beamten.

GR. Bermann stellt einen Antrag, auf Erhöhung der Bezüge der Heimkehrer auch bei der Gemeinde entsprechen einer Vollzugsanweisung des Staatsrates.

GR. Paulitschke stellt den Antrag, die von der städtischen Hauptkasse ausgestellten Gehaltsbögen in der Weise zu reformieren, dass die einzelnen Bezüge gesondert ausgewiesen werden.

GR. Spalowsky stellt den Antrag, an Sonntagen und Feiertagen auch die Linie 57 wieder in Verkehr zu setzen, da die über die Mariahilferstrasse verkehrenden Linien ungemein überlastet sind.

GR. Kurz stellt den Antrag, an Sonn- und Feiertagen auch die Linie 73 wieder in Verkehr zu setzen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass laut einer Zuschrift des Staatsamtes der Finanzen dieses Amt dem Zentralverbande von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs den Ausfall an Kapital und Zinsen zu 75 % ersetzen wird, wenn Darlehen unentgeltlich werden, die nach den Grundzügen der Kriegskredit Hilfe für das mittelständische Gewerbe bewilligt und vom Zentralverbande ausbezahlt worden sind. Der Bürgermeister bemerkt, dass hierdurch das Referat des Gemeinderates Breuer über diesen Gegenstand hinfällig geworden sei.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten:

VB. Rain übernimmt den Vorsitz.

VB. Hoss berichtet über die Bewilligung des Betrages von K 1.250.000 anlässlich der Durchführung der Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung 1919.

GR. Dr. Hein: Die Wahlkosten sind bedeutend. Es sind eigentlich die Kosten des übertragenen Wirkungskreises, die den Staat treffen sollten. Wenn wir schon die Kosten tragen, müssen wir den Wunsch aussprechen, dass die Wählerlisten vollständig sind. Zunächst be antworte ich, dass die deutschen Reichsangehörigen nicht in den Listen aufgenommen wurden, sondern bloss auf das Reklamationsverfahren angewiesen wurden. Weiters habe ich es nicht für richtig befunden, dass man bei Anlage der Wählerliste die Hausbesorger in dem Masse in Anspruch genommen hat, so dass er zur Kenntnis gewisser Diskrepanzen gelangt ist. Auch Uebelstände aus früheren Zeiten wurden beibehalten. So wurde beispielsweise in vielen Bezirken auf den Amtstafeln Aufrufe einer Partei affigiert, was den gegenwärtigen Verhältnissen in der Gemeinde durchaus nicht entspricht. Die Bezirksvorsteher dürfen sich nicht als Organe einer Partei aufspielen, Amtorgane dürfen nicht einseitig einer Partei dienen. Diese Grundsätze werden von der gesamten Bevölkerung gebilligt und auf deren Durchführung müssen wir dringen. Der Referentenantrag wird genehmigt.

VB. Hoss berichtet über eine Titeländerung der Beamten des Hilfestandes des Stadtbauamtes.

GR. Vangoin tritt dafür ein, den Mittelschultechnikern jene Stellung zu gewähren, die ihnen infolge ihrer Stellung und ihrer Vorbildung entspricht. Man hat sie immer als Hilfsstatus bezeichnet und sie haben sich in ihrem Avancement zurückgesetzt gefühlt. Bei dem letzten Zeitavancement hat sich die Gemeindevertretung mit dieser Frage beschäftigt und die Wünsche dieser Kategorie der Beamten haben teilweise Berücksichtigung gefunden. Redner gibt die Anregung, dass endlich mit der Bezeichnung Hilfsstatus aufgeräumt werde. Auch die Qualifikation passe in die jetzige Zeit nicht mehr hinein. Es ist nicht notwendig, dass Leute im Dienste ergraut sind, immer nur die Arbeit eines Hilfsbeamten verrichten.

VB. Hoss betont, dass er zur gegebenen Anregung jetzt nicht Stellung nehmen könne, weil sie nicht im Umfange seines Referates liege. Nach einem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

Ein Antrag des VB. Hoss wegen Bewilligung eines Beitrages von 50.000 Kronen zur Errichtung einer Gemeinschaftsküche für die Angestellten des städtischen Gaswerkes wird angenommen.

GR. Dr. Haas berichtet über die dem Verein Brigittaspital zu gewährende Bestandzinsermässigung für den städtischen Grund im 20. Bezirk Eke Strom- und Pasettigasse.

GR. Anita Müller stellt im Laufe ihrer Ausführungen zu dem Berichte den Antrag, die Gemeinde möge sich mit dem

Staatsamt für soziale Fürsorge in Verbindung setzen, um dem Mutterschutz jedwede Förderung angeeignet zu lassen. Na

Nach dem Schlusswort des Referenten wird sein Antrag angenommen und der Antrag der GR. Müller der Geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Nach einem Berichte des Stadtrates Haas wird ein zweiter Zuschusskredit des Voranschlages 1918/1919 „Feuerlöschwesen“, verschiedene Erfordernisse im Betrage von 1137/ K angenommen. Ebenso wird ein zweiter Zuschusskredit anlässlich des Ankaufes eines Kraftwagens mit Pumpe für die städtische Feuerwehr angenommen.

GR. Schwer berichtet über die Herstellung von Werkstatträumen für die städtische Feuerwehr und die Bewilligung eines Zuschusskredites von 142.000 Kronen.

GR. Moißl: Die Feuerwehr ist ein Schandfleck der Verwaltung der christlichsozialen Partei, die die Feuerwehrmänner bei 72 stündigem Dienste mit 3 K 30 Heller für den Tag bezahlt. Wie es gegolten hat, den Gemeinderäten Diäten zu verschaffen, und den Stadträten höhere Gebühren zu geben da waren sie gleich dabei. Es wird endlich eine Zeit kommen, wo Ihre Parteien wegrasiert werden wird und sie ~~haben~~ schon auf dieser Seite (nach links weisend) das Harakiri begehen müssen. Es ist keiner in diesem Saal, der noch so rückschrittlich denkt, wie Sie. Ich verlange ~~stark~~ dass endlich die Regelung der Bezüge und des Dienstes der städtischen Berufsfeuerwehr auf die Tagesordnung des Gemeinderates komme. Es ist eine Schande für die Gemeinde Wien, wie die städtische Berufsfeuerwehr da steht. Wir haben auch etwas darsin zu reden, machen Sie sich mit Ihren Arbeitergruppen nicht lächerlich. Der Zwang und die Gewalt ist vorüber. Wir bemühen uns auch die Stimmen der Arbeiterschaft zu bekommen, aber nicht in der Form von Phrasen wie Sie. Vergessen Sie nicht, dass ich mit den Stimmen der

städtischen Berufsfeuerwehr gewählt worden bin und dass ich meine Wahlkosten selbst bezahlt habe. Sie wurden mit jüdischem Geld gefüttert. Es entstehen heftige Gegenrufe ~~von~~ auf der rechten Seite, die in gegenseitige Vorwürfe ausklingen.

GR. Haas erwähnt, dass die Frage der Besoldung der städtischen Feuerwehr den Stadtrat beschäftigen werde und dann dem Gemeinderate vorgelegt werden wird. Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Helmann berichtet über die Schlussabrechnung über den Schulbau in der Felberstrasse 42/44.

GR. Witzmann bittet, dass man die nach der Militäreinquartierung in dieser Schule nöwendigen Adaptionsarbeiten schleunigst in Angriff nehme, da es sich um eine Schule für 2000 Kinder mit 39 Lehrzimmern handelt und beantragt die Vergrösserung des im Gebäude befindlichen Bades, sowie die Uebernahme der vom Militär eingeführten Küchen zur Ausspeisung der Kinder und zur Errichtung von Kochkursen für die weibliche Jugend der Arbeiterschaft.

Der Referent Bericht wurde zur Kenntnis genommen und die Anträge des Gemeinderates Witzmann der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Gr. Hötzel und Melcher berichten über Grundtransaktionen. Ihre Anträge werden angenommen.

Nach einem Berichte des Gr. Kienböck wird gegen die Vorschreibung eine Erwerbssteuer für den Betrieb der Gräberaus schmückung auf den städtischen Friedhöfen die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Hierauf werden die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen mittels Zuruf vorgenommen.

Nach einem Berichte des Gr. Paul Richter wird den geistlichen Pflugeschwestern im Jubiläums-Spital und in den städtische Versorgungshäusern eine Teuerungszulage ein Anschaffungsbeitrag und die Beistellung von Dienstschuhen gewährt.

Nach einem Berichte des Gr. Schmid wird den Betriebsamten der städtischen Elektrizitätswerke eine für die Pension anrechenbare Personalzulage von jährlich 600 Kronen bewilligt.

Gr. Schmid berichtet über die Entschädigung der Herren Ing. Rhombert und Josef Oelz für ihr Projekt der Verwertung der Wasserkräfte des Ennsflusses.

Gr. Vaugoin bespricht das Endprojekt und befürwortet die Ausnützung der Wasserkräfte der Donau in der unmittelbaren Nähe Wiens. Es wäre auch möglich, für Zillingdorfnach weite Kohlenflächen zu erschliessen, dann könnte man das Zillingdorfer Werk ausbauen, hätte die Schwierigkeit der Leitung nicht und könnte Winter und Sommer den notwendigen Strom beziehen. Es würde sich lohnen in dieser Richtung zu forschen, ob es nicht möglich wäre, die Kohlenvorkommen in Zillingsdorf so zu erschliessen und auszubauen, dass wir auf Jahre hinaus von der elektrischen Versorgung Wiens enthoben wäre. (Beifall).

Nach dem Schlusswortes des Gr. Schmid wird der Stadtratsantrag angenommen.

V.B.G.M. Reimann übernimmt den Vorsitz.

Gr. Schmid berichtet über die Errichtung eines Wasserkraft- und Elektrizitäts - Wirtschaftsamt durch den Staatsrat und beantragt:

- 1.) Die Gemeinde Wien begrüsst die Errichtung desselben und erblickt in dieser Massnahme ein geeignetes Mittel, die durch die Verhältnisse gebotene rasche und grosszügige Lösung der schwierigen Probleme zu erzielen.
- 2.) Es wird gemäss § 2 des Organisationsstatutes dieses Amtes der in die beratende Kommission zu entsendende Vertreter der Gemeinde Wien und ein Ersatzmann gewählt.
- 3.) Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, an den Staatsrat heranzutreten, dass der Gemeinde entsprechend ihrer besonderen Stellung eine Vertretung im Direktorium und die Entsendung von 2 Vertretern in die beratende Kommission des W.E.W.A. eingeräumt wird.

Gemeinde Abstimmung.

Gr. Herold bemängelt den einseitigen Standpunkt den Steiermark in dieser Frage einnimmt und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass dieses im Interesse des Gesamtwohles seine Stellung ändert und bemängelt das Hemmnis, dass der Gemeinde Wien die Konzession versagt wurde. Er beantragt, dass der Gemeinde Wien 2 Sitze im Direktorium und 3 in der beratenden Kommission eingeräumt werden.

Bei der Abstimmung wurden die Referenten - Anträge genehmigt, der des Gr. Herold abgelehnt.

V.B.G.M. Lain berichtet über die Erhöhung der Bezüge für die Präsidialkraftwagenlenker. Der Antrag, ihre Bezüge monatlich um K 20.- sowie die Verköstigungsgebühr von jährlich K 150.- ab 1. Oktober 1918 zu erhöhen, ist angenommen.

V.B.G.M. Lain erstattet die Berichte über den Beitritt der Gemeinde Wien zur Eiereinkaufsgesellschaft für Deutsch-Oesterreich und zur Errichtung einer Molkeri-Produkten Einkaufsges. Die Anträge werden angenommen.

Gr. Tomola berichtet über das Kostenerfordernis für bauliche Herstellungen im städt. Armenhause im XVI. Bezirke zum Zwecke der Jugendfürsorge. Der Antrag wird angenommen.

Gr. Tomola berichtet über die Nachsicht der Beheizung - u. Beleuchtungskosten für die im Gewerbegerichtsgebäude, VIII. Bezirk untergebrachte Kinderbücherei der Ortschaftsrates des VIII. Bezirkes. Der Referentenantrag wird angenommen.

Gr. Tomola berichtet über den Ausbau städt. Kindergärten zu Volkkindergärten.

Gr. Anita Müller führt aus, dass für die Frauen Politik Volkwohlfahrt bedeutet. Alle Bestrebungen mögen den Schutzbedürftigen Kindern gelten, und ganz besonders seien Wohlfahrts einrichtungen für vorschulische Kinder ins Auge zu fassen. Gerade in diesem Alter wird in den Kindern die Grundlage für Tuberkulose gelegt, sie leiden an Rabbitis u.s.w. und man muss sich die seelische Mitter dieser Kinder vorstellen, die ihre Leiden allein in ihrer Wohnung ertragen müssen. 10 % der Kinder müssen vom Schulbesuche zurückgestellt werden, weil sie körperlich zu schwach sind, 30 % der Kinder weisen bereits beim Beginn des Schulbesuches schwere innerliche Schäden auf. Die Horte und Kindergärten zeigen einen Uebelstand, in dem sie zu spät eröffnet werden, und dadurch werden gerade diejenigen Kinder, die deren am meisten bedürfen, von ihnen ausgeschlossen. Es ist zu hoffen, dass die Volkkindergärten diesem Uebelstande abhelfen werden. Es kommen jene Kinder nicht in die Horte, für die die Horte eigentlich gedacht sind, weil die Eltern die Kontrolle durch die Fürsorgerinnen fürchten. Vielleicht wäre es hier gut, den Hortzwang einzuführen, um die Eltern zu veranlassen die Kinder dorthin bringen zu müssen. Ich weise auf den furchtbaren Strassen- und Hausbettel der Kinder hin, der im Kriege

stark zugenommen hat. Es nützen die besten Fürsorgemassnahmen nichts, wenn man diesen Uebelständen nicht an den Leib geht. Es wäre Sache der Gemeinde, in Erwägung zu ziehen, ähnlich wie es in Prag und Budapest geschehen ist, eine eigene Kinderpolizei zu schaffen, das heisst, Fürsorgerinnen zu bestellen, die die bittenden Kinder in den Strassen aufsuchen und in die Horte bringen.

Gr. Marie Schwarz begrüsst den vorliegenden Antrag und schliesst sich den Ausführungen ihrer Vorrednerin an. Sie stellt ferner folgenden Zusatzantrag: Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in den weiten Schichten der Bevölkerung auch schon viele noch im schulpflichtigen Alter stehenden Mädchen zur Wartung und Beaufsichtigung kleiner Kinder verwendet werden, wird beantragt, dass Mädchenhorte in räumlichem Zusammenhange mit Privatanstalten und Kindergärten eingerichtet werden, damit grössere Mädchen unter fachlicher Leitung planmässig zur Mithilfe herangezogen, in den einfachsten Handreichungen und in den besonders in gesundheitlicher Beziehung notwendigen Vorschriften unterrichtet und eingewöhnt werden.

Frau Dr. Seidel besorgt es, dass so viele Kinder in einzelnen Kinder gärten untergebracht sind, dass es kaum möglich ist, dass alle die Kinder von den Kindergärtnerinnen entsprechend beaufsichtigt werden können und dass sich die Kindergärtnerinnen mit allen Kindern beschäftigen. Auf eine Aufsichts person kommen in den inneren Bezirken 60 Kinder, im Ottakring auf 699 Kinder drei Kindergärtnerinnen. Die Bednerin wünscht ferner eine ärztliche Inspektion in den Kindergärten.

Berichterstatler StR. Komola bezeichnet die Ausführungen der Frau Anita Müller für vollständig richtig, die Kindergärten erst knapp vor dem Kriege von der Gemeinde übernommen worden, während des Krieges sei eine Aenderung nicht möglich gewesen. Die Anregung der Frau G. Schwarz werde in neuerrichtenden Kindergärten sicherlich berücksichtigt werden. Die ärztliche Inspektion sei bereits in Bezirken eingeführt, während des Krieges seien infolge Mangels an Ärzten die Einführungen in allen Bezirken nicht durchführbar gewesen. Die Ausführungen der Frau Dr. Seidel dürften auf einem Irrtum beruhen, durchschnittlich entfallen auf je 50 Kinder eine Kindergärtnerin, es sind aber viel weniger Kinder, weil gewöhnlich ein Drittel dem Kindergarten fernbleibt. In jedem Kindergarten ist ferner eine Kinderwärterin welche aber nichts anderes zu tun hat, als die Kinder anzuziehen und andere kleine Dienste zu leisten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen, der Antrag der Frau Dr. Maria Schwarz wird genügend unterstützt und dem Stadtrate zugewiesen.

StR. Komola legt die Ansuchen jener Vereinigungen um Subventionen vor, welche in der letzten Stadtratsitzung ohne Einwände genehmigt wurden. Die selben betreffen 299 Vereine und Einrichtungen.

StR. Winter: Ich will über den Widerstand einige Worte sprechen, der von unserem Stadtrate erhoben wurde. Wir haben zunächst die Fragen über die Grund stützen aufgeworfen, nach denen die Subventionsbeiträge an die einzelnen Vereine gegeben wurden. Darauf haben wir keine befriedigende Auskunft erhalten und daher die Einsetzung eines Komitees gefordert, dem die Aufgabe zukommt, nachzuforschen, ob die Subventionen berechtigt sind. Weiters obliegt diesem Komitee die Aufgabe die Richtlinien für die Zukunft festzustellen. Eine Reihe von Subventionen wurde im Stadtrate bewilligt, da sie vom alten Stadtrate angenommen wurden und wie es hiesse, die Vereine gewohnheitsmäßig mit diesen Beträgen schon gerechnet haben. Künftig wollen wir Sozialdemokraten dass, wenn die Stadt Geld ausgibt, genutzt werden muss, wenn sie es gibt. Es ist der Stadt würdig und entsprechend den Wünschen der Bürger die Interessen aller Bürger wahrzunehmen und keine Unterstützungen für irgend welche parteipolitische Zwecke auszugeben. Wenn wir diese Grund sätze wahrnehmen, wird uns soviel Geld übrig bleiben, dass wir alle Vereine, die Arbeit leisten, die uns also unsere Arbeit unterstützen, reichlich werden bedenken können. Ferner sind wir gegen Unterstützung aller konfessionellen Einrichtungen. Aus der Liste die uns vorliegt, haben wir entnommen, dass Willkür und Protektion herrscht und wir hoffen, dass die Helfer der Bürger so verwaltet werden, dass alle Bürger

mit uns einverstanden sind. Nur so werden sie als Verwalter der Gemeinde sein.

StR. Hein gibt im Namen seiner Partei die Erklärung ab, dass sie mit der bisherigen Subventionspraxis nicht übereinstimmen, wogegen sie schon wiederholt Einspruch erhoben haben. Die christlichsoziale Partei hat den Volksbildungsverein seinerzeit geradezu schmähtlich behandelt, nicht anders ist dem Volksheim gegangen. Wir verlangen also eine gründliche Aenderung der Subventionspraxis, dem gegenwärtigen Antrage stimmen wir, da die Vereine nicht schon mit dem Gelde rechnen zu. Auch für die Einsetzung des Stadtratskomitees treten wir ein.

StR. Annelie Seidel führt einzelne Vereine an, die, wie sie anführt, überraschlich mit Subventionen bedacht wurden und wendet sich gegen die Unterstützung der verschiedenen Kongregationen und der kirchlichen Schul institute. Die kirchlichen Organisationen sollen sich Schulen errichten soviel sie wollen, aber die Helfer der Einwohner dürfen dazu nicht verwendet werden. (Beifall)

StR. Anna Strobl: Es gibt eine grosse Masse Leute, denen an ihrem religiösen Bewusstsein etwas gelegen ist. (StR. Annelie Seidel: Sie sollen es sich auch selber zahlen.) Die verschiedenen Fürsorgeanstalten haben solche Kinder in Versorgung, deren Eltern nichts zahlen können und welche nicht unserer Parteirichtung angehören, sondern zum allergrössten Teile der ihnen (Zustimmung bei den Christlich sozialen, Gegenrufe bei den Sozialdemokraten). Im 16. Bezirk sind die ersten Zöglinge, welche in sogenannte kirchliche Anstalten aufgenommen worden sind, Kinder aus Ehrenkreisen gewesen. (Zwischenruf: Wenn mir jemand eine Wohlthat erweist, so schimpfe ich nicht über den Betreffenden.) (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Wir prüfen auf Wohlthaten.) Wenn Sie einmal die Verwaltenden hier sein werden, so müssen sie die gläubigen Staatsbürger auch berücksichtigen. Wir werden uns nie das Recht nehmen lassen, dass wir gläubige auch einen Einfluss auf die Verwendung unserer Steuergelder haben. Ob Sie dann auf uns jene Rücksicht nehmen werden, welche unsere sogenannten kirchlichen Anstalten auf Ihre Kinder genommen haben, wird die Zukunft zeigen. (Beifall rechts)

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters werden die Stadtratsanträge angenommen.

Damit ist die gesamte Tagesordnung erledigt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich fühle mich verpflichtet, vor Schluss der Sitzung eine Erklärung abzugeben: Gegenüber einer vom heutigen „Abend“ gebrachten Mitteilung des Inhaltes, dass auf dem Rathause Nachrichten verbreitet werden, die besagen, dass die Vorbereitungen für die Wahl in Wien nicht rechtzeitig beendet werden können, da besonders die Fertigtellung der Wählerlisten auf unüberwindliche Hindernisse stösst, teile ich mit, dass die Herstellung der Wählerverzeichnisse infolge der Beschränkungen der Erfassung der Wähler und der grossen Wählerzahl allerdings mit grossen Schwierigkeiten verbunden war, dass aber lassen ungeachtet dem Pflichterfüllung

in  
Februar  
am 10. Februar

und daher auch die Durchführung der Wahlen an 10. Februar  
Frage gestellt ist.

der Besuchen und sonstigen Angehörigen der Gemeinde die zeitigere  
Anfertigung der Wählerverzeichnisse zur gegenseitigen Einsicht Geschieht

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Janny Michyeu.**  
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 23. Jänner 1919. № 38.

Öffentliche Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse. Die Wählerverzeichnisse werden ab Freitag, 24. d.M. durch 14 Tage hindurch zur allgemeinen Einsicht aufgelegt und können Binsprüche gegen dieselben innerhalb der ersten 10 Tage, das ist vom 24. Jänner bis 2. Februar an Werktagen von 2 bis 7 Uhr nachmittags, an Sonntagen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags mündlich oder schriftlich eingebracht werden. Die Zahl der Reklamationsstellen beträgt 158.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 23. Jänner 1919. № 39.

Förderung des Hochschulwesens durch die Gemeinde Wien. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Kienböck über den Ausbau und die Förderung des Hochschulwesens in Wien durch die Gemeinde im Einvernehmen mit der Staatsverwaltung. Zu diesem Zwecke soll eine Kommission eingesetzt werden, die die nötigen Beratungen und Arbeiten in Angriff zu nehmen hat. Um aber auch die hiezu notwendigen Vorarbeiten in die richtigen Bahnen zu leiten und den Kreis aller zur Mitarbeit heranzuziehenden Faktoren feststellen zu können, wird empfohlen, die hauptsächlich interessierten Aemter und Anstalten einer unferbindlichen Besprechung einzuladen, um Klarheit in den wichtigsten grundlegenden Fragen zu gewinnen. Als einzuladende Anstalten kommen in Betracht: die Rektorate der Wiener Hochschulen und das Rektorat der Akademie der bildenden Künste, das Dekanat der evangelisch-theologischen Fakultät, das Kuratorium der Akademie der Wissenschaften, das Kuratorium der Akademie für Musik und darstellende Kunst, die Direktionen der Konsular- und Exportakademie, sowie andere in Betracht kommende Lehranstalten.

Verarbeitung von Zuckerrübe in Sirup. Bekanntlich wird in der diesjährigen Braukampagne Zuckerrübe als Surrogatstoff für die Biererzeugung in Verwendung genommen. Das Brauhaus der Stadt Wien hat nun mit der Leipnik Lundenburger Zuckerfabriks-A.G. ein Abkommen, betreffend die Sirupgewinnung aus 3000 q Zuckerrübe, abgeschlossen. Das Gelderfordernis beläuft sich auf ca. 90.000 Kronen. Nach einem Berichte des VB. Rain in der letzten Stadtratsitzung wird diesem Abkommen zugestimmt.

Aus der vertraulichen Sitzung. In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurden verliehen: Dem Magistratssekretär Dr. Karl Hubmayer in Würdigung seiner vorzüglichen Dienstleistung der Titel Magistratsrat; dem Baurate Ing. Hans Strössner in Würdigung seiner besonderen Verdienste bei der Ausführung der in den letzten Jahren geschaffenen Brücken der Stadt Wien der Titel Oberbaurat; der Oberin am Stephaniespital in Ottakring Schwester Dosithea (Barbara Brand) in Anerkennung ihrer mehr als 25 jährigen Wirksamkeit auf dem Gebiete der Krankenpflege die goldene Salvatormedaille; dem Armenrate des Bezirkes Meidling Johann Neugebauer in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvatormedaille. Bei den städtischen Strassenbahnen wurden die Inspektoren Ing. Karl Goller, Franz R.v. Wolff und Richard Werner zu Oberinspektoren befördert und dem Inspektor Ing. Ludwig Schuller der Titel

eines Oberinspektors verliehen.

Die Durchführung der Sachdemobilisierung. In der heutigen Stadtratsitzung beantragte VB. Rain eine Petition an die Regierung zu richten, in der die rascheste Abwicklung der Sachdemobilisierung und die ausgiebige Zuwendung militärischer Sachgüter an den Gewerbestand auf das nachdrücklichste gefordert wird. Der Ernst der Situation erheischt in gebieterischer Strenge die Prüfung der Frage, inwieweit ohne Eiführung der Beginn der wirtschaftlichen Tätigkeit gefunden werden könnte. Als richtiges und derzeit allein zur Verfügung stehendes Mittel kommt die rasche und glatte Abwicklung der Sachdemobilisierung in Betracht. Die in den Depots der Heeresverwaltung schlummernden Kapitalien müssen dem Verkehre, dem Erwerbe und der Wirtschaft überwiesen werden. Jeder Tag eines toten Kapitals ist ein schwerer Schaden für unser kapitalarmes Land. Schom im Interesse der Staatsfinanzen sollte die jetzige hohe Preiskonjunktur ausgenützt werden. Es ist unbedingt erforderlich den Absatz der Kriegsmaterialien mit allen Mitteln zu beschleunigen. Allerdings müssen die Schwierigkeiten gewürdigt werden, die durch die Bildung der vielen Nationalstaaten entstanden sind. Bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Materialien ist auf die Leistungsfähigkeit der zu beteilenden produzierenden Stände Bedacht zu nehmen. Zwei wichtige Fragen sind es, zu deren fürsorgender Behandlung die Staatsverwaltung verpflichtet ist, die wirtschaftliche Aufrichtung des Mittelstandes und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Der Handwerkerstand, dessen Lebensfragen durch die staatliche Bewirtschaftung so vieler Artikel schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, muss berücksichtigt werden. Der Mangel an Arbeitsmaterial, unter dem der Gewerbestand während des Krieges viel gelitten hat, kann nur durch die Sachdemobilisierung beseitigt werden. Immer drohender wächst das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit heran und es wäre ein Irrtum zu glauben, dass die Frage der Arbeitslosigkeit unter den heutigen Verhältnissen durch die Industrie allein gelöst werden kann. Ist sie doch durch den Stand der Kohlenfrage in der Wiederaufnahme der Produktion von Massengütern arg gehemmt. Der für die personelle Demobilisierung schon vor Beendigung des Krieges ausgearbeitete Organisationsplan stürzte in dem Augenblicke zusammen, wo die Truppen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen in die Heimat eilten. Die personelle Demobilisierung war binnen wenigen Wochen beendet.

An das Referat knüpfte sich eine eingehende Debatte, schliesslich wurde der Antrag des Referenten und ein Zusatzantrag des VB. Reumann, dass der Bürgermeister ersucht werde, diese Petition persönlich zu überreichen, einstimmig angenommen.

Im Anschlusse an dieses Referat legte VB. Reumann einen Bericht vor, in dem auf den Mangel von Betriebsstoffen für Kraftfahrzeuge hingewiesen wird, welchen die Gemeinde Wien und ihre Unternehmungen unbedingt benötigen. Es wird beschlossen, dass der Bürgermeister gelegentlich der Vorsprache beim Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft auch diese Frage zur Sprache bringen möge.

Ein Gemälde der Proklamierung der Republik. In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Pick den Antrag, die Proklamierung der Republik Deutschösterreich am 12. November 1918 vor der Parlamentsrampe inmitten des versammelten Volkes in einem Gemälde festlegen zu lassen, zu dessen Anfertiigung eine Konkurrenz auszuschreiben ist, an der jedoch nur in Wien oder im übrigen Deutschösterreich dauernd sesshafte Künstler teilnehmen können. Vervielfältigungen des Originalbildes sollen den Wiener Gemeindeschulen überlassen werden.

W I E N E R   R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

388Angabe.   Wien, am 23. Jänner 1919. abends.

Der Stand der Arbeitslosigkeit. Mit Beziehung auf den von uns ausgegebenen Bericht des Vicebgr. Reumann über den Stand der Arbeitslosigkeit in Wien sei darauf hingewiesen, dass der darin enthaltene Satz „die bisherigen Erfahrungen zeigen immer deutlicher, daß die Arbeitslosen - Unterstützung eine bedenkliche Abnahme der Arbeitslosigkeit mit sich bringt“, wohl im Magistratsbericht enthalten ist, daß sich jedoch der Berichterstatter VB. Reumann mit dieser Ansicht keineswegs identifizierte. Er betonte im Gegenteil in Erwiderung einer von einem Redner aufgestellten Behauptung, nach welcher sich trotz hoher Bezahlung für einzelne Arbeiten Arbeitswillige nicht finden, daß eine solche Behauptung nicht verallgemeinert werden dürfe.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verleger und verantwortl. Redakteur *Anton Mitzew.*  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 24. Jänner 1919. Nr. 41.

Der Schneefall und die Strassenbahnen. Der <sup>vom</sup>gestern eingetretene Schneefall machte es notwendig, dass bereits in den ersten Nachmittagsstunden die Aussenlinien der Strassenbahn mit den motorisch betriebenen Schneeschubmaschinen befahren werden mussten. Der Verkehr der Strassenbahn konnte bis zum fahrplanmässigen Betriebschluss anstandslos durchgeführt werden. Nach Betriebschluss wurde eine allgemeine Reinigung des Schienenweges in Angriff genommen und es war notwendig, einzelne Strecken die ganze Nacht hindurch von den Schneemengen zu säubern. Die Pferdeschneepflüge haben die Reinigung bereits um 1 Uhr früh begonnen. Der Frühverkehr konnte fahrplanmässig ohne jede Einziehung von Beiwagen auf allen Linien aufgenommen werden. 3800 Personen waren mit den Reinigungsarbeiten beschäftigt, und es war trotz der herrschenden grossen Arbeitslosigkeit nicht möglich, mehr Personen für die Säuberungsarbeiten zu bekommen. Um einen raschen und guten Erfolg zu gewährleisten, ist natürlich die angegebene Zahl der Arbeiter, unter denen sich eine grosse Anzahl jugendlicher Befand, nicht zureichend.

Trauerfeier für Dr. von Dorn. Der demokratische Parteiverband des Wiener Gemeinderates veranstaltet am Montag, 27. d.M. um 6 Uhr abends im Saale des niederösterreichischen Gewerbevereines, I. Bezirk Weichenbachgasse 7, eine Trauerfeier, für den in der Sylvesternacht verstorbenen Gemeinderate Dr. von Dorn. Die Freunde und Parteigenossen des Verstorbenen werden hiemit eingeladen, an dieser Trauerfeier teilzunehmen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Freitag, 24. Jänner 1919. Nr. 42.

Die Handhabung der Steuerpraxis. In der Sitzung des Stadtrates vom 23. d.M. erstattete StR. Dr. Kienböck einen eingehenden Bericht über die Härten der Steuerpraxis. Der Bericht-erstatte beantragte an das Staatsamt der Finanzen sofort mit folgendem Begehren heranzutreten: 1. Die Gemeinde Wien verurteilt mit aller Schärfe das Vorgehen der staatlichen Finanzorgane bei Bemessung und Einhebung der Einkommen-, Kriegs- und Erwerbsteuer. Hatte schon das Gesetz vom 12. Dezember 1918 einen in mehrfacher Richtung bedenklichen Weg beschritten, so hat dessen Handhabung durch die Organe der staatlichen Steuerverwaltung vollends unerträgliche Zustände geschaffen, deren sofortige Abstellung nicht energisch genug verlangt werden kann. Das Verfahren der Finanzorgane treibt ruhige Bürger zur Verzweiflung und untergräbt die Steuermoral für die weitere Zukunft. 2. Was die Steuerpraxis anbelangt, so muss eine besonnene, die jetzigen wirtschaftlichen Zustände insbesondere in den mittleren Bevölkerungsschichten berücksichtigende Vorgangsweise gefordert werden, welche die Fortführung der ohnehin durch den Druck der Zeit gefährdeten Unternehmungen insbesondere auch der kleineren und mittleren

ermöglicht und dadurch den Fortbestand wichtiger Steuerquellen sichert und die drohende Vermehrung der Arbeitslosigkeit bannt. Im Verfahren der Steuerveranlagungsorgane muss jede Willkür, jedes Verbergen der Auskunftsquellen, jede Heranziehung bedenklicher Auskunftspersonen und jedes Ausspielen vom Konkurrenten gegeneinander endlich aufhören. Jede Exekution zur Einbringung von Steuern, die nicht im regelmässigen Verfahren bemessen sind, hat sofort aufzuhören. 3. Bei der dringenden Reform der geltenden Vorschriften soll das Ziel eine moderne, einfache und gerechte Regelung der direkten Steuern sein. Hierbei wollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden: a) Für nach der Gebühr des Vorjahres einzuzahlende rückständige Beträge gelten weiterhin die Zinsen im Ausmasse des Gesetzes vom 9. März 1870, bzw. 23. Jänner 1892. b) Hat der Steuerträger eine geringere Gebühr, als im Vorjahre zu erwarten, so hat die Steuerbehörde über Verlangen des Steuerträgers eine vorläufige Bemessung zu geben. c) Für die vorläufigen Bemessungen haben die von den Steuerträgern vorgelegten Bekenntnisse ausnahmslos die Grundlage zu bilden. d) Für vorgelegte Einkommensteuerbekenntnisse bis zur Höhe von 20.000 Kronen sind, vorausgesetzt, dass nicht gewichtige Bedenken gegen die Richtigkeit bestehen, die Bemessungen sofort ohne weitere Einvernahme der Partei, der Kommission zur Beschlussfassung vorzulegen. e) Die Staatsverwaltung hat die Steuerbehörde zu beauftragen, die vorläufigen Bemessungen binnen längstens 3 Monaten in endgiltige umzuwandeln. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Aenderung der vorläufigen Bemessungen nicht mehr zulässig. f) Eingebraachte Steuerrekluse sind ausnahmslos binnen drei Monaten zu erledigen. g) Die Kriegs-anleihe ist zur Verwendung bei Einzahlung der Einkommensteuer und anderer direkter Steuern mit mindestens einem Viertel zum Emissionskurse zuzulassen. h) Die allgemeine Erwerbsteuer ist im Jahre 1919 in drei Raten, und zwar 1. März, 1. Juli und 1. Oktober, die Einkommen- und Rentensteuer in zwei gleichen Raten 1. April und 1. September zu bezahlen. i) Die Regierung wird weiters aufgefordert, eine einheitliche Personalsteuer mit Ausschaltung aller Doppelbesteuerungen einzuführen, wobei auf die verschiedenen Einkommenquellen durch Anwendung verschieden aufgebauter Steuerskalen ( Staatssteuer, einschliesslich autonomer Zuschläge ) Bedacht zu nehmen wäre. k) Schon heute aber wird mit Rücksicht auf die traurige wirtschaftliche Lage der gewerblichen Betriebe gegen die Kontingenterhöhung der Erwerbsteuer Stellung genommen und die Veranlagung der allgemeinen Erwerbsteuer nach dem tatsächlichen Ertrage und nicht nach der mittleren Ertragsfähigkeit verlangt.

An das Referat knüpfte sich eine längere Debatte.

StR. Schmid wies darauf hin, dass durch die gegenwärtige Steuerpolitik Industrie und Gewerbe vollständig vernichtet werden. Die Folgen für den Staat und die Stadt Wien seien unabsehbar.

StR. Dr. Hein bezeichnet es als eine ausserordentliche Härte, dass in einer Zeit des Niederganges Steuern bezahlt werden müssen, welche der Hochkonjunktur angepasst waren. Die gegenwärtige Steuerpraxis bedeute den Ruin der Steuerträger. Er wünscht, dass Kriegs-anleihen in einem grösseren Prozentsatze zur Bezahlung der Kriegsgewinnsteuer angenommen werden.

VB. Rain bespricht die Notwendigkeit der Erhaltung der Industrie und des Gewerbestandes, bei dem so rasch als möglich zu erfolgendem Aufbau des Staates. Bei der gegenwärtigen Steuerpraxis müsse die Bevölkerung unter der Steuerlast zusammenbrechen. Die Existenzfrage des Gewerbestandes sei aber gleichbedeutend einer Arbeiterfrage. Redner teilt mit, dass die allgemeine Erwerbsteuer im zweiten Halbjahre 1918 von 7 Millionen auf 23 Millionen, die Personaleinkommensteuer von 47 Millionen auf 66 Millionen, die Kriegsgewinnsteuer von 56 Millionen auf 225 Millionen gegenüber dem letzten Halbjahre 1917 angewachsen sei. *Vingramm von 333 auf 597 Millionen*

StR. Melcher weist darauf hin, dass durch das Vorgehen der Steuerbehörde Deutschösterreich zu Gunsten der anderen Staaten zugrunde gerichtet werde. Er tritt ebenfalls für einen grösseren Prozentsatz der Kriegs-anleihe bei Bezahlung der Steuern ein und wünscht dabei gewisse Kautelen, daß hiefür nur Kriegs-anleihe verwendet wird, für welche der Nachweis der Zeichnung von einer Bank erbracht wird, nicht etwa Kriegs-anleihen, welche vielleicht auf Schleichwegen erworben wurden.

StR. Emmerling wünscht eine Aenderung des Steuersystems. Am zweckmässigsten wäre es, die Personalsteuer als Grundlage ~~zu nehmen~~ <sup>für die allgemeine Erwerbsteuer</sup> und die Erwerbsteuer ganz abzuschaffen. Andererseits dürfe nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Staat, das ist die Gesamtheit aller Mitbürger Geld braucht, und es wäre in der Debatte zu betonen, dass die Gemeindevertretung sich der Erkenntnis nicht verschliesse, dass die Ausgaben des Staates hereingebracht werden müssen.

StR. Müller wünscht, dass die Gewerbetreibenden durch eine übersichtliche Buchführung in der Lage sein sollen, der Steuerbehörde jederzeit über ihre Geschäftsgebarung Aufschluss zu geben.

StR. Körber erklärt, es seien ihm Fälle bekannt, in welchen von der Steuerbehörde Geschäftsbücher, welche die Aufzeichnungen nach der einfachen Buchführung enthielten nicht als Belege anerkannt wurden.

StR. Breuer wendet sich gegen die Leitung des Staatsamtes für Finanzen und bezeichnet den gegenwärtigen Leiter nicht als den geeigneten Chef dieses Amtes.

StR. Jung bespricht das Vorgehen der Steuerbehörden bei der Ermittlung des der Besteuerung unterliegenden Gewinnes, wobei die Steuerbehörden sich oft nicht ganz einwandfreier Mittelspersonen bedienen.

*der Verhältnisse in manchen*  
StR. Dechant verlangt eine Reform der Steuerämter.

StR. Vaugoin bezeichnet es als einen verfehlten Weg, wenn man jetzt die Versäumnisse in der Besteuerung während der Kriegszeit durch ein kopfloses Ueberhasten einbringen will.

Bei der Abstimmung werden die Stadtratsanträge einstimmig angenommen, die einzelnen Anregungen werden dem Magistrat zur Berücksichtigung übermittelt.

Zulagen für die Zugführer und für Platzdienste bei den Strassenbahnen. In der letzten Stadtratsitzung berichtete StP. Vaugoin über die den für die Zeit des Uebelstandes als besondere Zugführer verwendeten Fahrbediensteten der Strassenbahnen, sowie dem Platzdienst leistenden Fahrbediensteten zu gewährenden Zulagen. Denselben wird für eine ganze Schicht auf die Dauer der gegenwärtigen Verhältnisse rückwirkend ab 1. Jänner 1919 eine Zulage von K 1.60 gewährt, gleichgiltig, ob dies

Wagenführer oder Schaffner betrifft. Dem Platzdienst sind auch die Signalposten, nicht aber Weichenwächter, Kuppler und dergl. zuzuzählen.

Der Zustand der Hausbesorgerwohnungen. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Spalowsky über den Antrag des Gemeinderates Doppler betreffend den Zustand der Hausbesorgerwohnungen. Im Magistratsbericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Beseitigung der herrschenden Uebelstände in den Hausbesorgerwohnungen nur mit Teilarbeiten begonnen werden kann; und da muss bei den besonders schlechten Wohnungen begonnen werden. Ueber die Form der Erhebungen muss der Gemeinderatsausschuss für städtische Wohnungsfürsorge beraten. Aber bei den Erhebungen allein kann es nicht bleiben, sondern es müsse auch die Frage beantwortet werden, in welcher Weise und durch welche Mittel Abhilfe wenigstens in den schwereren Fällen baldmöglichst erreicht werden kann.

Die Forderungen der Arbeiter der Elektrizitätswerke. StR. Schmid berichtete in der letzten Sitzung des Stadtrates über die Forderungen der Arbeiter der Elektrizitätswerke und teilte mit, dass die Verhandlungen darüber im Zuge sind. Die Direktion wird ermächtigt, jedem Arbeiter einen Vorschuss von 50 Kronen auf die mit Giltigkeit vom 1. Jänner beabsichtigte Aufbesserung der Entlohnung zu gewähren. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 95.000 Kronen.

Kriegssteuereinzahlungen. Das städtische Zentral Steueramt, I. Bezirk Rathausstrasse 14 ersucht, wegen des derzeitigen starken Geschäftsganges für Einzahlungen der Kriegssteuer mittelst Kriegs-anleihe auch die wenig benützte Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags zu verwenden; die meisten Einzahler erscheinen fast gleichzeitig in den Mittagsstunden und verzögern dadurch die Parteienabfertigung.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michew.**  
Wien, 1. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, 25. Jänner 1919. Nr. 43. (Samstag.)

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Staatsamtes für Volksernährung werden in der 89. Woche an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine 12½ kg Wohlfahrtsfleisch für jeden Kopf zum Preise von K 1.- gegen Abtrennung des Wochenabschnittes 3 in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlachtereien an folgenden Tagen abgegeben werden: Dienstag, 28. A bis F, Donnerstag, 30. d.M. G bis K, Samstag, 1. Februar L bis R und Sonntag, 2. S bis Z. Ausserdem werden an den gleichen Tagen an die Mindestbemittelten mit grünen Einkaufscheinen aus der englischen Liebesgabensendung für Haushalte mit 2 und 3 Personen je 1 Dose, für Haushalte mit 4 bis 6 Personen je 2 Dosen, für Haushalte mit 7 Personen je 3 Dosen Fleischkonserven gegen Abtrennung des Abschnittes 33 des grünen Einkaufscheines unentgeltlich abgegeben werden. Grüne Einkaufscheine, die bloss auf eine Person lauten, können bei dieser Liebesgabensendung nicht berücksichtigt werden.

Abgabe von Unterzundholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzundholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt vom 26. bis 31. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 39 des amtlichen Einkaufscheines. Der Preis ist unverändert.

Die Brotpakete aus Sigmundsherberg. In der Woche vom 26. d.M. bis 1. Februar wird die Abgabe von Brotpaketen aus Sigmundsherberg fortgesetzt. Da die Zahl der noch vorhandenen Brotpakete nicht ausreicht, um alle Mindestbemittelten der dritten Gruppe das sind die Besitzer von gelben Einkaufscheinen, mit 1 Paket pro Kopf zu beteiligen, erfolgt diese Abgabe nach Haushaltungen u. zw. im Verhältnisse der Zahl der Haushaltsangehörigen. Haushaltungen mit 2 Personen erhalten ein Paket, Haushaltungen mit 3 oder 4 Personen zwei Pakete, mit 5 oder 6 Personen drei Pakete und mit 7 Personen vier Pakete. Für Einkaufscheine, welche nur auf 1 Person lauten, wird kein Paket abgegeben. Da weiters Haushaltungen mit über 7 Personen in der Regel zwei Einkaufscheine besitzen, entfallen demgemäss auf einen Einkaufschein mit 8 (7+1) Personen wieder vier Pakete, mit 10 Personen sechs Pakete u. s. w. Die Abgabestellen bleiben dieselben wie bei den früheren Abgaben für die grünen und blauen Einkaufscheine. Die Mitglieder von Konsumentenorganisationen beziehen die Pakete bei ihrer Organisation. Die Abgabe der Pakete erfolgt wieder unentgeltlich gegen Abtrennung der Ziffer 33 des gelben Einkaufscheines. Abgabetermine: von Mittwoch, 29. d.M. bis einschliesslich 1. Februar.

### Sauerkrautpreiserabsetzung. — Fortsetzung der Abgabe.

Die Abgabe von Sauerkraut durch die städtischen Abgabestellen wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware bis auf weiters ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Der Kleinhandelspreis für 1 kg Sauerkraut wird nunmehr mit K 1.20 festgesetzt.

## 2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Samstag, 25. Jänner 1919. Nr. 44.

### Enquete über Einführung des Achtstundentages im Baugewerbe.

Unter Vorsitz des Sektionschefs im Staatsamte für soziale Fürsorge Dr. Kautzky fand im genannten Staatsamte eine Enquete über die Einbeziehung des Baugewerbes in das Gesetz vom 19. Dezember 1918, betreffend den Achtstundentag statt. Professor Fribram referierte über die bevorstehende Ausdehnung des Gesetzes, betreffend den Achtstundentag auf das Baugewerbe und gab die Anregung, über die Geltungsdauer des vorliegenden Gesetzes hinaus, die Frage vereinbarungsgemäss einer Regelung zu unterziehen. Namens der Unternehmerverbände warf Dr. von Hornberg (Wirtschaftsverband der Baugewerbe) die Frage auf, für welche baugewerblichen Gruppen das Gesetz über den Achtstundentag Geltung erlangen soll. Nach längerer Debatte wurde seitens der Regierungsvertreter erklärt, dass das Gesetz vom 19. Dezember nur für konzessionierte Baugewerbe und Bauunternehmungen, nicht aber für die handwerksmässigen und für die Fuhrwerksbetriebe Geltung erlangen wird. Die Vertreter des Baugewerbes verwiesen hierauf einstimmig auf die Unmöglichkeit, bei bloss achtstündiger Arbeitszeit während der Bausaison eine Bauführung zu vollenden, da der Ausfall an Regentagen nicht mehr einzubringen wäre.

Eine vereinbarungsgemässe Einschränkung der Arbeitszeit über den Zeitpunkt des Friedensschlusses hinaus wurde seitens der Unternehmer einmütig abgelehnt.

Die Arbeiterschaft stellte sich dem gegenüber auf den Standpunkt, der strikten Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit und wollte bloss hinsichtlich der Gleichstellung der Frauen- und Männerarbeit eine Konzession machen. Nach den langen, teilweise getrennt durchgeführten Verhandlungen machte der Vorsitzende den Vorschlag, man möge, während der Bausaison eine 50stündige Arbeit<sup>sw</sup> einhalten, die Samstag mittags 1 Uhr zu schließen hätte. Die Baugewerbetreibenden verlangten auch die Ermöglichung von Ueberstunden ohne die behördliche Bewilligung einholen zu müssen. Jedenfalls wäre die Beschränkung von Ueberstunden innerhalb eines Jahres in der Höchstdauer von 3 Wochen für das Baugewerbe ungenügend. Die Arbeiterschaft behielt sich ihre Entschliessung vor.

Die Zuständigkeit der Militärgagisten. Vor einigen Tagen hat beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Abordnung des Verbandes der Gagisten (Offiziere und Militärbeamte) in Angelegenheit der Erlangung der deutschösterreichischen Staatsbürgerschaft mit der Bitte vorgesprochen, den Gagisten, deren Heimatsberechtigung meist durch Zufall bestimmt wurde und häufig nur schwer feststellbar ist, die Erwerbung der Zuständigkeit nach Wien tunlichst zu erleichtern. Bei der Über Anordnung des Bürger-

meisters beim Magistratsdirektor in dieser Angelegenheit unter Beiziehung der zuständigen Referenten stattgehabten Besprechung wurden die in dieser Richtung zulässigen weitgehenden Erleichterungen erörtert und der weitere Vorgang mit dem Vertreter der Gagisten vereinbart.

### Bewilligung von Aushilfen an Heimkehrer der Strassenbahnen.

Von den Angestellten der Strassenbahnen sind im Laufe des Krieges rund 8000 zur militärischen Dienstleistung einberufen worden. Von diesen sind anlässlich der allgemeinen Demobilisierung rund 4000 Mann zurückgekehrt und haben den Dienst wieder angetreten, 2300 sind bereits früher zurückgekehrt oder gestorben, 1700 sind noch ausständig. Die Art, wie die Demobilisierung vor sich ging, war nicht danach angetan, dass der Heimkehrer als ein mit dem nötigsten versehenen Mensch in den Kreis seiner Angehörigen zurückkam. Mangel an Kleidern und Wäsche und sonstige für den täglichen Gebrauch notwendige Gegenstände erforderten Ausgaben, die aus den Dienstbezügen augenblicklich nicht bestritten werden konnten. Nach einem Berichte des StR. Vaugoin wurde in der letzten Stadtratsitzung beschlossen, den seit 1. November 1918 anlässlich der Demobilisierung aus dem Militärdienst heimgekehrten und in der Folge noch heimkehrenden Angestellten der städtischen Strassenbahnen eine Aushilfe von je 100 Kronen zu bewilligen.

### Das Bekleidungs-gewerbe gegen die Volksbekleidung.

Im grossen Saal des n.ö. Gewerbevereines veranstaltete der Wirtschaftsverband der Bekleidungs-gewerbe und deren Industrie unter dem Vorsitz seines Präsidenten Eduard Heigl eine Vollversammlung mit so starkem Besuch, dass Saal und Gallerien die Teilnehmer nicht mehr zu fassen vermochten und viele weggehen mussten. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Protest des Verbandes gegen das Verhalten des Staatsamtes für Gewerbe, Handel und Industrie zur Sachdemobilisierung, Volksbekleidung und den Zentralen. Hierüber erstattete der Vorsteher der Wiener Wäschewarenherzeuger Heinrich Kunz ein sehr sachliches Referat. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an: 1.) Die Liquidierung der Webwarenzentrale und der Landesvolksbekleidungsstellen von einer Fachkommission unter Mitwirkung von Vertrauensmännern aus dem Stand von Gewerbe, Handel und Industrie hat sofort verfügt zu werden. 2.) Sämtliche Bestände an Webwaren, welche sich noch in zentraler Bewirtschaftung befinden, einschliesslich der Lagerbestände der Landesvolksbekleidungsstelle sind von dieser Fachkommission zu überprüfen und nach ihrer Entscheidung erhebliche Teile der Warenbestände dem freien Verkehre zuzuschreiben. Die Erfüllung dieser Form ist unerlässlich, da die Arbeitslosigkeit erschreckend zunimmt. Sollte die Erfüllung aus irgend einem Grunde verweigert werden, so sind die Mitglieder des Wirtschaftsverbandes entschlossen, schon in nächster Zeit ihre Geschäfte nicht mehr aufzusperren, ihre Gewerbe abzumelden und alle Angestellten zu entlassen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Jonny Michew.**  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Montag, 27. Jänner 1919. Nr. 46.

Die Gefährdung der Milchzufuhr aus Ungarn. Zufolge Mitteilung des ungarischen Ministers für Volksernährung Dr. Franz Nagy soll bis auf weiteres wegen der angeblich schwierigen Verhältnisse auf dem Budapester Milchmarkte die Hälfte der Milcherzeugung der Herrschaften des Erzherzog Friedrich (ungefähr 1000 Liter täglich) für die Versorgung der Stadt Budapest herangezogen werden. Durch den Ausfall dieses Milchquantums würde die Versorgung der Säuglinge und Kranken in Wien, welche schon dormalen auf die grössten Schwierigkeiten stösst, geradezu unmöglich gemacht werden. Der Bürgermeister hat sich aus diesem Anlasse telegraphisch an den ungarischen Minister für Volksernährung mit dem Ersuchen gewendet, alles nur menschenmögliche daranzusetzen, dass Wien vor einer solchen Katastrophe bewahrt werde und gleichzeitig an den Gesandten der ungarischen Schwesterrepublik das Ersuchen gerichtet, diesen seinen Schritt bei der ungarischen Regierung tatkräftig zu unterstützen. Gesandter Dr. Chamrad hat sich in entgegenkommendster Weise bereit erklärt, bei seiner Regierung die nötigen Schritte wegen Erhaltung des fraglichen Milchquantums sofort einzuleiten.

Kohlenausgabe nach der Kundenliste. Zur Erzielung einer gleichmässigen Verteilung der Kohle auf die einzelnen Haushaltungen wurde angeordnet, dass vom 9. Februar an, die Hausbrandkohle (Küchenbrand eventuell auch Zimmerbrand) durch die Kleinkohlenhändler nach der fortlaufenden Nummer der Kundenliste ausgegeben werden. Zu diesem Zwecke müssen die Kleinkohlenhändler die bei ihnen rayonierten Kunden nach Gassen und Häusern ordnen und die Bezugskarte nach dieser neuen Reihenfolge fortlaufend nummerieren. Jene Parteien, welche mit Küchen- bzw. Zimmerbrandkarten bei einem Kleinkohlenhändler rayoniert sind, werden aufgefordert, bis längstens 5. Februar ihre Kohlenkarten der Abgabestelle zur Eintragung der neuen Kundenlistennummer zu übergeben. Die Kleinkohlenhändler sind verpflichtet, nach Massgabe ihrer Vorräte die Nummern jener Kunden im Geschäftlokale an einer deutlich sichtbaren Stelle anzuschlagen, welche jeweils bedient werden können. Abgegeben wird nur die amtlich verlautete Menge, selbst dann, wenn infolge ungenügender Belieferung nicht sämtliche Kunden innerhalb einer Woche versorgt werden konnten. Die auf den Kohlenkarten durch die Brot- und Mehlkommissionen eingesetzten Abgabetermine sind durch diese Neuregelung gegenstandslos geworden.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag dieser Woche werden im 18. Bezirke, Mittwoch bis Freitag im 4. Bezirke Kartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf gegen Abtrennung der Abschnitte J bis L abgegeben.

Abgabe von Einheits- und Extrempfandfleisch und von Schaffleisch. In der mit 30. Jänner beginnenden und mit 12. Februar endigenden Doppelwoche gelangt bei den Rindfleischverkäufern an die rayonierten Kunden für jede Person des Haushaltes in einer der beiden

Wochen ein Achtel Kilogramm Rindfleisch, in einer ein Achtel Kilogramm Schaffleisch zur Abgabe. Es hat daher jede Person das Recht innerhalb dieser Doppelwoche  $\frac{1}{8}$  kg Rindfleisch und  $\frac{1}{8}$  kg Schaffleisch zu beziehen. Bei der Rindfleischabgabe werden die beiden mit den Ziffern 4 versehenen Halbwochenabschnitte abgetrennt und zwar bei einmaligen Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert. Beim Schaffleischbezuge sind die mit den Ziffern 5 versehenen Halbwochenabschnitte in gleicher Weise abzutrennen. Die Fleischverkäufer haben die Abschnitte 4 und 5 getrennt zu verrechnen.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Montag, 27. Jänner 1919. Nr. 46.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Berichte des StR. Tomola wurde beschlossen, die in dem Kindergarten 10. Bezirk Laxenburgerstrasse 47 bisher zur Einhebung gelangten Aufnahme- und Besuchsgebühren von 1. Februar an aufzuheben. - Für die Errichtung einer Nutzwasseranlage im Gaswerke Leopoldau, bestehend aus einem Brunnen und einem Pumpwerke wird nach einem Berichte des StR. Schmid ein Betrag von K 152.800 genehmigt. -

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Veterinärämte: Robert Kunz, Dr. Adolf Wenzel, Dr. Rudolf Harabath, Franz Haudek, Viktor Völker, Dr. Richard Sekyra, Franz Hnolik, Oskar Schenkl, Friedrich Polly, Theodor Schiff, Heinrich Rosenzweig, Bernhard Rudofsky, Karl Gerber zu Veterinärämteinspektoren: Walter Trauner zum Bezirkstierarzt. - Im Stadtbauämte: Ing. Alfred Wroblewsky zum Baukommissär.

Lehrererennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Rudolf Alexander zum Volksschullehrer 1. Klasse, Henriette Jelinek, Margarethe Dörler und Pauline Jarolin zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse; Marie Zumtobel zur Volksschullehrerin 2. Klasse und Helene Cappileri zur definitiven Handarbeitslehrerin.

Verein der Freunde des Uhrenmuseums. Der unter dem Protektorate des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner stehende Verein der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien hielt vorige Woche im Stadtrats-sitzungssaal seine erste Vollversammlung ab. Der Präsident des Vereines Rudolf Kaftan wies in seinem Rechenschaftsberichte auf die bereits in der Gemeinderatssitzung vom 10. Juli 1918 gewürdigten Leistungen des jungen Vereines hin und dankte den einzelnen Persönlichkeiten für die erspriessliche Mitarbeit im Vereine und bei der Erwerbung der bekannten Uhrensammlungen Ebner-Eschenbach, Leiner, Nicolaus, wodurch das Uhrenmuseum eine ausserordentliche Bereicherung erfuhr und zu einer Sehenswürdigkeit der Stadt Wien gemacht wurde. Der Kasseverwalter Bankdirektor Hugo Breitner teilte mit, dass die Gesamteinnahmen des Vereines sich auf 55.000 Kronen belaufen, welche Summe sich aus einer vom Kasseverwalter bei den Wiener Bankenerwirkten Subvention und aus den Mitgliedsbeiträgen ergibt. Wenn der Verein trotzdem passiv ist, so ist dies darauf zurückzuführen, dass durch 8 Jahre hindurch jährlich 5000 Kronen für eine der angekauften, bereits in dem Besitze des Uhren-

museums übergegangenen Sammlung erst aufgebracht werden müssen. Der Präsident und der Kasseverwalter richteten an alle Mitglieder die dringende Bitte, dem Vereine neue Freunde zu werben und die Oeffentlichkeit für diesen so selbstlos im Interesse der Stadt Wien und für die Allgemeinheit wirkenden Verein zu interessieren. In seinem Schlussworte verweist Präsident Kaftan auf die dankenswerte Haltung der gesamten Wiener Tagespresse, welche sowohl für den Verein, als auch für das Uhrenmuseum fördernd gewirkt hat und spricht dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner für seine warme Förderung des Uhrenmuseums den Dank aus.

Vom Wohnungsamt der Stadt Wien. Mit 31. Dezember 1918 waren 315 leerstehende Wohnungen (0'056 % des gesamten Wohnungsbestandes) angemeldet, gegenüber 259 im Vormonate (0'047 %). Es ergibt sich somit eine kleine Zunahme um 56 Wohnungen. Ein grosser Teil der leerstehenden Wohnungen besteht aber nach dem Ergebnis der Kontrolle aus Kellerwohnungen oder sonst kaum bewohnbaren Unterkünften. Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 233 (0'057 % aller Kleinwohnungen), der kleineren Mittelwohnungen 40 (0'077 % aller kleineren Mittelwohnungen), der grösseren Mittelwohnungen 20 (0'028 % aller grösseren Mittelwohnungen und der grossen Wohnungen 22 (0'081 % aller grossen Wohnungen). Die leerstehenden Geschäftslokalitäten haben im Berichtsmonate mit 2847 gegen 2899 im Vormonate November einen weiteren Rückgang zu verzeichnen. Die Besucheranzahl des Wohnungsnachweises ist stetig im Steigen begriffen. Im Monate Dezember betrug die Besucherzahl 6261 gegen dem Vormonate mit 5585. Durch die Organe des Wohnungsnachweises der Stadt Wien wurden 1018 Wohnungen und Geschäftslokalitäten revidiert.

Zunahme des Flecktyphus. Das städtische Gesundheitsamt teilt mit: Im Monate Jänner haben die Erkrankungen an Flecktyphus in Wien gleichwie in anderen Städten so in Berlin, Budapest etc. weiter zugenommen. Bisher wurden 79 Erkrankungen zur Anzeige gebracht. Diese betreffen fast ausschliesslich heimkehrende Soldaten oder Personen, welche mit solchen direkt in Verkehr standen, insbesondere ihre nächsten Angehörigen. Die Ursache der Ausbreitung des Flecktyphus liegt darin, dass die in den Einbruchstationen während des Krieges betriebenen Reinigungsanstalten sich nicht mehr in deutsch-österreichischen Besitz befinden und grösstenteils aufgelassen wurden und daher die meisten Heimkehrer in ungereinigtem und vielfach verlaustem Zustande nach Wien kommen. Da die Verbreitung des Flecktyphus ausschliesslich durch Läuse erfolgt, ist Reinlichkeit der sicherste Schutz vor Ansteckung. Es ist dringend geboten und wurde auch durch Plakate auf den Bahnhöfen kundgemacht, dass alle Personen, welche Ungeziefer an sich bemerken, womöglich vor Betreten einer Wohnung sich einer entsprechenden Reinigung unterziehen, wozu in den vorhandenen Anstalten unentgeltlich Gelegenheit geboten ist. Die Anstalten befinden sich: Für Militärpersonen, 10. Bezirk Gudrunstrasse 87, für Militär und Zivil (auch Frauen und Kinder) im 12. Bezirk Steinbaurgasse, Ecke Malfattgasse; Badestunden von 9 bis 4 Uhr.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michlew.**  
Wien i. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 28. Jänner 1919. Nr. 47.

**Zitronenabgabe.** Durch das Entgegenkommen der Entente ist die Gemeinde Wien in die Lage versetzt, 12 Waggons Zitronen in Verkehr zu bringen. Die Abgabe beginnt in allen Verkaufsstellen ( Konsumentenorganisationen, Konsumvereine, Gemischtwarenhändler, Märkte und Hallen ) am Donnerstag, den 30. d.M. und erfolgt stückweise. Verkaufspreis: 30 Heller für ein Stück.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 28. Jänner 1919. Nr. 48.

**Wohnungsfürsorgeausschuss.** Der Wohnungsfürsorgeausschuss beschäftigte sich gestern unter dem Vorsitz des VB. Reumann neuerlich mit dem Projekte der Herstellung von Zinshäusern mit Klein- und Mittelstandwohnungen auf Baurechtsgründen des Bürgerspitalfondes durch die Baufirma Stigler und Rous. Die Vorlage hätte bereits einmal den Gemeinderat beschäftigen sollen, wurde aber wegen verschiedener Einwendungen hinsichtlich der ursprünglichen Grundlage der Angelegenheit an den Ausschuss zurück verwiesen. Die Anträge, die gestern vom Direktor des Wohnungsamtes Dr. Sagneister vorgelegt wurden, gehen hauptsächlich dahin, dass die Firma einzuladen sei, das Detailprojekt und die Kostenvoranschläge für die Verbauung eines der drei Blockteile und zwar entweder der Raustellengruppe an der Felix Mottlstrasse im 19. Bezirk, oder der am Margarethengürtel nächst der verlängerten Fendiggasse, eventuell für den Baustellenblock im 12. Bezirk an der Rängenfeldgasse bis Mitte März dem Magistrat vorzuliegen, welcher hierüber dem Gemeinderate zwecks Beschlussfassung über die an die Firma zu richtende Aufforderung zum Beginne dieser Bauten zu berichten hat.

Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich fast sämtliche Mitglieder des Ausschusses beteiligten und in welcher sich der als Experte eingeladene StR. Melcher hauptsächlich dagegen aussprach, dass die Arbeiten einer einzigen Firma übertragen und dieser dadurch eine Art Monopol eingeräumt würde, wurde die Beschlussfassung selbst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses gestellt.

**Abgabe von Rüben für Futterzwecke.** Die Abgabe von Rüben für Futterzwecke vom Strassenbahnhof Simmering ( 11. Bezirk Simmeringer Hauptstrasse, Zufahrt von der Fickeysgasse ) wird weiter fortgesetzt.

**Antrag auf Errichtung einer Arbeitsbörse.** Anlässlich eines Referates des StR. Spalowsky hinsichtlich der Mietung von Räumen im Hause 7. Bezirk Kenyiongasse 23 für Zwecke der Arbeitsvermittlung beantragte StR. Richter, den Magistrat anzuweisen, in kürzester Zeit dem Stadtrate eine Vorlage zur Errichtung eines eigenen Gebäudes für die Arbeitsvermittlung ( Arbeitsbörse ) zu unterbreiten. Der Antrag wurde angenommen.

**Der Stadtrat gegen den Zuzug von auswärts.** In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte VB. Reumann einen ausführlichen Bericht des Magistrates über die Abwehrmassnahmen gegen die Flüchtlingsinvasion vor. Der Berichterstatter führte aus: Aus den östlichen und nordöstlichen Staaten langen schon seit geraumer Zeit zahlreiche Flüchtlinge in Wien ein. Der Zuzug dauert unausgesetzt fort und die Folgen davon ist eine empfindliche Steigerung des Bedarfes an Lebensmitteln, eine Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen, die Ueberfüllung von Wohnungen und die damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren. Der Bürgermeister hat sich in dieser Angelegenheit bereits zweimal an den Staatskanzler mit der Bitte gewendet, dass die vorhandenen Flüchtlinge unter genaue Kontrolle gestellt werden, jeder weitere Zuzug aber hintangehalten oder doch der Frage nähergetreten werde, die Flüchtlinge in den freigewordenen Interniertenlagern ausserhalb Wiens unterzubringen. Inzwischen ist aber die Flüchtlingsfrage durch Massnahmen der neugebildeten Teilstaaten immer gefährdender geworden. Die wirtschaftliche Drosselung Deutschösterreichs, die besonders Wien trifft, dauert an und die Zuwanderung nach Wien ist im Steigen begriffen. Zahlreiche Ausländer langen fortgesetzt in Wien ein. Wie verlautet, sollen aus der Türkei alle Fremden ausgewiesen werden und ebenso soll sich die Stadt Budapest mit der Absicht tragen, ab 1. Februar binnen 14 Tagen alle Fremden auszuweisen. Es ist die Befürchtung naheliegend, dass Tausende von den aus Budapest Ausgewiesenen nach Wien kommen werden. Die Fortdauer dieser Zustände droht unhaltbar und unerträglich zu werden.

Der Berichterstatter stellt folgenden Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, nachstehende Warnung vor dem Zuzuge nach Wien in den Tagesblättern zu veröffentlichen: „ Seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes sind Hunderttausende von der Front und aus der Gefangenschaft nach Wien zurückgeströmt. Viele Tausende von nach Wien Heimatberechtigten und lange Jahre hier ansässig gewesen wurden aus den neuen Teilstaaten durch Ausweisung oder

durch die Verhältnisse vertrieben und sind nach Wien zurückgekehrt. Gleichzeitig findet aber ein ununterbrochener starker Zuzug von Fremden aus den nordöstlichen und östlichen Teilstaaten statt und insbesondere zahlreiche jüdische Flüchtlinge die ihre Heimat aus Furcht vor Pogromen verlassen haben, strömen unausgesetzt nach Wien. Sie finden hier weder genügende Lebensmittel oder Bedarfsartikel, noch entsprechende Wohnung und vermehren die Zahl der Arbeitslosen. Da die wirtschaftliche Drosselung Deutschösterreichs, die vorwiegend Wien trifft, ungeschwächt fort dauert, droht nunmehr die in aller Welt bekannte Notlage der Wiener Bevölkerung, die Wohnungsnot, der Lebensmittelmangel und die Arbeitslosigkeit, einen solchen Grad anzunehmen, dass sich die Gemeindevertretung nicht nur im Interesse der Bewohner der Stadt, sondern auch in jenem der Flüchtlinge selbst veranlasst sieht, vor einem weiteren Zuzug nach Wien ernstlich zu warnen.

An dieses Referat knüpfte sich eine eingehende Debatte. StR. Dr. Hein wünscht, dass vor allem gegen die Ausweisungsmassregeln der Stadt Budapest Vorstellungen erhoben werden.

StR. Schmid schliesst sich dem Antrage des Berichterstatters an und stellt folgende Anträge: Der Magistrat wird beauftragt, gegen den weiteren Zuzug von Flüchtlingen nach

Wien alle gesetzlich zulässigen Abwehrmassnahmen, insbesondere die Ausweisung gemäss § 17 des Gemeindestatutes zu ergreifen; die über die Grenzen Niederösterreichs einwandernden Flüchtlinge, insofern sie nicht nach Südböhmen, Kärnten, Steiermark, Tirol, Salzburg, in den Flüchtlingslagern Gmünd, Sigmundsherberg u.s.w. zu internieren. Die Lebensmittel sind in erster Linie an die in Wien einheimische Bevölkerung zu verteilen und nur der Rest an die Fremden abzugeben.

StR. Emmerling weist darauf hin, dass die grössere Gefahr für Wien nicht die armen Flüchtlinge sind, sondern die wohlhabenden, die in der Lage sind sich die Lebensmittel für teures Geld zu verschaffen und dadurch die Lebenshaltung zu verschlechtern.

StR. Skaret warnt vor Repressivmassnahmen und beantragt eine Vorstellung des Gemeinderatspräsidium beim Staatsamte für Aeusseres, um auf die Gefahren der Invasion aufmerksam zu machen.

StR. Angermayer betont, dass die von der Gemeinde Wien zu ergreifenden Massnahmen keine Engherzigkeit beinhalten, sondern eiserne Notwendigkeit sind. Die Ausweisungen aus den ehemals zur Monarchie gehörigen Staaten zwingen zu Repressivmassnahmen.

StR. Jung beantragt die Einführung des Passzwanges für die nach Wien Einreisenden. *Die vorhandenen Lebensmittel müssen in erster Linie der bodenständigen Bevölkerung zufließen.*

Die StRe. Müller, Hötzel und Spalowsky treten für den Antrag Schmid ein, die StRe. Richter, Melcher und Hellmann für den des Referenten.

In seinem Schlussworte weist der Berichterstatter auf die mit den Repressivmassnahmen für Wien verbundenen gefährlichen Folgen hin, da Wien im Bezuge auf Lebensmittel auf die umliegenden Staaten angewiesen ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Reumann einstimmig angenommen. Die Anträge Schmid werden mit dem Stimmen der Christlichsozialen gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Jung wird genügend unterstützt dem Magistrat zugewiesen.

VB. Reumann wünscht, dass mit Rücksicht darauf, dass das Referat von ausserordentlicher Bedeutung sei, die Angelegenheit dem Gemeinderate vorgelegt werde. Der Vorsitzende VB. Rain erklärt, er werde diesen Wunsch dem Bürgermeister zur Kenntnis bringen.

**Das Investitionsprogramm der Gemeinde.** Bürgermeister Dr. Weiskirchner legte in der heutigen Sitzung des Stadtrates ein Investitionsprogramm für die Uebergangszeit vor. Es bezieht sich auf Hoch- und Tiefbauten, verschiedene Herstellungen und Investitionen bei den Werken der städtischen industriellen Unternehmungen. Die Kosten sind mit rund 104 Millionen Kronen veranschlagt. Die vorgeschlagenen Arbeiten seien nicht eigentliche Notstandsarbeiten, sondern müssen jedenfalls früher oder später in Angriff genommen werden. Es wäre auf diese Weise möglich, 15.500 Arbeiter zu beschäftigen. Aber nicht blos die Stadt Wien, sondern auch Land und Staat haben die Pflicht, für Arbeitsgelegenheit Vorsorge zu treffen, die Landesregierung könnte insbesondere mit dem Bau des Liesinger Sammelkanales, der Liesingbachregulierung und der Schwarzaregulierung beginnen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragte ein siebengliedriges Komitee einzusetzen, das unter Zuziehung des Stadtbaudirektors die Vorlage einer eingehenden Prüfung unterzieht und den Stadtrat binnen acht Tagen berichtet. Wenn die Prüfung

erfolgt ist und der Stadtrat darüber beraten hat, so wird das Programm dem Gemeinderate zur Genehmigung vorgelegt werden. Da Mangel an Baumaterial herrscht, werden dann die Arbeiten nach Massgabe der vorhandenen Baustoffe zur Ausführung angeordnet werden. Zu den von den städtischen Aemtern vorgeschlagenen Arbeiten beantragt der Bürgermeister weiters, das Staatsamt für Heereswesen zu ersuchen, die Zuschüttung der Befestigungsgraben unverzüglich durchzuführen.

StR. Emmerling stellt folgenden Antrag: Das Stadtbauamt wird beauftragt, Pläne und Vorschläge für die Errichtung einer Schiffswerfte auszuarbeiten. Ob die Gemeinde Wien eigene Schiffe auf Stappel legt, soll besonders erwogen werden. Ausführung, Besitz und Betrieb soll einem Verbands von Interessenten übertragen werden, in dem die Gemeinde Wien die Mehrheit besitzt.

StR. Dr. Hein wünscht, es möge alles aufgewendet werden, um den Donauverkehr zu heben.

StR. Melcher bemerkt, dass um Wien, speziell in Floridsdorf sich der alte Befestigungsgürtel ( Eigentum des ehemaligen Kriegsministeriums ) befindet. Dieser Gürtel soll nun abgetragen und die Grundstücke zur Arrondierung verwendet werden.

In diesem Damme soll Ziegelmaterial geschlichtet sein, welches in der jetzigen Zeit, die an Material so arm ist, verwendet werden könnte; mit der Abgrabung könnte sogleich begonnen werden, so dass einige Tausend Arbeiter Beschäftigung finden würden. StR. Melcher verlangt ferner die Regulierung der Donau auf der Floridsdorfer Seite. Die Anträge des Bürgermeisters werden einstimmig angenommen.

In das Komitee werden gewählt: die StRe. Emmerling, Siegel, Melcher, Jung Schmid, Spalowsky und Vaugoin.

Der Antrag Emmerling wird, genügend unterstützt, die in der Debatte gestellten Anregungen werden vom Komitee beraten werden.

Parlamentarische Enquete zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Betreffend die in den Sonntagsblättern enthaltene offizielle Berichterstattung, legt der d.ö. **Wirtschaftsverband des Baugewerbes** Wert darauf festzustellen, dass er unter den von ihm auf authentische Erhebungen hin angeregten **Erdarbeiten mit Massenausgleich den Donau-Rheinkanal** nicht genannt hatte. Diese Anregung erging von dritter Seite. Die erfolgte Anreicherung an die unmittelbar ausführbaren Werke ist geeignet, die Ernsthaftigkeit der Vorschläge des Wirtschaftsverbandes zu beeinträchtigen, da für den erwähnten Wasserweg, bei aller Anerkennung seiner Wichtigkeit und Bedeutung, derzeit kaum mehr als der blosse Baugedanke vorhanden ist. Dagegen wies der Vertreter des Wirtschaftsverbandes eindringlichst auch auf jene **unerlässlichen und dringlichen Massnahmen** hin, welche die Regierung schon jetzt einzuleiten hatte, um auch selbst erst in einem viel späteren Zeitpunkte, eine massgebliche **Privatbautätigkeit in den Städten** ermöglichen zu können.

Sehr geehrte Schriftleitung!

Um Aufnahme vorstehender Mitteilung ersucht mit verbindlichstem Danke

Ing. Ottokar Stern,  
Baudirektor der Allg. Oesterr. Baugesellschaft.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michler**,  
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

---

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 29. Jänner 1919. Nr. 49.

---

Kerzenausgabe im Februar. Im Februar wird für sämtliche Wohnungen auf die Nummer 36 des Einkaufscheines je eine Kerze im Gewichte von 1/32 kg ausgegeben. Ueberdies erhalten Wohnungen und Aftervermietungen auf Grund ihrer Petroleumbezugskarte je eine weitere Kerze im Gewichte von 1/32 kg.

---

2. Ausgabe.

---

22. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 29. Jänner 1919. Nr. 50.

---

Die Versorgung der Stadt Wien mit elektrischer Energie. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichte StR. Schmid über den Antrag des GR. Sedlak, der dahin geht, einen Ausschuss einzusetzen, der sich mit der Frage der Versorgung Wiens mit elektrischer Energie durch Ausnützung der in Betracht kommenden Wasserkräfte zu beschäftigen hätte. Insoweit unmittelbar das Interesse der Gemeinde Wien an der Ausnützung der Wasserkräfte für die Erzeugung elektrischer Energie in Betracht kommt, befinden sich die Verhandlungen im Zuge. An erster Stelle steht die Anlage in Wallsee, die von der oberösterreichischen Regierung im Frühjahr vergangenen Jahres der Behandlung unterzogen wurde. Die Anlage für die Ausnützung der Ennswasserkräfte bildet den Gegenstand von Studien, die das Stadtbauamt mit dem ebenfalls daran interessierten Staatsamte für Verkehrswesen durchführt. Ein Entwurf für die Erschliessung der Wasserkräfte der Ybbs steht derzeit im Stadtbauamte in Ausarbeitung. Ebenso beschäftigt sich dieses Amt mit Studien für die Ausnützung einer Gefällsstufe der zweiten Hochquellenleitung bei Gaming. Der Bericht der Stadtbauamtsdirektion in Angelegenheit der Ausnützung der Wasserkräfte des deutschösterreichischen Staates für die Versorgung der Stadt Wien mit elektrischer Energie wurde zur Kenntnis genommen. Die Bildung eines Gemeinderatsausschusses, der sich mit dieser Frage zu beschäftigen hätte, hat nach dem Abschlusse der Studien der städtischen Aemter und Unternehmungen in diesem Gegenstande zu erfolgen.

---

Nachschulungskurse für Lehrlinge und Gehilfen. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung der Einrichtung von Nachschulungskursen für Lehrlinge und Gehilfen, die infolge des Krieges in ihrer fachlich-beruflichen Ausbildung zurückgeblieben sind, nach einem Antrage des StR. Tomola zugestimmt.

---

Parzellierung von Liegenschaften im 13. Bezirk. Nach einem Berichte des StR. Vaugoin wird die Abteilung von Liegenschaften in Unterbaumgarten, Unter St. Veit, Penzing und Hietzing zwischen Hietzinger Kai und Auhofstrasse auf 18 Baustellen und einen Baublock genehmigt. Auf dem neuen Grundstücke sollen Fleschgasse und Stockhofgasse als neue Strassenzüge durchgeführt, eine Platzanlage für einen Strassenzug geschaffen und der Hietzinger Kai und die Auhofstrasse erweitert werden. Die Verbauung sämtlicher Baustellen hat nur mit Wohnhäusern zu erfolgen, die ausser einem Erdgeschoisse nicht mehr als zwei Stockwerke haben dürfen.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Janus Michien.**  
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 30. Jänner 1919. Nr. 1.

Kerzenausgabe im Februar: Richtigerstellung Wohnungen und Aftervorleistungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, erhalten im Februar nicht eine, sondern je zwei Kerzen im Gewichte von je 1/32 kg. Ueberdies wird - wie bereits mitgeteilt - auf die Nummer 36 des Einkaufscheines für sämtliche Wohnungen je eine Kerze abgegeben.

Verlautbarung der Wähleraufnahme. Anlässlich vorgekommener Beschwerden werden die Hauseigentümer, bzw. deren Stellvertreter neuerlich aufmerksam gemacht, dass die in den letzten Tagen angestellten Kundmachungen, betreffend das summarische Ergebnis der Wähleraufnahme an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen Stelle (Hausflur oder dergleichen) anzuschlagen sind. Die Unterlassung des Nachtrages der Kundmachung wird als Uebertretung der festgesetzten Strafe unterliegen.

Kartoffelabgabe. Freitag, Samstag und Montag werden im 5. und 16. Bezirke Kartoffeln und zwar 2 kg für den Kopf abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte M bis S der Kartoffelkarte.

Die Schneereinigung. In der heutigen Stadtratsitzung erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen Bericht über die Schneereinigungsarbeiten, wonach ~~KHRESEN~~ 28. d. M. 2097 Arbeiter beschäftigt waren. Diese Anzahl der Arbeiter genügt nicht und es ~~WIKRAM~~ mussten die Arbeiten fortgesetzt werden. Am 29. d. M. wurden 3242 Arbeiter mit den Schneesauberungsarbeiten beschäftigt. Infolge des anhaltenden Schneefalles war es notwendig heute gegen 2 Uhr früh mit sämtlichen Schneepflügen auszufahren. Der Betrieb der Strassenbahn wurde ungestört und ordnungsgemäss aufgenommen. Zu den Reinigungsarbeiten wurden heute 4086 Arbeiter verwendet.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 30. Jänner 1919. Nr. 52.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet bereits am Donnerstag, 6. Februar (nicht Samstag, 8. Februar) statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Donnerstag 13. Februar die Mehlkarten und Störbrotmehlkarten, Mehlbezugskarten und Brotbezugskarten, für die 202. bis 221. Woche, die Fettkarten für die 127. bis 146. Woche, die Milchkarten für Kinder bis zu 2 Jahren für die 105. bis 114. Woche, die Milchkarten für Kinder von 2 bis 6 Jahren und für Kinder von 6 bis 14 Jahren für die 105. bis 124. Woche, die Kartoffelkarten für die 72. bis 91. Woche und die Seifenkarten für die Monate April bis einschliesslich Juli 1919 ausgegeben. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hierfür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, dass die Leser dieser Mitteilung ihre Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

Die Brotquote. Nachdem die Entscheidung über die Höhe der Brotquote für die nächste Woche erst am Samstag, den 1. Februar, fallen dürfte, hat der Magistrat im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksernährung den Bäckern vorläufig den halben Brotmehlbezug zugewiesen, so dass je nach Massgabe der am Samstag zu erwartenden Entscheidung des Volksernährungsamtes das am Freitag und Samstag dieser Woche ausgefolgte Mehl entweder für den ganzen oder halben Wochenbedarf zu verwenden ist. Es dürfte sich daher für die Bäcker empfehlen, am Freitag und Samstag die halbe Brotquote auszugeben und, falls die Entscheidung des Volksernährungsamtes am Samstag zu Gunsten der vollen Brotquote ausfällt, den Kunden in der kommenden Woche entsprechend nachzuliefern.

Die Erweiterung des Rudolfsspitals. In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen Bericht über die Erweiterung des Rudolfsspitals. In der am 22. Jänner im Staatsamte für Volksgesundheit stattgefundenen Besprechung über die weitere Verwendung der Militär-Sanitätsanstalten kam auch die Notwendigkeit einer Erweiterung der Krankenanstalt Rudolfstiftung im 3. Bezirke zur Sprache und es wurde zu diesem Zwecke sowohl vom Staatsamte für Volksgesundheit, wie auch von Seite der Vertreter der Gemeinde Wien die dem Rudolfsspital gegenüber gelegene Franz Josefs Militärakademie und die Militäroberrealschule als sehr geeignet bezeichnet. Von Seiten des Staates besteht die Absicht, diese Gebäude für Unterrichtszwecke zu belassen. Wenn auch der Betrieb derartiger Unterrichtsanstalten gewiss wünschenswert ist, so ergibt sich doch die Frage, ob es nicht zweckmässiger wäre, das Gebäude in der Boerhavegasse zur Erweiterung des Rudolfsspitals heranzuziehen und für Zwecke einer Unterrichtsanstalt ein anderes hierzu geeigneteres Objekt zu bestimmen. Der Stadtrat hat daher beschlossen, folgende Zuschrift an das deutschösterreichische Staatsamte für Heereswesen zu richten: Der Wiener Stadtrat hält die Erweiterung der Krankenanstalten Rudolfstiftung im 3. Bezirke für unerlässlich und gibt der Meinung Ausdruck, dass diese Erweiterung in billiger, rascher und zweckmässiger Weise nur durch Einbeziehung der für diese Zwecke vollständig geeigneten Räumlichkeiten der ehemaligen Franz Josefs - Militärakademie und der Militäroberrealschule in der Boerhavegasse in die Krankenanstalt Rudolfstiftung möglich ist. So sehr der Stadtrat auch die Schaffung von Internaten und Lehranstalten für die ehemaligen Militärzöglinge zum Zwecke ihrer Weiterbildung in der Gegenständen der öffentlichen Realschule begrüsst, hält er es doch nicht für angemessen, für diesen Zweck die ehemaligen Gebäude der Franz Josef - Militärakademie und der Militäroberrealschule im 3. Bezirke zu verwenden, da diese Absicht auch an anderer Stelle, zum Beispiel in den Gebäuden der ehemaligen Kadettenschule in Breitensee noch günstiger erfüllt werden kann, weil die grossen Gartenanlagen dort für die Schüler in gesundheitlicher Beziehung weit günstigere Verhältnisse ergeben.

Der Sonntagsverkehr auf den Strassenbahnen. Infolge der noch immer anhaltenden knappen Zufuhren an Kohle und in Anbetracht des Umstandes, dass infolge der Schneefälle der letzten Tage das Bergwerk Zillingsdorf seit drei Tagen stille steht, ist es, trotz-dem durch die Zunahme des Tages weniger Kohle gebraucht wird, noch immer nicht möglich, an einen radikalen Abbau der Sperrmassnahmen zu schreiten. Um jedoch den Wünschender Bevölkerung, betreffend den Sonntagsverkehr nachzukommen, hat der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Schmid heute beschlossen, den Sonntagsverkehr ebenso wie an den Wochentagen ~~jedoch~~ mit etwas grösseren Intervallen wieder

einzuführen. Es konnte deshalb auch der vom StR. Skaret in einer der letzten Sitzungen des Stadtrates gestellte Antrag auf Ausdehnung der Torsperre von 8 auf 9 Uhr noch nicht zur Verwirklichung gelangen. Diese Angelegenheit wird im nächsten Monate neuerlich den Stadtrat beschäftigen und es dürfte, günstige Verhältnisse vorausgesetzt, mit dem 1. März ein weiterer Abbau der Einschränkungen Platz greifen.

Der Achtstundentag bei den Strassenbahnen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Spalowsky über die Einführung des Achtstundentages bei den städtischen Strassenbahnen. Der Magistrat ist bekanntlich der Ansicht, dass das Gesetz über die Einführung des Achtstundentages während der Kriegszeit für den Strassenbahnbetrieb überhaupt nicht gelte und dass man bei einer weitgehenden Auslegung höchstens den Betrieb der Hauptwerkstätte und der Oberbauwerkstätte als vielleicht unter das Gesetz fallend, betrachten könne. Der Stadtrat hat sich dieser weitgehenden Anschauung angeschlossen und auf die Kriegsdauer die 48 stündige Arbeitswoche für diese beiden Betriebe und für das Dienstkleiderlager genehmigt. Für die übrigen Dienstzweige der Strassenbahn trifft das Gesetz nicht zu, weil nirgends auch nur eine entfernte Ähnlichkeit mit einem fabrikmässigen Betriebe besteht. Insbesondere muss darauf hingewiesen werden, dass beim Fahrbetriebe viele Pausen bestehen, welche die Arbeitsleistung zu einer weniger ermüdenden Arbeit machen, als die fast pausenlose Arbeit in der Werkstätte. Die Bediensteten der Strassenbahn fordern jedoch mit allem Nachdruck die Einführung des Achtstundentages für alle Dienstgruppen. Die Direktion hat über Auftrag des Bürgermeisters mit den Vertrauensmännern der Arbeiter verhandelt und das Ergebnis der Verhandlungen ist ein Antrag, welcher heute vom Stadtrate zum Beschluss erhoben wurde. Nach diesem Antrage wird für alle Angestellten der städtischen Strassenbahnen, die durch die Tageslohnquote vergütete Dienst- und Arbeitszeit mit 8 Stunden festgesetzt, soweit nicht schon jetzt eine kürzere Arbeitszeit besteht, die unverändert bleibt. Diese Festsetzung gilt auf die gleiche Dauer, wie sie für die Wirksamkeit des Gesetzes vom 19. Dezember 1918 über die Einführung des 8 Stunden-Arbeitstages in fabrikmässig betriebenen Gewerbeunternehmungen vorgesehen ist.

In dem Antrage werden sodann die Arbeitszeiten für die einzelnen Dienstkategorien genau festgesetzt. Der reine Wagendienst darf nicht mehr als 6 Stunden und 10 Minuten betragen und wenn Ueberstunden gemacht werden, 40 Minuten für jede volle Ueberstunde. Die Entlohnung der Ueberstunden wird im Schaffner- oder Heizerdienst mit K 1,50, im Fahr- oder Lokomotivführerdienst mit K 1,80 festgesetzt. Die Ueberstunden für Beamte, Beamtinnen und Unterbeamte werden um 1/3 erhöht. Die Beschlüsse treten bezüglich der Verrechnung mit 3. Februar 1919 in Kraft und sind bezüglich der tatsächlichen Arbeitszeit raschestens durchzuführen. Mit Rücksicht darauf, dass für die Arbeiter der Hauptwerkstätte die 48 stündige Arbeitswoche seit 9. Jänner eingeführt ist, wird allen jenen übrigen Angestellten, für die eine gekürzte Arbeitszeit erst mit diesem Beschluss eingeführt wurde, als Entgelt für die in dieser Zeit bisher geleistete längere tägliche Arbeitszeit ein Urlaub von 3 bezahlten freien Tagen bewilligt, welcher nach Zulässigkeit des Dienstes zu halten ist. Dieses Urlaubsausmass wird bei Kranken und Beurlaubten für jede volle Woche um einen Tag gekürzt.

Die Mehrkosten für die Einführung des Achtstundentages bei den Strassenbahnen würden für das ganze Jahr berechnet, 11,800.000 Kronen betragen. Mit Rücksicht auf diese ausserordentlich hohen Kosten wurde die Direktion beauftragt, wegen der Bedeckung ehestens Vorschläge zu erstatten.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michler,  
Wien. 1. Neues Rathaus.

2. Ausgabe,

22. Jahrgang, Wien, Freitag, 31. Jänner 1919. № 53.

Anträge und Anfragen im Stadtrat. In der letzten Sitzung des Stadtrates stellte StR. Weigl den Antrag, die Strassenbahndirektion zu beauftragen, den Verkehr von den Industriebezirken nach der Peripherie der Stadt, insbesondere in westlicher Richtung, nach dem Arbeitsschluss in den Werkstätten und Fabriken möglichst zu verdichten, und eine klaglose Beförderung der in ihre Wohnstätten strebenden Arbeiterschaft zu ermöglichen. Die Gemeindevertretung erhebt bei den kompetenten Stellen ernsthaft das Verlangen nach Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs, zu mindestens in den Arbeitsstunden, wobei besonders auf den Arbeitsschluss in den Fabriksbetrieben und Werkstätten Rücksicht zu nehmen ist. - Ein weiterer Antrag des StR. Weigl bezieht sich auf die Regelung der Bezüge der Bediensteten der Stellwagenunternehmungen. - StR. Weigl richtet auch eine Anfrage an den Bürgermeister, ob er geneigt sei über die Forderungen der bei der Gemeinde beschäftigten Lastautochauffeure innerhalb 14 Tagen an den Stadtrat zu berichten. - Nach einem Antrage des StR. Emmerling sei der Magistrat zu beauftragen, den berechtigten Wünschen der Gehilfen bei der Einführung der Sonntagsruhe im Fleischhauergewerbe in dem zu erstattenden Gutachten Rechnung zu tragen. - StR. Sigál beantragte, den Magistrat aufzufordern, mit den Erben des StR. Gräf ins Einvernehmen zu setzen, um eine Abtretung des notwendigen Grundstreifens zur geraden Weiterführung der Thaliastrasse und des Strassenbahngleises von der Enekelstrasse an zu erzielen. - StR. Schmid beantragte auf Grund eines vom Gemeinderate Ellend eingebrachten Antrages, wonach eine Kommission einzusetzen sei, welche die bei den Militärbauleitungen vorhandenen Baustoffe zu erfassen hat, um sie dem Wiener Bauhandwerke zuzuführen, von der Einsetzung einer Kommission abzusehen. Es besteht bereits eine Baustoffverwertungsstelle der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung (Wirtschaftsverband des Baugewerbes), dem auch ein Vertreter der Gemeinde Wien angehört, das Wiener Baugewerbe also bei der Sachdemobilisierung vertreten ist und Gelegenheit hat, seine Ansprüche auf Baustoffe geltend zu machen. Sämtliche Anträge und Anfragen wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

-----  
Fürsorgefond für Schulkinder im 10. Bezirk. Durch eine im Jahre 1917 veranstaltete Sammlung haben mehrere Funktionäre des 10. Bezirkes einen Betrag von

50.000 Kronen in Kriegsanleihe aufgebracht und es soll dieser Betrag in Form einer Stiftung einem Fürsorgefond für solche Schulkinder gewidmet sein, welche eine von der Gemeinde Wien im 10. Bezirk erhaltene allgemeine öffentliche Volks- oder Bürgerschule mit deutscher Unterrichtssprache besuchen. Das Stiftungsvermögen soll von der Gemeinde Wien verwaltet werden und die Verleihung der Stiftung einem Kuratorium, bestehend aus dem Vorsitzenden des Ortschulrates, dem Bezirksschulinspektor, dem Bezirksvorsteher, dem Polizeibezirksleiter und dem Präsidenten des Industriellenklubs zustehen. Ueber die Verwendung der Stiftungserträge ist alljährlich der Gemeinde Wien Rechnung zu legen. Nach einem Antrage des VB. Reumann hat sich die Gemeinde Wien bereit erklärt, die Verwahrung und Verwaltung des „Fürsorgefondes für Schulkinder im 10. Bezirkes“ zu übernehmen und hat dem vorgelegten Stiftbriefentwurf zugestimmt.

-----  
Die Fertigstellung begonnener Bauten. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Vaugoin über einen Antrag des GR. Ellend, betreffend die Fertigstellung begonnener Bauten. Diese Frage hat die Gemeinde Wien schon seit mehr als vier Jahren beschäftigt. Es ist auch ein Zusammenwirken des Staates und der Gemeinde unter Zustimmung der Wiener Banken in Aussicht genommen gewesen, wozu sich die Regierung auch grundsätzlich bereit erklärte

und die Arbeitsgebiete hierbei derart absteckte, dass die geplante Förderung der privaten Bautätigkeit gewidmet sei, wogegen die gemeinnützige Bautätigkeit im eigenen Wirkungskreise des Staates zu fördern wäre. Seitens der Regierung wäre das erforderliche Kapital unter Mitwirkung der Banken aufzubringen und eine gesetzliche Regelung vorzunehmen gewesen, um auch bei überlasteten Realitäten solche Zugeständnisse der Gläubiger zu erreichen, welche die für die Fertigstellung gebrachten Opfer wenigstens zu einem kleinen Bruchteile ersetzen sollen. Die ganze Sache ist aber <sup>bei</sup> der Regierung um keinen Schritt weiter gekommen. Von der neuen Regierung ist für die Schaffung von Notwohnungen ein Kredit von 10 Millionen Kronen bewilligt worden. Unter den Verwendungszwecken befindet sich auch die Fertigstellung begonnener Bauten. Die Finanzverwaltung hat aber die Verwendung von Geldern aus diesem Kredite nur unter der Bedingung zugestanden, dass lediglich der Mehrbetrag der Kosten getragen werde, welche sich aus der Vollendung im gegenwärtigen Zeitpunkte gegenüber den künftigen Friedenspreisen ergebe. Die Gemeinde Wien hat die Sache aus eigenem im Wege der Verhandlung einzelner Fälle in Angriff genommen und es wird zu den hiernach erwachsenden Kosten eine entsprechende Quote aus dem Kredite der Regierung angefordert werden. Gegenwärtig hat die Gemeinde Wien bei stark belasteten Bauten aus dem Titel der Fortführung des Baues keinen entsprechenden Anspruch auf wenigstens teilweise Rückvergütung ihres Aufwandes und eine im Verordnungswege durch die Regierung zu bewirkende Sicherstellung wäre notwendig. Die bestehende Aktion könnte in der Weise erweitert werden, dass im städtischen Wohnungsfürsorgeausschuss die dort als Experten bereits bestellten fachmännischen Vertreter ermächtigt würden, im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte die von den Antragstellern gewünschten Feststellungen vorzunehmen. Für diese Feststellungen könnten noch weitere Mitglieder aus den Kreisen der Baugewerbe kooptiert werden und auf Grund des ermittelten Bedarfes wäre dann die Sicherstellung des Rohmaterials und die Durchführung der Arbeiten zu bewerkstelligen. Es wird daher beantragt, der Stadtrat wolle zustimmen, dass die Angelegenheit in diesem Sinne dem Gemeinderatsausschusse für städtische Wohnungsfürsorge vorgelegt werde. Ein Zusatzantrag des Berichterstatters, dahingehend, dass der 10 Millionen Kronen-Fond zur Tragung jenes Mehraufwandes zu verwenden ist, der sich aus den wirklichen jetzigen Bauaufwände und dem durch die derzeitige Zinslage zu verzinsenden wertgeringen Kapital ergibt, wird angenommen. Ebenso wird ein Zusatzantrag des StR. Melcher angenommen, das Stadtbauamte zu ersuchen jenen fertigzustellenden Bauten, bei denen die finanziellen Verhältnisse geordnet sind, die Materialzufuhr und Lieferung in erster Linie zu ermöglichen. Ferner wird sich die Gemeinde nach der erfolgten Erhebung bezüglich der finanziellen Lage des fertigzustellenden Baues damit befassen, wie eine eventuelle Garantie für eine Verzinsung zu gewährleisten ist, jedoch unter der Bedingung, dass die Zinsen von der Gemeinde Wien mit dem Hauseigentümer gemeinsam bestimmt werden.